



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 | 2024

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Wirtschaftsleistung 2023

Myokardinfarkt-Sterblichkeit



Fotonachweis

Titelfoto: © Dirk – stock.adobe.com

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft schrumpfte 2023 deutlich. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um 4,9 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde von der weiterhin hohen Inflation, ungünstigen Finanzierungsbedingungen und geopolitischen Krisen beeinträchtigt.

04 | 2024

STATISTISCHE MONATSHEFTE

77. Jahrgang

kurz + aktuell	195
Industrie ■ Baugewerbe ■ Wohnungswesen ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Erwerbstätigkeit ■ Arbeitsvolumen ■ Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Tourismus ■ Bildung Umwelt ■ Finanzen	
Aus der amtlichen Statistik	214
Verbraucherpreise	215
Rheinland-Pfalz in Karten: Trinkwasserentgelte 2022	216
Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023 – Bruttoinlandsprodukt sinkt um 4,9 Prozent	217
Regionale Unterschiede und zeitliche Veränderungen der Myokardinfarkt-Sterblichkeit – Stadt-Land-Unterschiede sind der stärkste Einflussfaktor	229
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	241
Neuerscheinungen	256

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
Ø	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion sinkt im Januar

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Januar 2024 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex zum Jahresbeginn preis-, kalender- und saisonbereinigt 4,3 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

In zwei der drei Güterhauptgruppen war der Output im Januar 2024 niedriger als im Dezember 2023. Der Güterausstoß der Vorleistungsgüterhersteller sank um sechs Prozent. Die Ausbringung der Investitionsgüterindustrie fiel 4,6 Prozent geringer aus als im Vormonat. Die Konsumgüterhersteller konnten ihre Produktionsleistung hingegen um 1,5 Prozent steigern.

Die drei umsatzstärksten Industriebranchen drosselten im Januar 2024 ihre Produktion. Der Output der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Industriebranche ist, schrumpfte um acht Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte Branche ist, sank die Ausbringung um 5,9 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählen und unter den umsatzstärksten Branchen an zweiter Stelle stehen, produzierten 5,6 Prozent weniger als im Dezember 2023.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jan 2024	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu	
	Dez 2023	Jan 2023
Entwicklung der Produktion		
Industrie	-4,3 % ↓	-9,6 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-6,0 % ↓	-10,4 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-4,6 % ↓	-3,6 % ↓
Konsumgüterproduzenten	1,5 % ↗	-17,0 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-8,0 % ↓	-9,7 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-5,6 % ↓	-2,9 % ↓
Maschinenbau	-5,9 % ↓	-9,7 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	-0,4 % ↘	1,5 % ↗
Inland	-13,2 % ↓	0,9 % ↗
Ausland	9,3 % ↗	1,8 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,3 % ↗	3,2 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	4,1 % ↗	2,3 % ↗
Konsumgüterproduzenten	-20,8 % ↓	-6,2 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	4,0 % ↗	15,5 % ↗
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	8,5 % ↗	36,0 % ↗
Maschinenbau	6,6 % ↗	-16,2 % ↓

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die bereinigte Industrieproduktion im Januar 2024 wesentlich niedriger aus (–9,6 Prozent). Die Ausbringung der Konsumgüter- und der Vorleistungsgüterproduzenten sank jeweils mit zweistelliger Rate. Der Output der

Investitionsgüterproduzenten war ebenfalls geringer als im Januar 2023. In den drei umsatzstärksten Industriebranchen lag der Güterausstoß unter dem Niveau des Vorjahresmonats. In der Chemieindustrie und im Maschinenbau waren die Einbußen stärker als

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.

Leichter Rückgang der Auftrags- einträge in der Industrie im Januar

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten nahm im Januar 2024 leicht ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindeks 0,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Inlands- und Auslandsgeschäft entwickelten sich unterschiedlich. Aus dem Inland gingen 13 Prozent weniger Bestellungen ein als im Dezember 2023. Das Ordervolumen aus dem Ausland stieg dagegen um 9,3 Prozent.

Der Nachfragerückgang ist in erster Linie auf die Entwicklung in der Konsumgüterindustrie zurückzuführen. Die Hersteller von Konsumgütern, deren Auftragseinträge in den vergangenen Monaten besonders stark schwankten, mussten Einbußen von 21 Prozent hinnehmen. In den beiden anderen Güterhauptgruppen legten die Bestellungen im Vergleich zum Vormonat zu. Das Wachstum betrug in der Investitionsgüterindustrie 4,1 Prozent und in der Vorleistungsgüterindustrie 3,3 Prozent.

Bei den drei umsatzstärksten Industriebranchen gingen im Januar 2024 mehr Aufträge ein als im Dezember 2023. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verzeichneten den stärksten Anstieg. In der zur Investitionsgüterindustrie zählenden Branche nahm das Ordervolumen im

ersten Monat des Jahres um 8,5 Prozent zu. Im Maschinenbau gingen 6,6 Prozent mehr Bestellungen ein. Die Chemieindustrie verbuchte ein Plus von vier Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Januar 2024 höher aus. Die bereinigten Auftragseinträge übertrafen das Vorjahresniveau um 1,5 Prozent. Inlands- und Auslandsgeschäft liefen etwas besser als im Januar 2023 (+0,9 bzw. +1,8 Prozent). In zwei der drei Güterhauptgruppen wuchs das Ordervolumen. Mit der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie der Chemieindustrie verzeichneten auch zwei der drei umsatzstärksten Branchen einen Anstieg der Bestellungen gegenüber dem Vorjahresmonat.

Industrie startet mit Umsatz- rückgang ins Jahr 2024

Im Januar 2024 lagen die nominalen Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie unter den Ergebnissen des Vorjahresmonats. Im Januar dieses Jahres wurden 6,9 Prozent weniger nominale Umsätze erzielt als im Januar 2023 (Deutschland: -3,3 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm dagegen um ein Prozent zu (Deutschland: +0,4 Prozent).

Die Industrie erwirtschaftete im Januar 2024 einen Gesamtumsatz von rund acht Milliarden Euro. Im Ausland wurden Waren im Wert von 4,6 Milliarden Euro nachgefragt (-6,3 Prozent). Die Nachfrage aus dem Inland ging um 7,7 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro zurück. Die Exportquote

erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 57,9 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Umsätze aus dem Ausland um 2,5 Prozent, die aus dem Inland um 4,1 Prozent ab. Die bundesweite Exportquote lag bei 51,7 Prozent (+0,4 Prozentpunkte).

Insgesamt waren die Umsätze in acht der zehn umsatzstärksten Branchen rückläufig. In erster Linie beeinflussten die Umsatzrückgänge in der Chemischen Industrie – der umsatzstärksten Industriebranche – die Gesamtentwicklung der rheinland-pfälzischen Industrie (-15 Prozent). Nur die Hersteller von Papier und Pappe verzeichneten mit -18 Prozent einen noch deutlicheren Rückgang. Die höchsten Zuwächse erwirtschafteten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+17 Prozent).

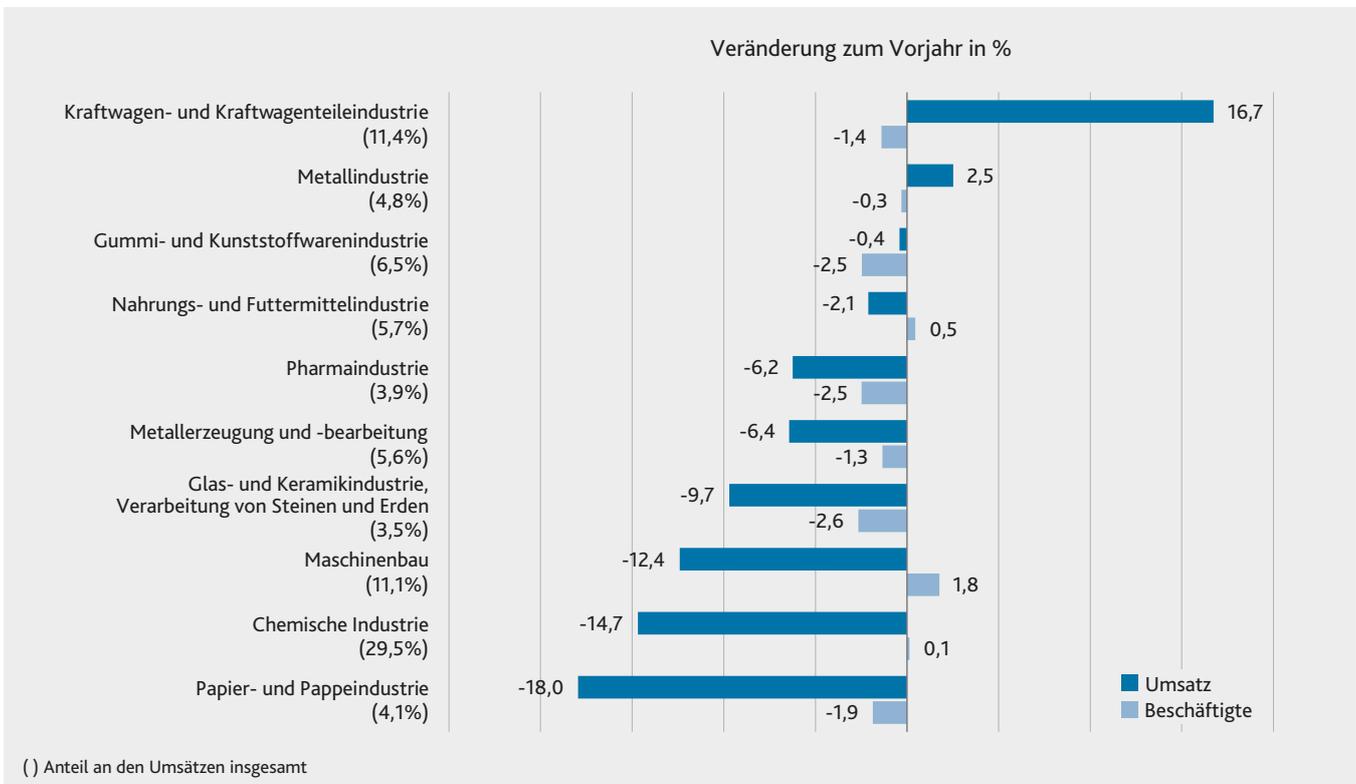
Im Durchschnitt waren im Januar 2024 rund 262 900 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der rheinland-pfälzischen Industrie beschäftigt. Im Vergleich zu Januar 2023 waren das 1 600 Personen bzw. ein Prozent mehr. Drei der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten Beschäftigungszuwächse. Im Maschinenbau stieg die Zahl der Beschäftigten um 1,8 Prozent. Die größten Einbußen meldeten die Hersteller von Glas und Glaswaren (-2,6 Prozent).

Leichter Anstieg der Auftrags- einträge im Bauhauptgewerbe bei rückläufigen Umsätzen

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes erhielten im Januar 2024 mehr Aufträge als im Vormonat.



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2024 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Das Ordervolumen wuchs kalender- und saisonbereinigt leicht um 0,5 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze lagen dagegen 8,4 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2023.

Gegenüber dem Vorjahresmonat nahmen die Auftragseingänge in jeweiligen Preisen um knapp 20 Prozent zu. Die baugewerblichen Umsätze waren um 4,3 Prozent niedriger als im Januar 2023. Preisbereinigte Angaben zu Auftragseingängen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bauleistungen binnen Jahresfrist stiegen, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real – das heißt um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Der Anstieg der Auftragseingänge ist auf den Hochbau zurückzuführen, der im Januar zwölf Prozent mehr Bestellungen erhielt als im Vormonat. Alle drei Teilbereiche des Hochbaus entwickelten sich positiv. Am größten war das Plus im öffentlichen Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst, mit einem Zuwachs von 19 Prozent. Ebenfalls im zweistelligen Bereich lag das Wachstum der Auftragseingänge im gewerblichen Hochbau (+10 Prozent). Der Wohnungsbau erhielt acht Prozent mehr Aufträge als im Dezember. Im zweiten Teilbereich des Bauhauptgewerbes, dem Tiefbau, sank das Ordervolumen um 9,6 Prozent. Im gewerblichen Tiefbau und im Stra-

ßenbau gingen deutlich weniger Aufträge ein als im Vormonat (-12 bzw. -11 Prozent). Nur leicht rückläufig war das Ordervolumen im sonstigen öffentlichen Tiefbau (-0,3 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge im Hochbau um 43 Prozent. Im Tiefbau war die Nachfrage 1,2 Prozent höher als im Januar 2023.

Die baugewerblichen Umsätze lagen sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau im Januar 2024 unter dem Niveau des Vormonats. Im Hochbau sanken die Umsätze um neun Prozent. Dabei fiel der Rückgang im öffentlichen Hochbau mit -41 Prozent am stärksten aus. Auch der gewerbliche Hochbau erzielte weniger Erlöse als im

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jan 2024	
	Veränderung des Wertes ¹ zu	
	Dez 2023	Jan 2023
Auftragseingang	0,5 % ↗	19,9 % ↑
Hochbau insgesamt	11,6 % ↑	43,4 % ↑
Wohnungsbau	8,0 % ↑	-34,0 % ↓
Gewerblicher Hochbau	10,4 % ↑	88,2 % ↑
Öffentlicher Hochbau	18,7 % ↑	83,7 % ↑
Tiefbau insgesamt	-9,6 % ↓	1,2 % ↗
Gewerblicher Tiefbau	-11,6 % ↓	-4,6 % ↓
Straßenbau	-11,3 % ↓	23,0 % ↑
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-0,3 % ↘	-29,1 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-8,4 % ↓	-4,3 % ↓
Hochbau insgesamt	-9,0 % ↓	-13,4 % ↓
Wohnungsbau	8,2 % ↑	-21,4 % ↓
Gewerblicher Hochbau	-4,6 % ↓	-8,8 % ↓
Öffentlicher Hochbau	-41,2 % ↓	-5,2 % ↓
Tiefbau insgesamt	-7,9 % ↓	4,4 % ↑
Gewerblicher Tiefbau	-9,5 % ↓	6,1 % ↑
Straßenbau	-8,0 % ↓	0 % →
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-5,8 % ↓	10,2 % ↑

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Vormonat (-4,6 Prozent). Der Wohnungsbau steigerte seine Umsätze hingegen um 8,2 Prozent. Die Umsätze des Tiefbaus lagen um 7,9 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Das Minus spiegelt sich in allen Teilbereichen wider: Im gewerblichen Tiefbau und im Straßenbau sanken die Erlöse um 9,5 bzw. acht Prozent. Die Betriebe des sonstigen öffentlichen Tiefbaus meldeten 5,8 Prozent weniger Umsatz als im Dezember 2023.

Im Vorjahresvergleich nahmen die baugewerblichen Umsätze ebenfalls ab (-4,3 Prozent). Verantwortlich war die Entwicklung im Hochbau, dessen Erlöse 13 Prozent niedriger waren als im Januar 2023. Dagegen stiegen die

Umsätze im Tiefbau gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,4 Prozent.

Signifikanter Rückgang bei den Baugenehmigungen 2023

Im Jahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz erheblich weniger Genehmigungen zur Errichtung von neuen Wohngebäuden erteilt als im Jahr zuvor. Die Zahl sank um 43,5 Prozent auf 3 600. Die Anzahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, reduzierte sich auf 10 000 (-32,5 Prozent gegenüber 2022).

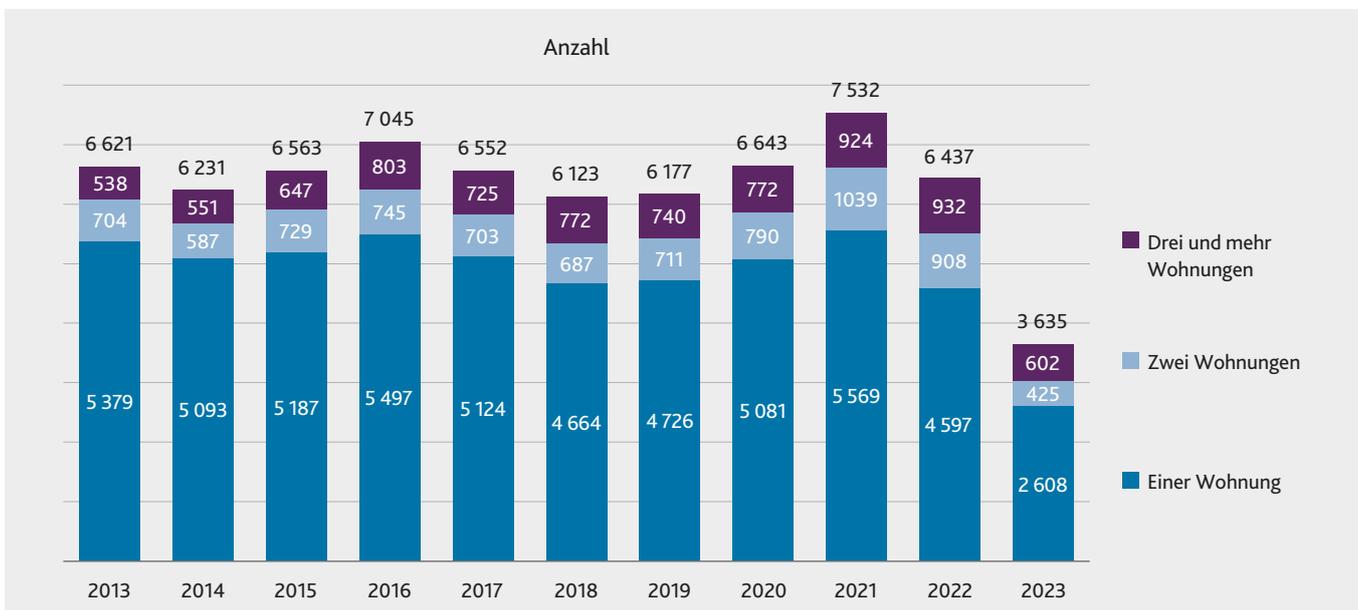
Die Zahl der Baugenehmigungen sank im Jahr 2023 damit auf den mit Abstand tiefsten Stand der letzten zehn Jahre. Gemessen am Ziel der Bundesregierung, jährlich 400 000

neue Wohnungen an den Markt zu bringen, wären in Rheinland-Pfalz knapp 20 000 Wohnungen erforderlich. Wenn alle genehmigten Bauvorhaben aus dem Jahr 2023 umgesetzt werden, würde in etwa die Hälfte davon erreicht. Die Genehmigungen bilden nur die Bauabsicht ab. Die Zahlen der Baufertigstellungsstatistik, die Aufschluss darüber geben, wie viele Wohnungen tatsächlich gebaut wurden, werden im Juni veröffentlicht.

Die meisten Genehmigungen wurden 2023 – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Deren Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 43 Prozent auf 2 600 zurück. Bei den Zweifamilienhäusern sank sie sogar um 53 Prozent auf 425 Wohneinheiten. Die Zahl der Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern reduzierte sich zwar auch deutlich, jedoch nicht so stark wie bei Ein- und Zweifamilienhäusern. Hier ist ein Rückgang um 35 Prozent auf 602 Wohneinheiten festzustellen, wobei die Zahl der darin enthaltenen Wohnungen um 22 Prozent auf 6 600 sank. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort, dass im Neubau der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern im Vergleich zu Ein- oder Zweifamilienhäusern zunimmt.

Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro veranschlagt. Der Wert liegt zwar deutlich unter dem des Vorjahres (3,7 Milliarden Euro), allerdings sind die Kosten pro Baumaßnahme im Vergleich zum Vorjahr pro Gebäude um 21 Prozent und pro

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2013–2023 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



Wohnung um 1,3 Prozent gestiegen. Die signifikanten Unterschiede zwischen den Werten pro Gebäude und pro Wohnung dürften darin begründet sein, dass der Anteil der geplanten Mehrfamilienhäuser 2023 deutlich höher ist als im Vorjahr und die Errichtung eines Mehrfamilienhauses teurer ist als die eines Ein- oder Zweifamilienhauses. Demgegenüber sind die Kosten pro Wohnung in Mehrfamilienhäusern geringer als in Ein- oder Zweifamilienhäusern.

Landesweit kamen auf 10 000 im Land lebende Menschen rechnerisch rund 24 Wohnungen in genehmigten neuen Wohngebäuden, wobei ein Niveauunterschied zwischen den kreisfreien Städten (28 Wohnungen) und den Landkreisen (23 Wohnungen) besteht. Unter den kreisfreien Städten wies Landau mit fast 104 Wohnungen den mit Abstand höchsten Wert auf, gefolgt von Trier

mit knapp 43 Wohnungen. Die niedrigsten Werte gab es in Zweibrücken mit rund sechs sowie in Pirmasens mit zehn Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Unter den Landkreisen lag der Kreis Bad Kreuznach mit rund 38 Wohnungen an der Spitze, gefolgt vom Kreis Trier-Saarburg mit fast 34. Die niedrigsten Werte unter den Landkreisen verzeichneten der Rhein-Pfalz-Kreis mit knapp neun und die Kreise Birkenfeld und Altenkirchen mit jeweils rund zehn neuen Wohnungen je 10 000 Personen.

Weniger Baugenehmigungen im Nichtwohnbau

Die Zahl der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ist im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent zurückgegangen. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten im vergangenen

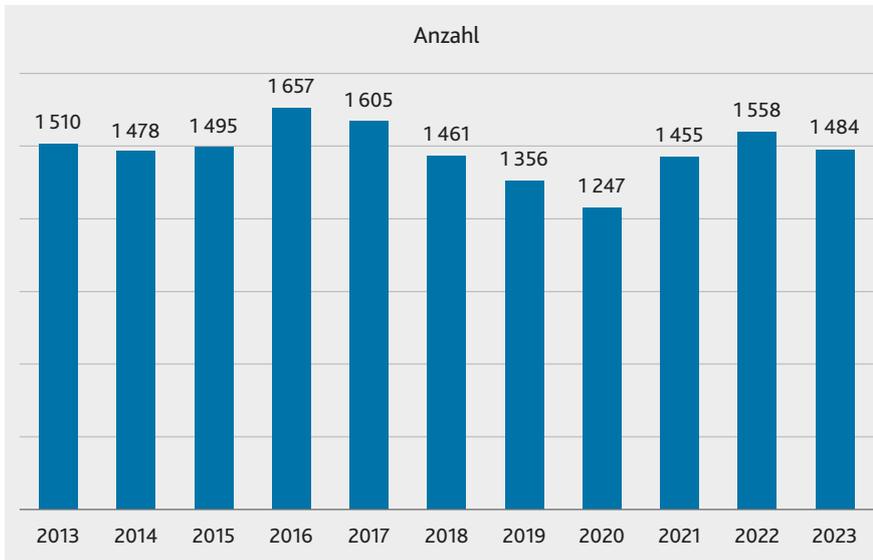
Jahr den Bau von 1500 neuen Nichtwohngebäuden.

Die veranschlagten Baukosten reduzierten sich um 23 Prozent auf rund 1,41 Milliarden Euro. Der umbaute Raum und die geplante Nutzfläche gingen jeweils um 18 Prozent zurück.

Knapp 70 Prozent der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen unter anderem Handels- und Lagergebäude (26 Prozent aller neuen Gebäude), Fabrik- und Werkstattgebäude (elf Prozent) sowie Hotels und Gaststätten (1,4 Prozent). Insgesamt wurden gut 1000 nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude genehmigt, das waren 2,7 Prozent weniger als im Jahr 2022. Zudem wurden Baugenehmigungen für 164 landwirtschaftliche Betriebsgebäude (–9,4 Prozent), 86 Büro- und Verwaltungsgebäude (–26 Prozent)



Genehmigte Nichtwohngebäude (Neubau) 2013–2023



sowie 176 sonstige Nichtwohngebäude (–3,8 Prozent) erteilt.

Rund 51 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Es folgten private Haushalte mit 37 Prozent und die öffentlichen Bauherren mit neun Prozent. Lediglich bei der öffentlichen Hand ist die Zahl der Baugenehmigungen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+6,4 Prozent). Bei allen anderen Bauherren wurden weniger Baugenehmigungen für Nichtwohnbauten erteilt als im Jahr zuvor. Den größten Rückgang gab es bei Organisationen ohne Erwerbszweck mit rund 18 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Während die geplanten Baukosten bei Unternehmen um rund 34 Prozent zurückgegangen sind, sind sie bei allen anderen Bauherren gestiegen (öffentliche Bauherren: +39 Prozent; Organisationen ohne Erwerbszweck: +12 Prozent und private Haushalte: +2,4 Prozent).

Wirtschaftsleistung sinkt um 4,9 Prozent

Die Wirtschaftsleistung ging in Rheinland-Pfalz 2023 deutlich zurück – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau, das in den beiden Jahren zuvor erreicht wurde. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm nach vorläufigen Berechnungen 2023 um 4,9 Prozent ab. Die aktuelle Entwicklung ist stark vom Bereich Forschung und Entwicklung sowie der Pharmazeutischen Industrie geprägt – 2021 hatten diese beiden Bereiche kräftig zu dem Rekordwachstum von zehn Prozent beigetragen.

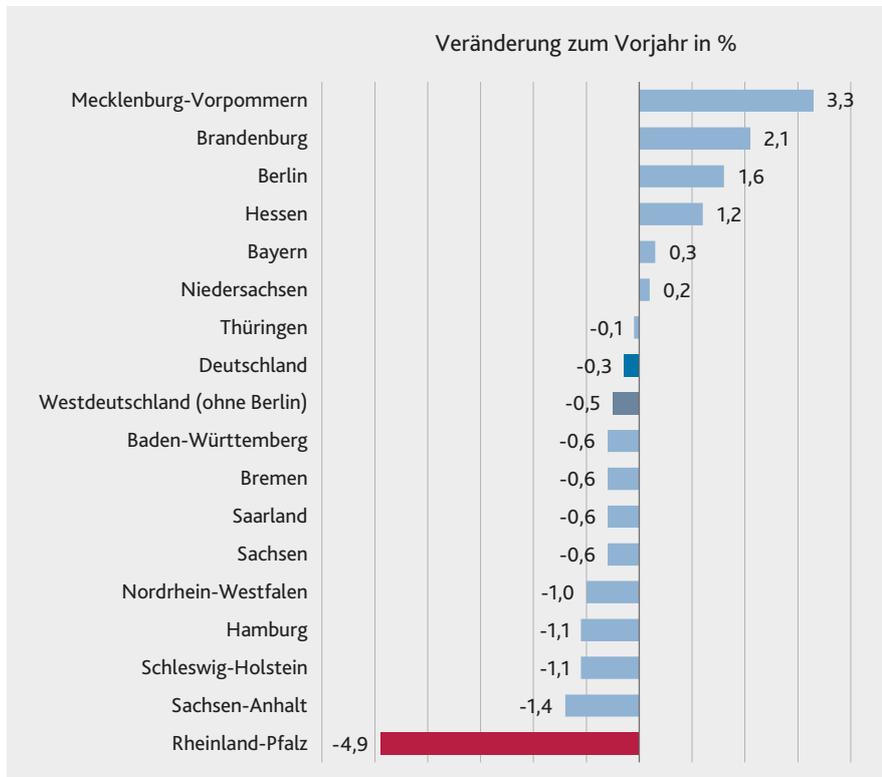
In jeweiligen Preisen lag die Wirtschaftsleistung 2023 bei 174 Milliarden Euro. Damit hatte Rheinland-Pfalz einen Anteil von 4,2 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt. Im Vergleich zu 2022 erhöhte sich das nominale Inlandsprodukt um 2,5 Milliarden Euro bzw. 1,5 Prozent.

Das Verarbeitende Gewerbe, das 2021 einen erheblichen Anteil am Rekordwachstum hatte, trug 2023 kräftig zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung bei. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm um elf Prozent ab (Deutschland: –0,3 Prozent). Die Industrie erwirtschaftet in Rheinland-Pfalz 22 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung. Trotz teils kräftiger Preissteigerungen mussten sechs der zehn umsatzstärksten Branchen des Landes zum Teil erhebliche nominale Umsatzeinbußen hinnehmen. Den mit Abstand größten Rückgang wies die Pharmazeutische Industrie auf (–44 Prozent), die 2021 und 2022 noch stark von der Impfstoffproduktion profitiert hatte. Auch die Chemische Industrie verzeichnete, wie die meisten energieintensiven Branchen, deutliche Umsatzrückgänge.

Im Dienstleistungssektor sank die Bruttowertschöpfung 2023 um 3,2 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Der tertiäre Sektor erwirtschaftet in Rheinland-Pfalz 66 Prozent der gesamten Wertschöpfung.

Wie in den beiden Jahren zuvor hatte die Branche Forschung und Entwicklung einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der Dienstleistungsbereiche. In den Jahren 2021 und 2022 hatte diese Branche außergewöhnlich hohe Lizenzeinnahmen aus der Impfstoffentwicklung erzielt. Im Jahr 2023 gingen diese Einnahmen jedoch erheblich zurück. Der Bereich Forschung und Entwicklung zählt zum Teilsektor „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Woh-

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2023 nach Bundesländern



nungswesen", dessen Wertschöpfung infolgedessen um 9,4 Prozent sank (Deutschland: +0,6 Prozent).

Auch der kleinste Teilsektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ verzeichnete einen Rückgang. Mit einem preisbereinigten Minus von 0,8 Prozent schrumpfte dieser Bereich stärker als im Bundesdurchschnitt (-0,2 Prozent). Die Bruttowertschöpfung des Teilsektors „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ stieg 2023 hingegen um 1,5 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent).

Das Baugewerbe litt wie im Jahr zuvor an hohen Baukosten, Fachkräftemangel und schlechteren Finanzierungsbedingungen infolge

gestiegener Zinsen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung sank um 0,9 Prozent. Damit entwickelte sich der Bereich schlechter als in Deutschland (-0,2 Prozent). Auffällig ist der enorme Preisanstieg im Baugewerbe: In jeweiligen Preisen nahm die Wertschöpfung um 16 Prozent zu. Zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft steuert das Baugewerbe im Vergleich der Wirtschaftsbereiche nur einen geringen Teil bei (6,8 Prozent).

Nach kräftiger Schrumpfung 2022 wuchs der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ 2023 wieder. Die Bruttowertschöpfung des primären Sektors stieg um 7,1 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Im Gegensatz zum Baugewerbe gingen die Preise in der

Land- und Forstwirtschaft nach dem massiven Anstieg 2022 im Jahr 2023 wieder zurück: In jeweiligen Preisen nahm die Wertschöpfung um 19 Prozent ab (Deutschland: -16 Prozent).

Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich 2023 zwar nur leicht um 0,4 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent), erreichte damit aber einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt arbeiteten 2,06 Millionen Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz.

Das Arbeitsvolumen, also die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen, stagnierte 2023 nahezu. Es erhöhte sich nur um 0,1 Prozent auf 2,73 Milliarden Stunden (Deutschland: +0,4 Prozent). Dazu trug der hohe Krankenstand bei, der ein Rekordniveau erreichte. Zudem sank die Pro-Kopf-Arbeitszeit unter anderem durch die Verschiebung von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung und den Anstieg der marginalen Beschäftigung. Je Erwerbstätigen wurden durchschnittlich 1325 Stunden geleistet (-0,3 Prozent); in Deutschland waren es 1342 Stunden, also 17 Stunden mehr. Im Ländervergleich ist allerdings zu beachten, dass Rheinland-Pfalz den höchsten Anteil an marginal Beschäftigten aufweist. Auch die Teilzeitquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Aus dem deutlichen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts und der Stagnation des Arbeitsvolumens ergibt sich eine kräftige Verringerung der preisbereinigten Arbeitsproduktivität (-5 Prozent; Deutschland: -0,7 Pro-



zent). Je Erwerbstätigenstunde wurden in Rheinland-Pfalz 2023 in jeweiligen Preisen 63,90 Euro erwirtschaftet. In Deutschland war das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde um 2,94 Euro höher.

Erwerbstätigkeit steigt im vierten Quartal schwächer

Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt setzte sich im vierten Quartal 2023 fort, allerdings ließ die Wachstumsdynamik weiter nach. Nach vorläufigen

Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz gegenüber dem vierten Quartal 2022 um 4 500 bzw. 0,2 Prozent (Bundesdurchschnitt: +0,5 Prozent). Die Zuwachsrate nimmt bereits seit dem zweiten Quartal 2022, in dem sich noch ein Plus von 1,5 Prozent ergab, kontinuierlich ab.

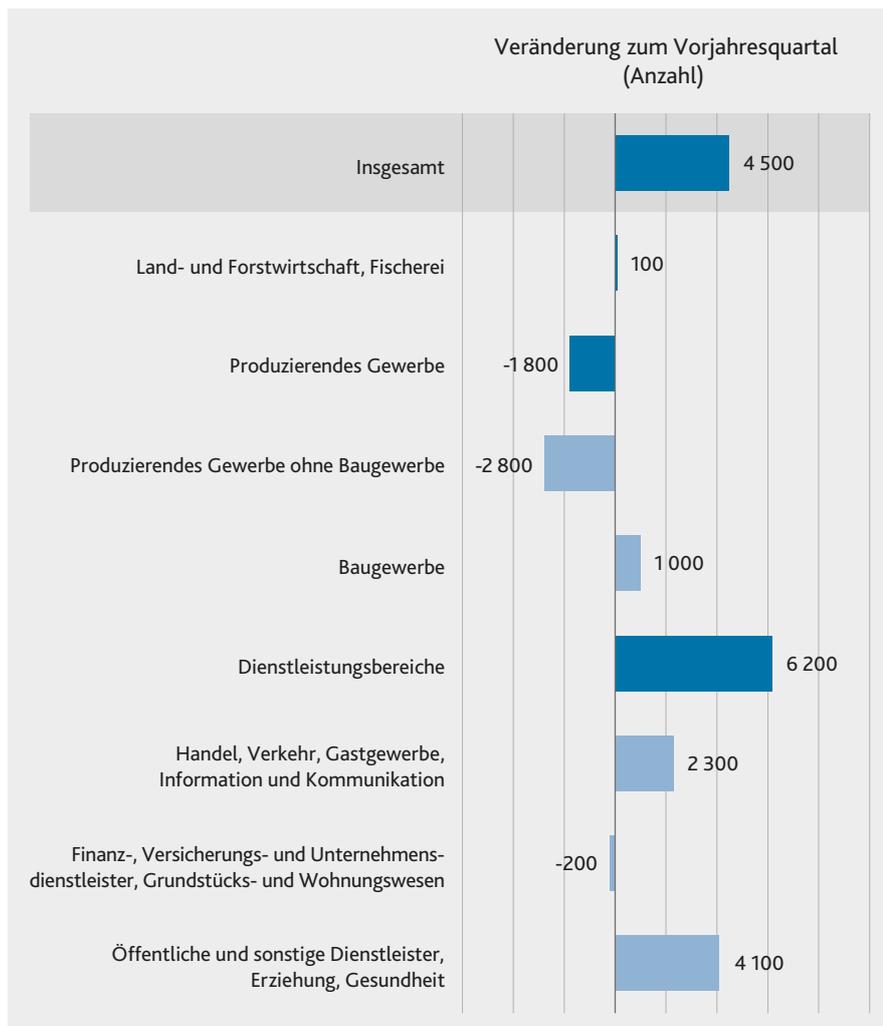
Insgesamt hatten im vierten Quartal 2023 durchschnittlich 2,07 Millionen

Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Die Erwerbstätigkeit erreichte damit einen neuen Höchststand.

Zum Anstieg der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahresquartal trug vor allem die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei. Beschäftigungsgewinne gab es auch bei der Zahl der marginal Beschäftigten. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfenden Familienangehörigen ging jedoch erneut zurück.

Den größten Beitrag zum Anstieg der Erwerbstätigkeit lieferten die Dienstleistungsbereiche. Hier nahm die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6 200 Personen bzw. 0,4 Prozent zu (Deutschland: +0,6 Prozent). In zwei der drei Teilbereiche des Dienstleistungssektors erhöhte sich die Beschäftigung, allerdings jeweils geringer als im Bundesdurchschnitt. Den stärksten Zuwachs verzeichnete der größte Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit +4 100 Personen (+0,6 Prozent; Deutschland: +0,9 Prozent). Im Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ waren 2 300 Personen mehr tätig (+0,5 Prozent; Deutschland: +0,6 Prozent). Im kleinsten Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ sank die Zahl der Erwerbstätigen gering-

Erwerbstätige am Arbeitsort im 4. Quartal 2023 nach Wirtschaftsbereichen



fällig (–200 Personen bzw. –0,1 Prozent; Deutschland: +0,1 Prozent).

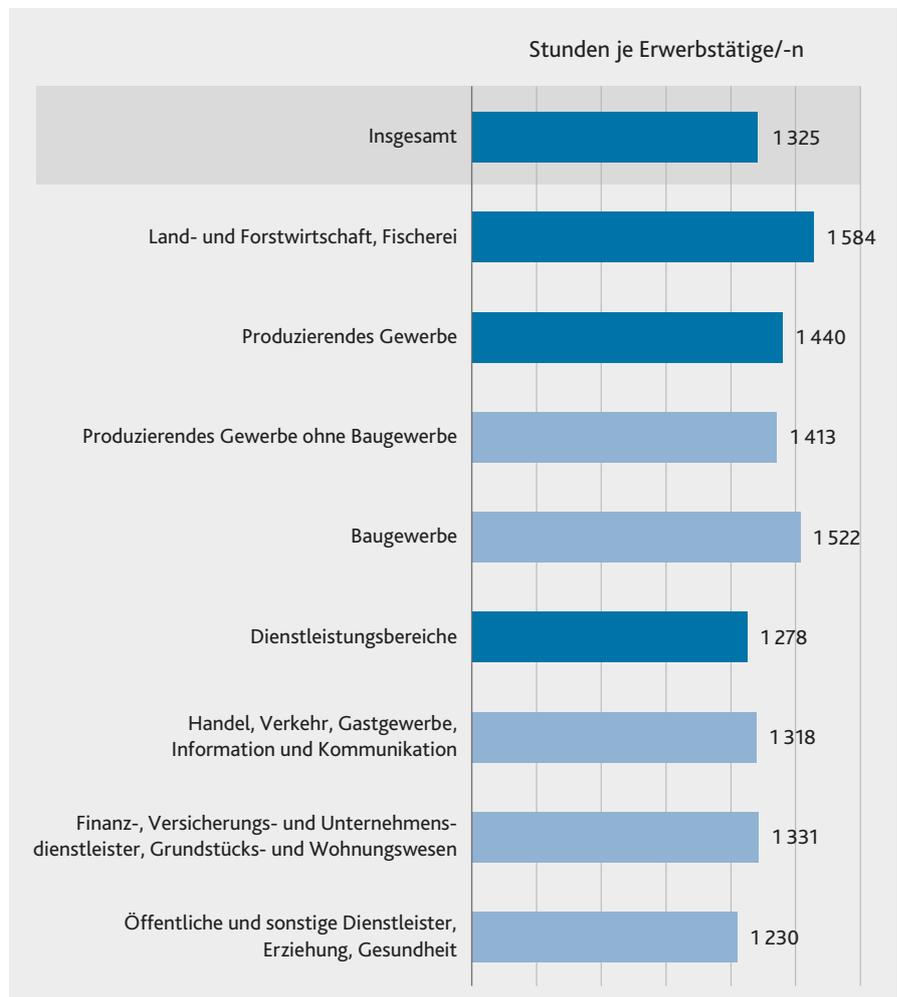
Auch im Produzierenden Gewerbe nahm die Erwerbstätigkeit ab. Von Oktober bis Dezember 2023 arbeiteten in diesem Bereich 1 800 Personen weniger als ein Jahr zuvor (–0,3 Prozent; Deutschland: unverändert). Das ist vor allem auf den größten Teilbereich, das Verarbeitende Gewerbe, zurückzuführen. Hier sank die Zahl der Erwerbstätigen um 3 000 Personen bzw. 0,8 Prozent (Deutschland: –0,3 Prozent). Dagegen ist die Beschäftigungsentwicklung im Baugewerbe weiterhin positiv: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 1 000 Personen bzw. 0,7 Prozent (Deutschland: unverändert).

In der Landwirtschaft nahm die Beschäftigung im vierten Quartal zu. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 100 Personen bzw. 0,3 Prozent (Deutschland: unverändert).

Arbeitsvolumen stagniert 2023

Im Jahr 2023 leisteten die gut zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 2,73 Milliarden Arbeitsstunden. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“, dem das Statistische Landesamt in Bad Ems angehört, bedeutet das einen geringen Anstieg um 2,5 Millionen Stunden bzw. 0,1 Prozent gegenüber 2022. Im Bundesdurchschnitt nahm das Arbeitsvolumen mit 0,4 Prozent etwas stärker zu. Der Zuwachs in Westdeutschland ohne Berlin betrug 0,3 Prozent und in Ostdeutschland ohne Berlin 0,5 Prozent.

Arbeitsvolumen 2023 nach Wirtschaftsbereichen



Ausschlaggebend für den schwachen Zuwachs in Rheinland-Pfalz war eine nur leicht wachsende Zahl an Erwerbstätigen (+0,4 Prozent) bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Jede erwerbstätige Rheinland-Pfälerin bzw. jeder erwerbstätige Rheinland-Pfälzer arbeitete 2023 durchschnittlich 1 325 Stunden (Deutschland: 1 342 Stunden). Das waren vier Stunden bzw. 0,3 Prozent weniger als 2022 (Deutschland: –5 Stunden bzw. –0,3 Prozent) und deutlich weniger als 2019, dem Jahr

vor der Coronakrise (Rheinland-Pfalz: 1 343; Deutschland: 1 373 Stunden je Kopf). Die Zahl der Kurzarbeitenden verringerte sich 2023 – wie schon im Vorjahr. Das trug tendenziell zu einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen bei. Einen dämpfenden Effekt hatte 2023 – wie schon im Jahr zuvor – der beträchtliche Krankenstand und der damit verbundene Arbeitsausfall. Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten mit durchschnittlich 1 811 Stunden wesentlich



mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (1 279 Stunden).

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen liegt in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt; im Vergleich der Länder belegt Rheinland-Pfalz den vorletzten Platz. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in die Berechnung der Arbeitsstunden die Teilzeitbeschäftigten und die geringfügig Beschäftigten mit ihrer reduzierten Arbeitszeit einfließen. Bei der rechnerischen Ermittlung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen werden die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten jedoch wie Vollzeitbeschäftigte behandelt. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer einen sehr hohen Anteil an geringfügig Beschäftigten auf, und auch die Teilzeitquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Dadurch erklärt sich das vergleichsweise geringere Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ist in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft war die Pro-Kopf-Arbeitszeit 2023 mit 1 584 Stunden am höchsten (Deutschland: 1 681 Stunden); ein Grund dafür ist der hohe Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Gegenüber 2022 sank die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft um fünf Stunden.

Im Produzierenden Gewerbe leistete jede Erwerbstätige bzw. jeder Erwerbstätige durchschnittlich 1 440 Stunden

(Deutschland: ebenfalls 1 440 Stunden). Dabei lag das Baugewerbe mit 1 522 Stunden (Deutschland: 1 534 Stunden) deutlich vor dem Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 1 413 Stunden (Deutschland: 1 409 Stunden). Auch im Baugewerbe ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2022 sank das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen im Baugewerbe um fünf Stunden; das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe verzeichnete mit –9 Stunden den stärksten Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit (Deutschland: ebenfalls –9 Stunden).

Im Dienstleistungssektor erbrachten die Erwerbstätigen 2023 mit 1 278 Arbeitsstunden deutlich weniger Stunden als im Produzierenden Gewerbe (Deutschland: 1 307 Stunden). In den Dienstleistungsbereichen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten besonders hoch. Erwerbstätige im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ arbeiteten 1 318 Stunden (Deutschland: 1 340 Stunden). In diesem Teilbereich sank das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen um fünf Stunden (Deutschland: –4 Stunden). Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden 1 331 Arbeitsstunden geleistet (Deutschland: 1 352 Stunden). Das bedeutete einen Rückgang um drei Stunden im Vergleich zum Vorjahr (Deutschland: ebenfalls –3 Stunden). Mit 1 230 Stunden ist die durchschnittliche

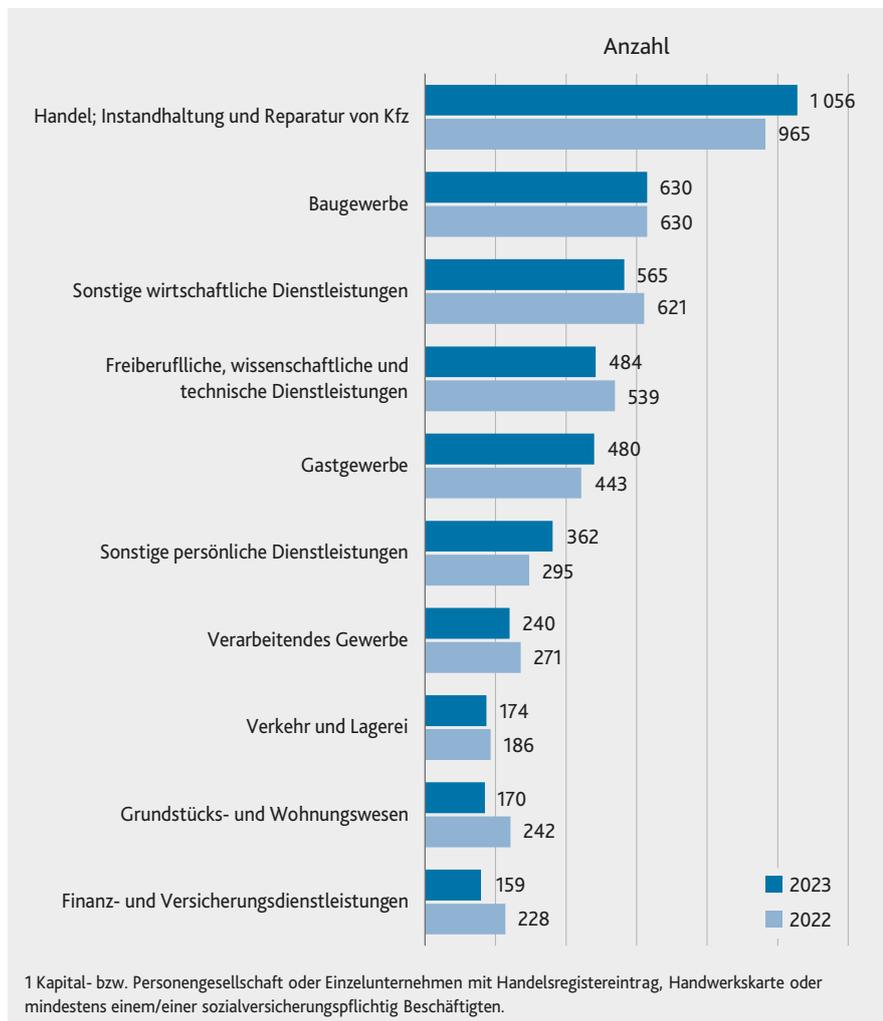
Arbeitszeit im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, wie schon in den vergangenen Jahren, mit Abstand am geringsten (Deutschland: 1 257 Stunden). Hier ist die Teilzeitquote besonders hoch. In diesem Abschnitt nahm die Pro-Kopf-Arbeitszeit um zwei Stunden ab (Deutschland: ebenfalls –2 Stunden).

Mehr Gewerbeanmeldungen 2023

Im Jahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz 34 878 Gewerbe angemeldet. Das waren elf Prozent mehr als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen auf 30 856; das waren 13 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der angemeldeten Gewerbebetriebe ist damit im Jahr 2023 rechnerisch um 4 022 gestiegen, davon waren 747 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Zahl der sogenannten Betriebsgründungen war im Jahr 2023 rückläufig; insgesamt zählten 4 826 Gewerbeanmeldungen zu den Betriebsgründungen (–3,1 Prozent gegenüber 2022). Zu den Betriebsgründungen gehören alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 22 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“, gefolgt von den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit zwölf Prozent.

Betriebsgründungen¹ 2022 und 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 20,4 in der kreisfreien Stadt Zweibrücken; es folgten Landau mit 19,9 und Ludwigshafen mit 17,6. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Neustadt mit 9,9. Unter den Landkreisen wies der Rhein-Lahn-Kreis mit 13,3 den höchsten Wert auf, der Kreis Trier-Saarburg mit 6,6 den niedrigsten.

Neben den Betriebsgründungen gab es im Jahr 2023 insgesamt 24 182 so-

genannte sonstige Neugründungen. Das waren 16 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben.

Die Zunahme bei den Gewerbeabmeldungen stammt vor allem aus dem

Bereich der sonstigen Stilllegungen; betroffen waren also eher kleinere Betriebe. Die Zahl der Betriebsaufgaben – das Pendant zu den Betriebsgründungen – stieg um 5,2 Prozent auf 4 079, die der sonstigen Stilllegungen um 17 Prozent auf 21 130.

Deutlich mehr Unternehmensinsolvenzen 2023

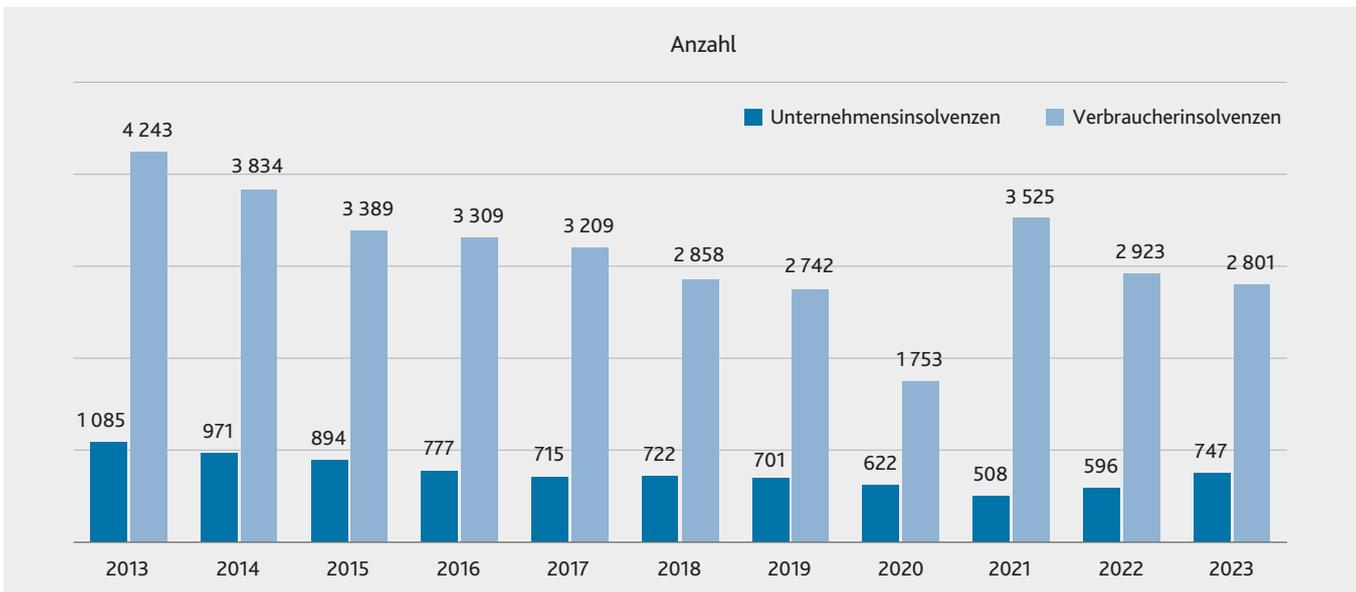
Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im Jahr 2023 zum zweiten Mal in Folge deutlich gestiegen. Im vergangenen Jahr stellten 747 Unternehmen einen Insolvenzantrag – 25 Prozent mehr als 2022 (596). Bereits im Vorjahr hatte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 17 Prozent erhöht (2021: 508). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag 2023 mit 2 801 um rund vier Prozent niedriger als im Vorjahr.

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten im vergangenen Jahr 6 185 Arbeitsplätze in Gefahr; das waren knapp 60 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger stieg um rund 87 Prozent auf 1,35 Milliarden Euro. Damit hatte jedes Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich etwa 1,8 Millionen Euro Schulden.

Die meisten Insolvenzanträge stellten – wie im Vorjahr – Unternehmen aus dem Baugewerbe (167 Anträge). Es folgten die Wirtschaftsabschnitte „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 114 sowie „Erbringung von sonstigen



Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2013–2023



wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 90 Fällen. Einen deutlichen Rückgang um 27 Prozent auf 35 Insolvenzanträge gab es im Wirtschaftsabschnitt „Verkehr und Lagerei“.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, lag in den kreisfreien Städten (6,4) höher als in den Landkreisen (4,6). Den mit 10,5 höchsten Wert verzeichnete die kreisfreie Stadt Pirmasens, den mit 2,4 niedrigsten der Landkreis Alzey-Worms.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag 2023 um rund vier Prozent unter der des Vorjahres und etwa 2,5 Prozent über dem Mittelwert der Jahre 2020 bis 2022. Die Höhe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag 2023 mit 137 Millionen Euro rund sieben Prozent über dem Wert des Vorjahres.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete im Jahr 2023 – wie in den Vorjahren – die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 32; die wenigsten wies der Landkreis Mainz-Bingen mit 3,5 auf. Der Niveauunterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ist bei den Verbraucherinsolvenzen stärker ausgeprägt als bei den Unternehmensinsolvenzen. In den kreisfreien Städten lag der Durchschnitt bei 9,3, in den Landkreisen bei 5,9.

Positive Entwicklung im Tourismus im Jahr 2023

Die Tourismusbetriebe registrierten im Jahr 2023 mehr Gäste und Übernachtungen als im Vorjahr. Im Jahr 2023 übernachteten rund 8,5 Millionen Gäste in Rheinland-Pfalz. Das waren 8,2 Prozent mehr als im Jahr 2022.

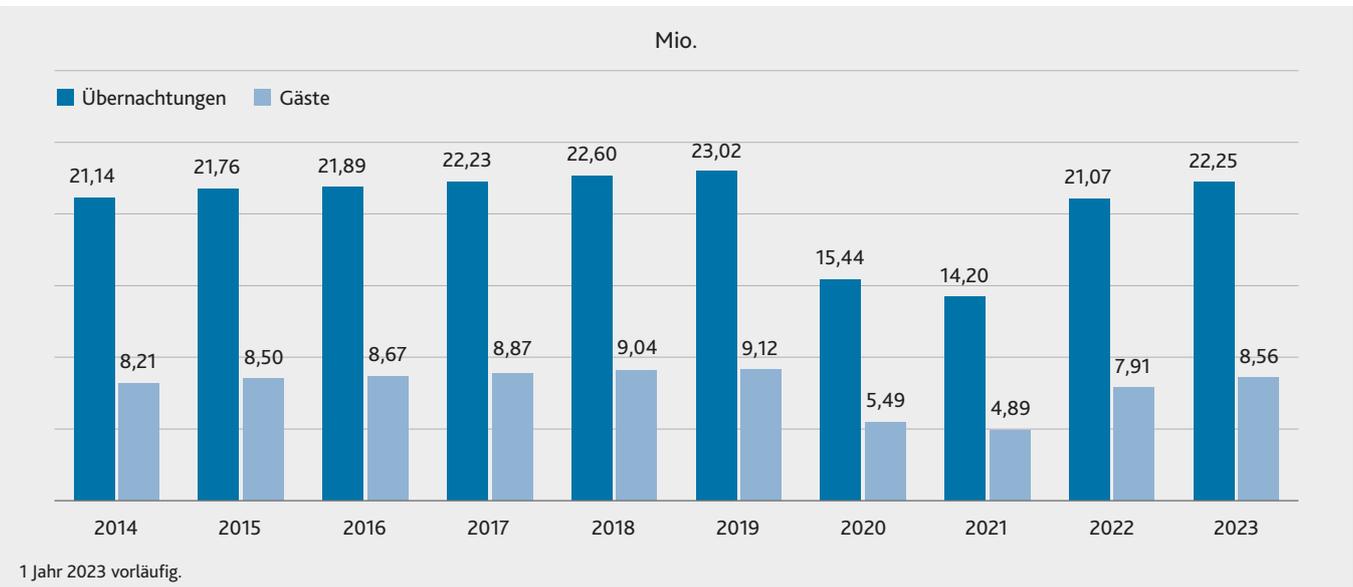
Die Zahl der Übernachtungen stieg um 5,6 Prozent auf 22,2 Millionen.

Obwohl sich die positiven Entwicklungen seit 2022 weiter fortsetzten, konnte das Vor-Corona-Niveau noch nicht erreicht werden. Die Zahl der Gäste lag um 6,2 Prozent, die der Übernachtungen um 3,3 Prozent unter der von 2019. Im Vergleich dazu stieg die Zahl der Gäste und der Übernachtungen von 2021 auf 2022 um rund 62 bzw. 48 Prozent.

Die größten Zunahmen bei den Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber dem Jahr 2022 gab es in der Ahrregion (Gäste: +51 Prozent; Übernachtungen: +44 Prozent). Dennoch bleibt die Region aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 und der damit einhergehenden Schließung vieler Betriebe noch am weitesten unter dem Niveau der Vor-Corona-Zeit. Rheinhessen registrierte



Übernachtungen und Gäste 2014–2023¹



elf Prozent mehr Gäste und 8,4 Prozent mehr Übernachtungen. In den gemessen am Tourismusaufkommen beliebtesten Regionen Mosel-Saar und Pfalz nahm die Zahl der Gäste um 4,9 bzw. 9,6 Prozent und die der Übernachtungen um vier bzw. 6,2 Prozent zu.

Die höchsten Zunahmen im Vergleich zu 2022 registrierten die beliebten Hotel garnis mit +13 Prozent, gefolgt von den Jugendherbergen und Hütten mit +12,9 Prozent und den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken mit +11 Prozent. Die Hotels, die die höchste Zahl an Übernachtungen insgesamt aufweisen, verbuchten 5,2 Prozent mehr Übernachtungen. Nur in den Feriententren war die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zu 2022 rückläufig (-6 Prozent). Der Grund dafür liegt in einem geringeren Übernachtungsangebot in Folge einer längeren Schließung aufgrund

von Umstrukturierungen. Die Hotel garnis übertrafen das Vor-Corona-Niveau um 33 Prozent, die Ferienhäuser um 16 Prozent und die Campingplätze um 13 Prozent.

Mit 76 Prozent kam der Großteil der Besucherinnen und Besucher 2023 aus Deutschland. Im Vergleich zu 2022 nahmen die Besuche aus dem Ausland mit +11 Prozent stärker zu als die Besuche aus dem Inland mit +7,5 Prozent. Auch die Zahl der Übernachtungen der ausländischen Gäste (+8,6 Prozent) stieg stärker an als die der inländischen Gäste (+4,8 Prozent).

Im Dezember 2023 wurden 456 000 Gäste in Rheinland-Pfalz registriert. Diese buchten etwa 1,15 Millionen Übernachtungen. Im Vergleich zu Dezember 2022 nahm die Zahl der Gäste um zwölf Prozent und die der Übernachtungen ebenfalls um gut zwölf Prozent zu. Trotz dieses Anstiegs

wurde das Vor-Corona-Niveau von 2019 noch nicht erreicht: Im Dezember 2019 hatte die Zahl der Gäste noch um 9,2 Prozent und die der Übernachtungen um 5,7 Prozent höher gelegen.

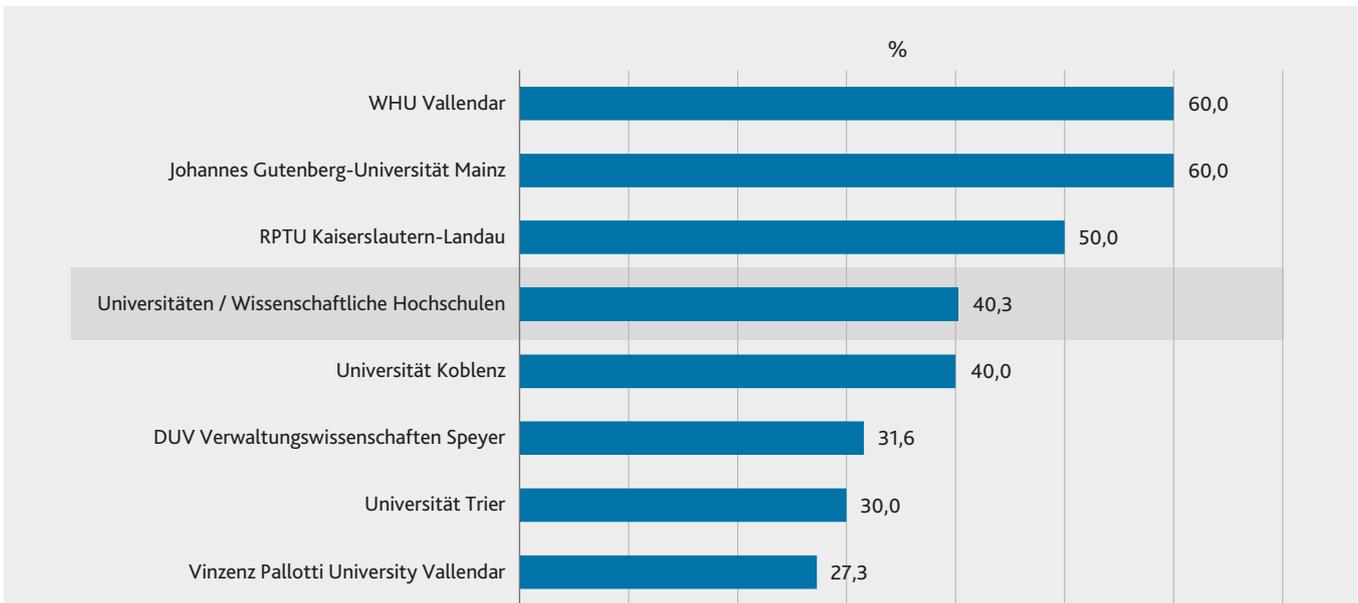
Frauenanteil in Hochschulräten nimmt langfristig zu

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Jahr 2023 insgesamt 87 Frauen und 119 Männer Mitglied in einem Hochschulrat bzw. einem vergleichbaren Gremium. Damit lag der Frauenanteil bei 42 Prozent. Im Jahr 2013 waren es nach Angaben des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) rund 23 Prozent gewesen.

Hochschulräte übernehmen in der Regel hochschulstrategische und beratende Aufgaben. Mit einem Frauen- und Männeranteil von jeweils 50 Prozent hatten die Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslau-



Frauen in Hochschulräten an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen¹ 2023



¹ An der Theologischen Fakultät Trier bestehen keine Hochschulräte.

tern-Landau, die Hochschule für Gesellschaftsgestaltung Koblenz, die Hochschule Mainz, die Hochschule der Deutschen Bundesbank Hachenburg und die Hochschule für öffentliche Verwaltung Mayen ein besonders ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in ihren Hochschulräten. An der Technischen Hochschule Bingen, der Hochschule Kaiserslautern, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, der Hochschule Koblenz und der WHU Vallendar (jeweils 60 Prozent) stellten die Frauen die Mehrheit innerhalb der Hochschulräte. Demgegenüber fielen die Frauenanteile an der Hochschule Worms (14 Prozent) und der Hochschule der Polizei in Büchenbeuren (22 Prozent) am geringsten aus.

Zwischen Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und

Verwaltungshochschulen konnten nur geringe Unterschiede bezüglich des durchschnittlichen Frauenanteils in den Hochschulräten festgestellt werden. An Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften lag der Frauenanteil in den Hochschulräten bzw. vergleichbaren Gremien mit 46 Prozent am höchsten; an Universitäten bzw. wissenschaftlichen Hochschulen wurde ein Anteil von 40 Prozent und an Verwaltungsfachhochschulen von 39 Prozent verzeichnet.

Zahl der Einser-Abiturientinnen und -Abiturienten steigt langfristig

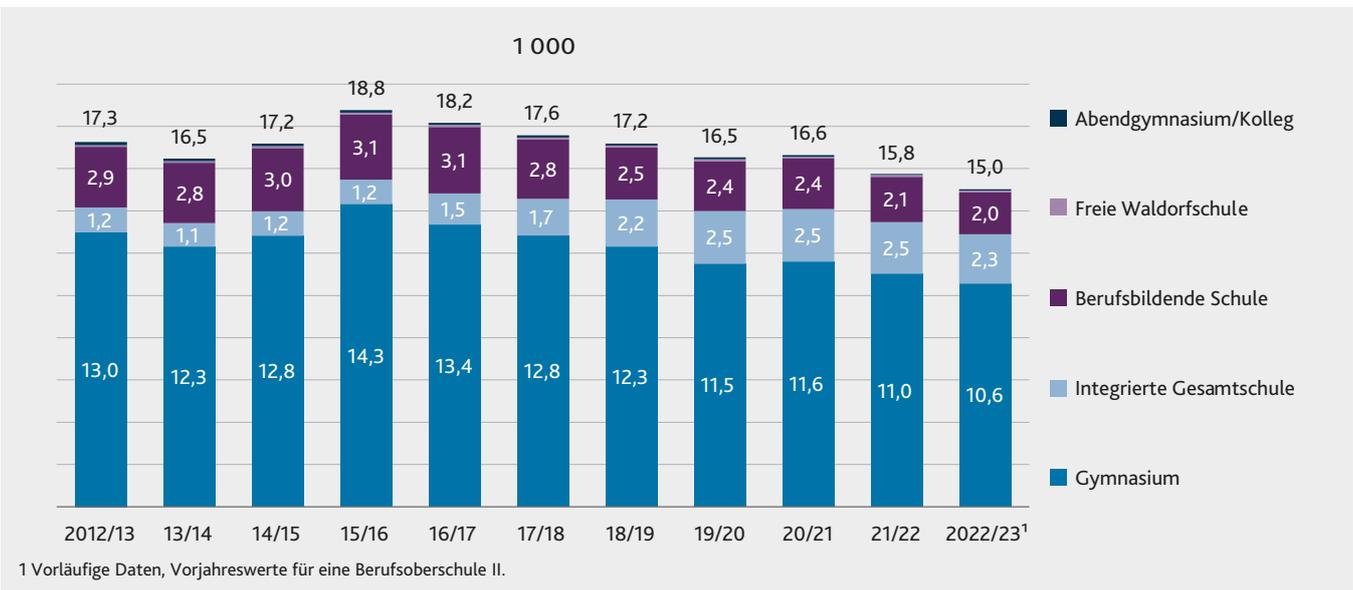
Zum Ende des Schuljahres 2022/23 haben in Rheinland-Pfalz rund 13 Prozent der rund 15 000 Abiturientinnen und Abiturienten ihre Abschluss-

prüfung mit der Note 1,5 oder besser bestanden. Anhand vorläufiger Berechnungen ermittelt stieg der Anteil der „Einser-Abschlüsse“ gegenüber 2012/13 und damit im Zehnjahresvergleich um etwa fünf Prozentpunkte. Die durchschnittliche Abschlussnote verbesserte sich im gleichen Zeitraum von 2,6 auf 2,4.

Gegenüber dem Vorjahr konnte ein leichter Rückgang des Anteils der Schülerinnen und Schüler mit sehr guten Abschlussnoten verzeichnet werden (-0,5 Prozentpunkte).

Die vorläufigen Ergebnisse der amtlichen Schulstatistik bestätigen nach wie vor bestehende Geschlechterunterschiede bei den Absolvierenden der Abiturprüfung. So lag der Frauenanteil unter den Abiturientinnen und Abiturienten neun Prozent-

Abiturienten/-innen 2012/13–2022/23 nach Schularten



punkte über dem der Männer. Eine Abschlussnote von 1,5 oder besser erzielten etwa 14 Prozent der Abiturientinnen und elf Prozent der männlichen Absolventen mit Allgemeiner Hochschulreife. Dadurch lag der Männeranteil in dieser Notengruppe bei 39 Prozent und damit 22 Prozentpunkte unter dem der Frauen. Bei den nicht bestandenen Abiturprüfungen wurde hingegen eine weitestgehend ausgeglichene Geschlechterverteilung beobachtet.

Mit etwa 15 000 erfolgreichen Absolvierenden wurde die niedrigste Zahl an Abiturientinnen und Abiturienten binnen der vergangenen zehn Jahre erreicht. Gegenüber 2012/13 sank ihre Zahl um 13 Prozent. Ein vergleichsweise hoher Rückgang wurde in diesem Zeitraum an den Institutionen des zweiten Bildungswegs verzeichnet: Sowohl an Abendgymnasien und Kollegs (–54 Prozent) als auch

an Beruflichen Gymnasien und der Berufsoberschule II (–31 Prozent) sanken die Abiturientenzahlen deutlich. An den allgemeinbildenden Schulen zeigte sich hingegen ein differenziertes Bild: Während die Absolventenzahl an Gymnasien um mehr als 2 400 Schülerinnen und Schüler bzw. 19 Prozent sank, verdoppelte sie sich an Integrierten Gesamtschulen beinahe (+99 Prozent).

Erneuter Rückgang der Zahl der Auszubildenden

Die rheinland-pfälzischen Kammern meldeten 2023 rund 59 100 Auszubildende. Anhand vorläufiger Ergebnisse ermittelt waren das rund 600 weniger als im Jahr zuvor – ein Minus von einem Prozent. Im Zehnjahresvergleich sank die Zahl der Auszubildenden um etwa 11 400 bzw. 16 Prozent.

Der Rückgang ist unter anderem auf die demografische Entwicklung und

den Trend der Höherqualifikation zurückzuführen, also der zunehmenden Tendenz, ein Studium statt einer Ausbildung aufzunehmen. Daneben begründen auch die Akademisierung vieler Berufe und das Angebot landesrechtlich geregelter bzw. vollschulischer Berufsqualifikationen (z. B. Erzieher/-in, Gesundheitsfachberufe) die sinkende Zahl junger Menschen in einer dualen Berufsausbildung. Besonders deutlich ist der Rückgang bei den weiblichen Auszubildenden sichtbar: Zwischen 2013 und 2023 reduzierte sich deren Zahl um 23 Prozent. Bei den Männern fiel der relative Rückgang mit zwölf Prozent deutlich geringer aus.

Gegenüber dem Vorjahr war das Handwerk am stärksten von den rückläufigen Zahlen betroffen: Hier sank die Zahl der Auszubildenden um rund 470 (–2,5 Prozent). Mit einem Minus von 15 Prozent wurde in der Hauswirtschaft der höchste relative



Auszubildende¹ 2022 und 2023 nach Ausbildungsbereichen



Rückgang verzeichnet, der allerdings im Wesentlichen durch die geringen Fallzahlen begünstigt wird. Eine positive Entwicklung meldeten ausschließlich die Industrie- und Handwerkskammern (+0,6 Prozent).

Ein noch deutlicherer Rückgang als bei der Zahl der Auszubildenden wurde für die Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in dualen Ausbildungsberufen gemeldet: Ihre Zahl sank gegenüber dem Vorjahr von 20 800 auf 19 400 (-7 Prozent). Demgegenüber begannen im Jahr 2023 rund 23 300 junge Menschen in Rheinland-Pfalz eine Ausbildung, darunter 12 900 im Bereich Industrie und Handel sowie 7 000 im Handwerk. Damit lag die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge knapp zwei Prozent über der des Vorjahres.

Zahl der Beschäftigten in der Energie- und Wasserversorgung steigt

Im Jahr 2023 waren in den rheinland-pfälzischen Betrieben der Energie- und Wasserversorgung 10 400 Personen in 170 Betrieben beschäftigt. Das waren 182 Beschäftigte bzw. 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die insgesamt 170 rheinland-pfälzischen Betriebe der Energie- und Wasserversorgung sind in ihrer Anzahl in den vergangenen Jahren konstant geblieben. Sie unterteilen sich zu 70 Prozent in Elektrizitäts-, 16 Prozent in Gas-, vier Prozent in Wärme- und Kälteversorgungs- und neun Prozent in Wasserversorgungsbetriebe.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung war die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten uneinheitlich: Während in der Elektrizitätsver-

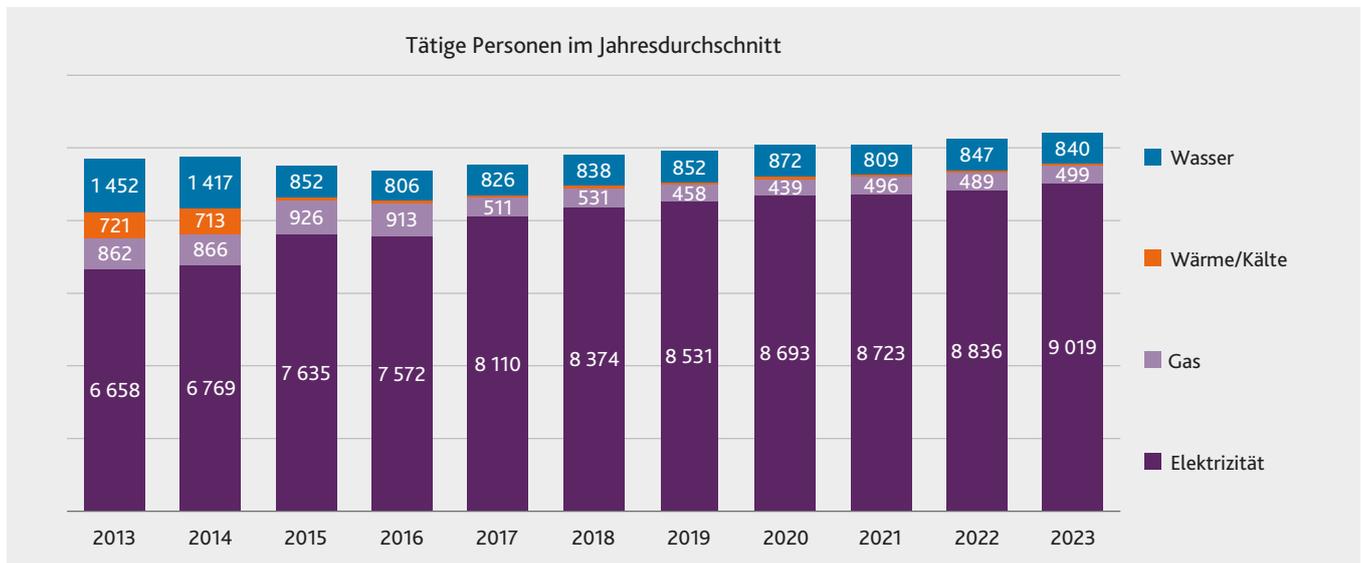
sorgung (+183 Beschäftigte) und der Gasversorgung (+10 Beschäftigte) im Jahresdurchschnitt jeweils ein Anstieg um 2,1 Prozent zu verzeichnen war, sank die Zahl der Beschäftigten in der Wärme- und Kälteversorgung und in der Wasserversorgung geringfügig.

In den Betrieben der Energie- und Wasserversorgung wurden im Jahr 2023 rund 15,2 Millionen Arbeitsstunden geleistet (+1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Die Elektrizitätsversorgung verzeichnete mit +1,9 Prozent bzw. 244 000 mehr geleisteten Arbeitsstunden und die Gasversorgung mit +2,9 Prozent bzw. 21 000 mehr geleisteten Arbeitsstunden einen Anstieg. In der Wärme- und Kälteversorgung reduzierten sich die geleisteten Arbeitsstunden im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 hingegen um 2,2 Prozent auf 95 000 Arbeitsstunden, wohingegen die geleisteten Arbeitsstunden in der Wasserversorgung annähernd auf dem gleichen Niveau verblieben.

Schulden der Kommunen Ende 2022 vergleichsweise hoch

Die rheinland-pfälzischen Kommunen einschließlich ihrer Beteiligungen waren zum Ende des Jahres 2022 beim nicht öffentlichen Bereich mit rund 19,4 Milliarden Euro verschuldet. Im Durchschnitt entfielen auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner somit 4 682 Euro an Schulden. Dieser Wert liegt rund 16 Prozent über dem Durchschnitt aller Flächenländer (4 034 EUR) bzw. zwölf Prozent über

Beschäftigte in der Energie- und Wasserversorgung 2013–2023



dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (4 197 EUR).

Eine höhere durchschnittliche Verschuldung als in Rheinland-Pfalz wurden für die Kommunen im Saarland (6 083 Euro) und in Hessen (5 558 Euro) ermittelt. Diese und weitere Ergebnisse gehen aus der Modellrechnung der sogenannten „Integrierten Schulden“ hervor, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt vorlegen.

In Rheinland-Pfalz zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisbereichen. Die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz haben durchschnittlich 7 903 Euro Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner – das sind 29 Prozent mehr als der Durchschnitt aller Flächenländer (6 125 EUR). Von den Top Ten der am höchsten verschuldeten kreisfreien Städte in Deutschland kommen Ende 2022 drei aus Rheinland-Pfalz. Mit 12 280 Euro

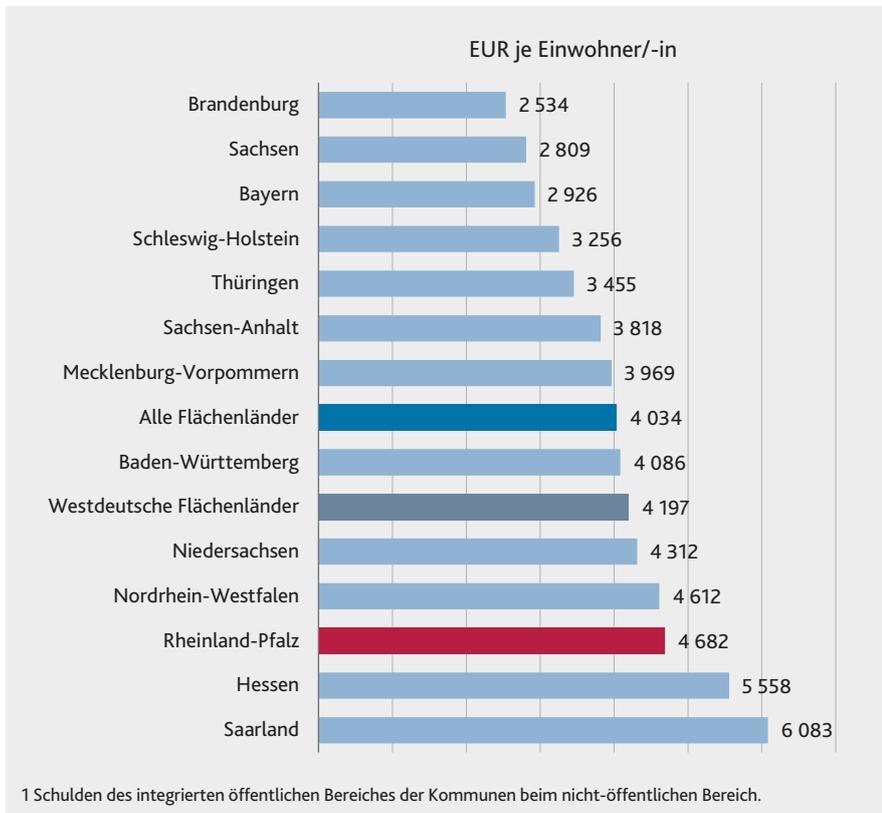
weist Pirmasens die zweithöchste Verschuldung unter den kreisfreien Städten auf. Mit dem fünft- bzw. sechsthöchsten Wert folgen Kaiserslautern (11 085 Euro) sowie Ludwigshafen (10 944 Euro). Unter den zehn am wenigsten verschuldeten kreisfreien Städten findet sich eine Stadt aus Rheinland-Pfalz: Landau in der Pfalz hat bundesweit die zweitniedrigste Verschuldung (1 706 Euro).

Der rheinland-pfälzische Landkreisbereich liegt mit 3 493 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner acht Prozent über den Durchschnitt aller Flächenländer (3 236 EUR). Der Landkreisbereich ist die Summe aus den Landkreisen sowie der zu dem Landkreis gehörenden Kommunen; in Rheinland-Pfalz sind das die Verbandsgemeinden mit ihren Ortsgemeinden sowie die verbandsfreien Gemeinden. Rheinland-Pfalz ist unter den zehn Landkreisbereichen mit der höchsten Verschuldung in Deutschland mit Kusel (8 617 EUR je

Einwohnerin bzw. Einwohner) auf dem dritten Platz vertreten. Der niedrigste Wert für Rheinland-Pfalz wurde für den Rhein-Pfalz-Kreis mit 1 260 Euro ermittelt. Lediglich zwölf Landkreisbereiche in ganz Deutschland kommen auf eine niedrigere Verschuldung je Einwohnerin bzw. Einwohner. Die zehn am wenigsten verschuldeten Landkreisbereiche stammen überwiegend aus Bayern.

Kommunale Steuereinnahmen 2023 rückläufig

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen für das Jahr 2023 betragen insgesamt knapp 5,9 Milliarden Euro. Auf Basis vorläufiger Zahlen aus der amtlichen Kassenstatistik sind das rund 864 Millionen Euro bzw. 13 Prozent weniger als im Jahr 2022. Im Vergleich zu 2013 stiegen die Steuereinnahmen hingegen um rund 60 Prozent.

**Schulden¹ der Kommunen am 31. Dezember 2022 nach Flächenländern**

Maßgebend für die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr war ein Rückgang der Realsteuern um insgesamt rund 965 Millionen Euro bzw. 23 Prozent. Dieser erklärt sich fast ausschließlich durch ein um mehr als eine Milliarde bzw. 29 Prozent niedrigeres Gewerbesteuernettoaufkommen, das 2023 insgesamt 43 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen ausmachte (2022: 53 Prozent). Wie bereits in den Vorjahren prägten die Zahlen aus der Landeshauptstadt Mainz die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen stark: Im Vergleich zu 2022 fielen die Gewerbesteuererinnahmen hier um knapp 1,04 Milliarden Euro bzw. 83 Prozent auf rund 217 Millionen Euro. Ebenfalls

deutlich rückläufig war das Gewerbesteuererinnahmen in der Stadt Idar-Oberstein (–89 Millionen Euro bzw. –58 Prozent).

Die Einnahmen aus den Grundsteuern A und B stiegen über alle rheinland-pfälzischen Kommunen hinweg gegenüber dem Vorjahr um rund 72 Millionen Euro bzw. elf Prozent auf knapp 740 Millionen Euro. Insgesamt entfielen damit 56 Prozent der Steuereinnahmen auf die Realsteuern (2022: 63 Prozent).

Eine weitere wichtige Einnahmequelle für die Kommunen sind die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, die mit rund 2,5 Milliarden Euro (+88 Millionen Euro bzw. 3,6 Prozent)

etwa 43 Prozent an den gesamten Steuereinnahmen ausmachten. Der größte Teil der Gemeinschaftssteuern stammte mit fast 2,17 Milliarden Euro (+91 Millionen Euro bzw. 4,4 Prozent) aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der kleinere Teil mit 334 Millionen Euro (–3 Millionen Euro bzw. –0,9 Prozent) aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Über alle rheinland-pfälzischen Kommunen hinweg war 2023 ein negativer Finanzierungssaldo von rund 565 Millionen Euro zu verzeichnen. Das entspricht einem Defizit von knapp 136 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Saldo somit um rund 1,5 Milliarden Euro vom positiven in den negativen Bereich verändert.

Der Finanzierungssaldo ist eine wichtige Kenngröße zur Finanzlage der Kommunen. Er berücksichtigt sowohl die Einzahlungen als auch die Auszahlungen und zeigt, ob am Ende des Jahres noch „Geld in der Kasse“ verblieben ist.

Prägend für die Entwicklung des Finanzierungssaldos war die Situation in der Stadt Mainz: Alleine hier fiel der Saldo von einem Überschuss von gut 767 Millionen Euro im Jahr 2022 um rund 1,2 Milliarden Euro auf ein Minus von nun 440 Millionen Euro.

Zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen und den einzelnen Gebietskörperschaften gibt es zum Teil deutliche Unterschiede hinsichtlich der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben: Von den ins-



Steuereinnahmen der Kommunen 1993–2023



gesamt 2 455 rheinland-pfälzischen kommunalen Gebietskörperschaften bzw. Gebietskörperschaftsgruppen schlossen 62 Prozent das Jahr 2023 mit einem positiven Saldo ab, während die anderen 38 Prozent einen Fehlbetrag aufwiesen.

Von den zwölf kreisfreien Städten hatten fünf einen positiven Saldo. Den höchsten Überschuss wies 2023 die Stadt Kaiserslautern mit einem Plus von 26,7 Millionen Euro aus. Der höchste positive Pro-Kopf-Saldo findet sich hingegen mit 319 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner in der Stadt Landau. Am anderen Ende der Skala steht – unter anderem aufgrund der stark rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen – die Stadt Mainz (–440 Millionen Euro bzw. –1986 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Von den 24 Landkreishaushalten schloss im vergangenen Jahr die Hälfte mit einem Überschuss ab. Sowohl absolut (61,4 Millionen Euro) als auch in der relativen Betrachtung (750 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) wies der Landkreis Birkenfeld den höchsten positiven Saldo auf. Der höchste negative Finanzierungssaldo war im Landkreis Mainz-Bingen (–64,1 Millionen Euro bzw. –298 Euro je Einwohnerin bzw. je Einwohner) zu beobachten.

Von allen kreisangehörigen Kommunen (Ortsgemeinden, verbandsfreie kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden) in Rheinland-Pfalz erzielten 1 506 (62 Prozent) einen Überschuss. Auf dieser Haushaltsebene wurde sowohl absolut als auch relativ bei den Kommunen des Land-

kreises Ahrweiler der höchste Wert festgestellt. Für alle Kommunen des Landkreises errechnet sich ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 50,6 Millionen Euro bzw. 394 Euro je Einwohnerin bzw. je Einwohner. Die höchsten negativen Salden wiesen die Städte und Gemeinden im Landkreis Birkenfeld auf. Der Fehlbetrag lag hier bei 126,3 Millionen Euro sowie einwohnerbezogen bei 1 542 Euro. Hier ist der Negativsaldo der Stadt Idar-Oberstein in Höhe von 134,1 Millionen Euro maßgebend, während die restlichen Kommunen des Landkreises – separat betrachtet – das Jahr 2023 zusammen mit einem positiven Saldo von 7,8 Millionen Euro abschlossen.



Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Neues Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“



Aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2024 erschien eine Neuauflage des Faltblatts „Frauen in Rheinland-Pfalz“. Die Publikation stellt eine Vielzahl von Daten und Fakten rund um die Situation von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen zusammen und zeigt diverse Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf.

In Rheinland-Pfalz leben mit einem Anteil von 50,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung

etwas mehr Frauen als Männer. Unter den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz ist das Geschlechterverhältnis ebenfalls beinahe ausgeglichen, wie die Ergebnisse der jährlichen Mikrozensus-Erhebung zeigen. Demnach sind in Rheinland-Pfalz rund 47 Prozent aller Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 65 Jahren weiblich. Die Erwerbstätigenquote der Frauen beträgt 72,5 Prozent, das heißt knapp drei Viertel der Frauen in dieser Altersgruppe sind erwerbstätig. Bei den Männern sind es 81 Prozent.

Frauen sind dabei nach wie vor deutlich häufiger teilzeitbeschäftigt als Männer: Mehr als jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in Teilzeit (52 Prozent), bei den Männern beträgt die Teilzeitquote nur rund elf Prozent. Gleichzeitig sind Frauen immer noch deutlich seltener in Führungspositionen vertreten als Männer: Nur 29 Prozent aller

Führungskräfte in Rheinland-Pfalz sind weiblich. Auch bei den Verdiensten liegen die Männer vorn. Den Ergebnissen der Verdiensterhebung 2023 zufolge liegt der sogenannte Gender Pay-Gap bei 15 Prozent, das heißt Frauen verdienen mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 20,40 Euro 15 Prozent weniger als Männer (24,04 Euro).

Fast 110 000 Rheinland-Pfälerinnen sind alleinerziehend. Das entspricht einem Anteil von über 80 Prozent aller Alleinerziehenden. Insbesondere für diese Gruppe spielen die Betreuungsmöglichkeiten für (Klein-)Kinder eine wichtige Rolle, wenn es um die Teilhabe am Berufsleben geht. Hier zeigt sich: Der Anteil der Kinder unter drei Jahren mit einem Platz in einer Kindertagesbetreuung stagniert seit Jahren bei rund 30 Prozent.

Dabei starten Frauen mit günstigen Voraussetzungen ins Berufsleben: Sie erreichen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Unter den jungen Frauen in Rheinland-Pfalz verlassen 41 Prozent die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife; unter den jungen Männern sind es nur rund 31 Prozent. Fast 53 Prozent der Studierenden sind weiblich, 56 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen werden von Frauen abgelegt.

Das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ sowie weitere Faltblätter und Broschüren finden Sie unter:

www.statistik.rlp.de/publikationen/faltblaetter-und-broschueren





Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2024

Die Inflation ließ im März leicht nach. Die Verbraucherpreise lagen im März 2024 um 2,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Die Entwicklung der Energiepreise wirkte dämpfend auf die Teuerung. Obwohl mit dem Jahreswechsel die Preisbremsen für die Energieprodukte Gas, Fernwärme und Strom wegfielen und der CO₂-Preis für Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas stieg, mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher im März 2024 für Energie 0,5 Prozent weniger bezahlen als ein Jahr zuvor. Dieser Rückgang ist auf Preissenkungen bei Heizöl (-10 Prozent; einschließlich Betriebskosten), Strom (-3,4 Prozent) und Gas (-1,5 Prozent; einschließlich Betriebskosten) zurückzuführen.

Die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise wirkte ebenfalls dämpfend auf die Teuerung. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflation bezeichnet wird, stieg leicht auf +3,4 Prozent. Im Februar lag sie bei +3,3 Prozent.

In allen zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex war das Preisniveau im März 2024 höher als im Vorjahresmonat. Am stärksten zogen die Preise für Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen an (+7,4 Prozent). Am geringsten fielen die Preiserhöhungen in der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ aus (+0,2 Prozent).

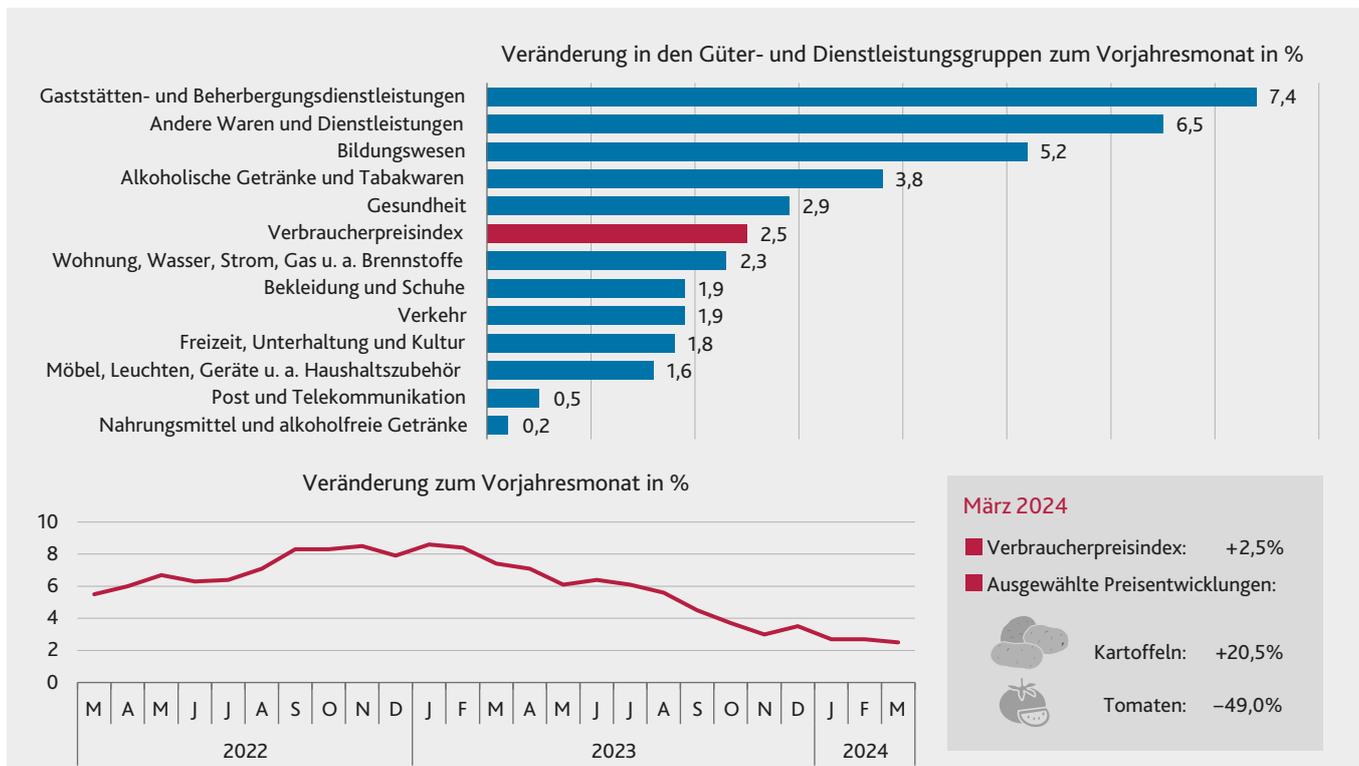
Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex im März 2024 um 0,6 Prozent. In zehn der zwölf Abteilungen war das Preisniveau höher als im Februar. Die stärksten Preissteigerungen gab es saisonal bedingt bei Bekleidung und Schuhen (+2,2 Prozent). Es folgten die Abteilungen „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen“ sowie „Verkehr“ (+1,1 bzw. +1 Prozent). Preisrückgänge waren in der Abteilung „Post und Telekommunikation“ zu verzeichnen (-0,2 Prozent). Im Bildungswesen blieb das Preisniveau unverändert.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2024



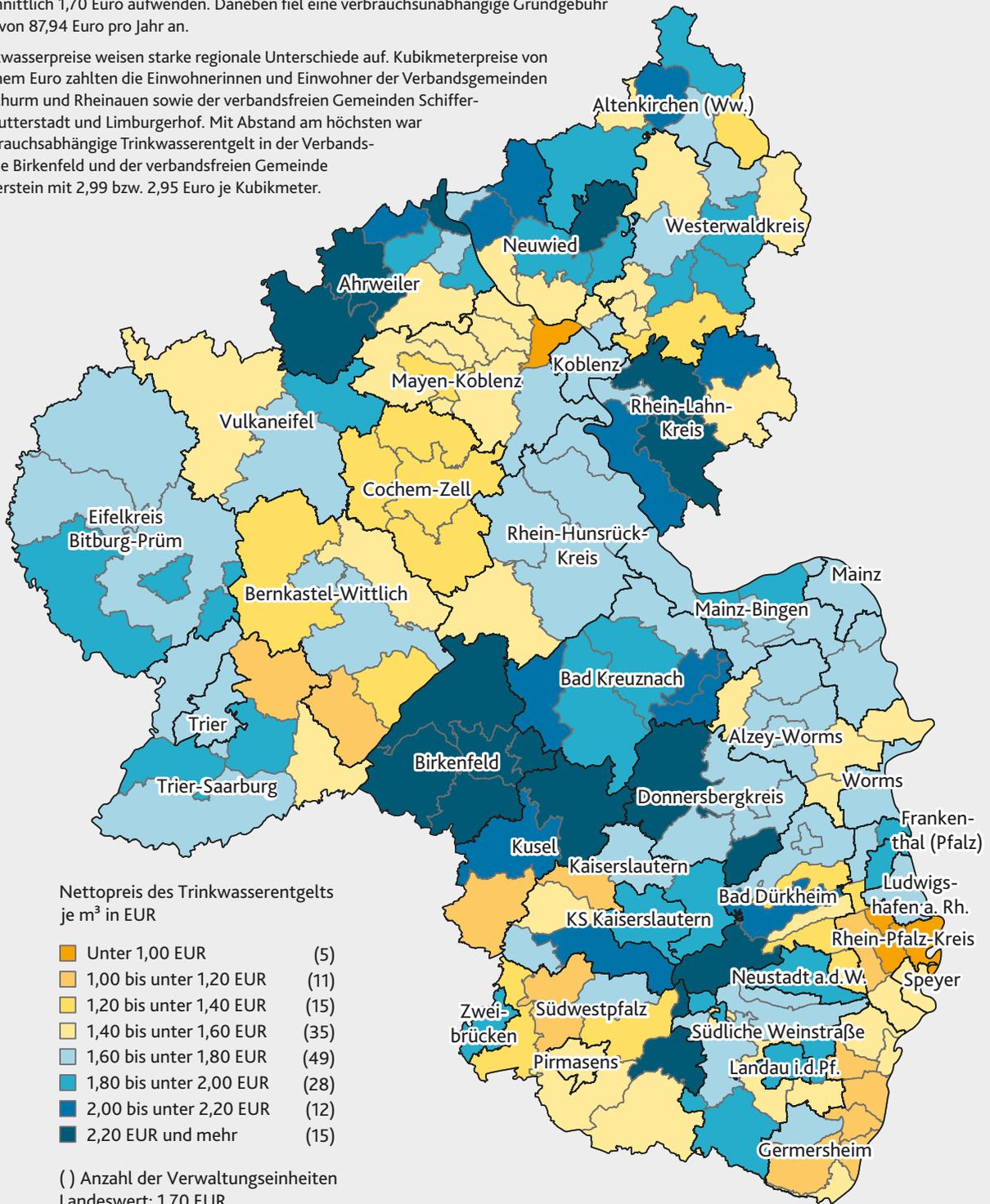


Trinkwasserentgelte 2022

Deutliche regionale Unterschiede bei den Trinkwasserentgelten

Für einen Kubikmeter Trinkwasser musste ein rheinland-pfälzischer Haushalt im Jahr 2022 netto durchschnittlich 1,70 Euro aufwenden. Daneben fiel eine verbrauchsunabhängige Grundgebühr in Höhe von 87,94 Euro pro Jahr an.

Die Trinkwasserpreise weisen starke regionale Unterschiede auf. Kubikmeterpreise von unter einem Euro zahlten die Einwohnerinnen und Einwohner der Verbandsgemeinden Weißenthurm und Rheinauen sowie der verbandsfreien Gemeinden Schifferstadt, Mutterstadt und Limburgerhof. Mit Abstand am höchsten war das verbrauchsabhängige Trinkwasserentgelt in der Verbandsgemeinde Birkenfeld und der verbandsfreien Gemeinde Idar-Oberstein mit 2,99 bzw. 2,95 Euro je Kubikmeter.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023

Bruttoinlandsprodukt sinkt um 4,9 Prozent



Von Dr. Annette Tennstedt

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft schrumpfte 2023 deutlich, allerdings ausgehend von einem immer noch hohen Niveau, das durch ein Rekordwachstum im Jahr 2021 erreicht wurde. Die aktuelle Entwicklung ist stark von einzelnen Branchen – dem Bereich Forschung und Entwicklung und der Pharmazeutischen Industrie – geprägt. Die Wertschöpfung nahm jedoch auch in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen ab. Aufgrund des rückläufigen Bruttoinlandsprodukts verringerte sich bei nahezu stagnierendem Arbeitseinsatz auch die Arbeitsproduktivität. Da zudem die Arbeitnehmerentgelte je Stunde deutlich zulegten, erhöhten sich die Lohnstückkosten kräftig.

Starker Rückgang der Wirtschaftsleistung

Entwicklung ist stark durch eine einzelne Branche beeinflusst

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde 2023 von der weiterhin hohen Inflation, ungünstigen Finanzierungsbedingungen und geopolitischen Krisen beeinträchtigt. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsleistung verringerte sich deutlich. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2023 um 4,9 Prozent.

Damit entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz wesentlich schwächer als in allen anderen Bundesländern. Dort lagen die Änderungsraten des Bruttoinlandsprodukts zwischen +3,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und –1,4 Prozent in Sachsen-Anhalt. Im Bundesdurchschnitt

nahm das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent und in Westdeutschland ohne Berlin um 0,5 Prozent ab.

Das schlechte Abschneiden von Rheinland-Pfalz im Ländervergleich ist teilweise einem

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

Wertschöpfungsentwicklung ist stark durch zwei Branchen beeinflusst

statistischen Basiseffekt geschuldet. Durch das Rekordwachstum 2021 (+10 Prozent) infolge eines Sondereffekts in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Pharmazeutische Industrie erreichte das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt ein außergewöhnlich hohes Niveau. Im Jahr 2022 schwächte sich dieser Sondereffekt bereits leicht und 2023 deutlich ab.

Bruttoinlandsprodukt beträgt rund 174 Milliarden Euro

In jeweiligen Preisen lag die Wirtschaftsleistung 2023 bei 174 Milliarden Euro. Damit trug die rheinland-pfälzische Wirtschaft 4,2 Prozent zum deutschen Bruttoinlandsprodukt bei. Im Vergleich zu 2022 erhöhte sich das

nominale Bruttoinlandsprodukt um 2,5 Milliarden Euro bzw. 1,5 Prozent (Deutschland: +6,3 Prozent).

In drei von vier Quartalen Rückgang der Wirtschaftsleistung¹

Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung entwickelte sich in den ersten drei Quartalen 2023 negativ. Im ersten Quartal nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Schlussquartal 2022 preis-, kalender- und sai-

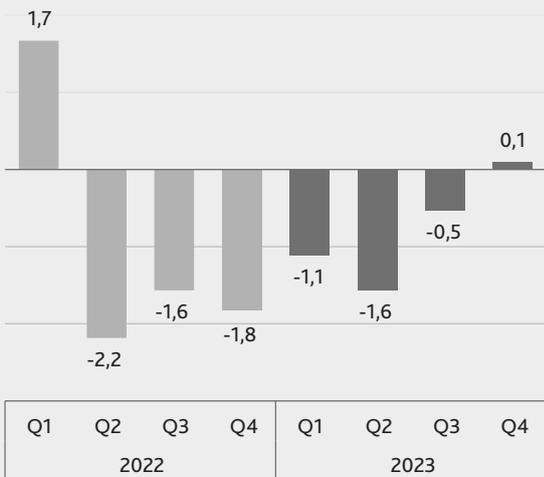
Größter Rückgang im zweiten Quartal

¹ Indikatorgestützte Berechnungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz.

G1 Wirtschaftsleistung 2023

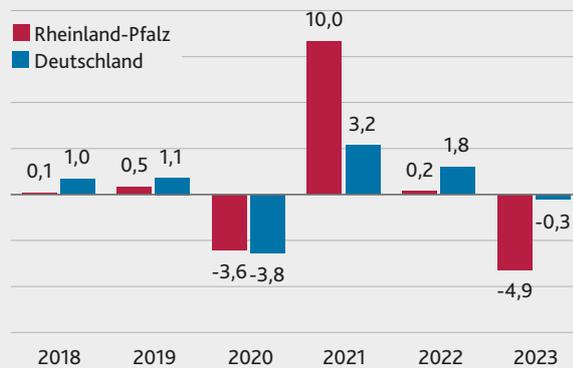


Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt¹ nach Quartalen
Veränderung zum Vorquartal in %

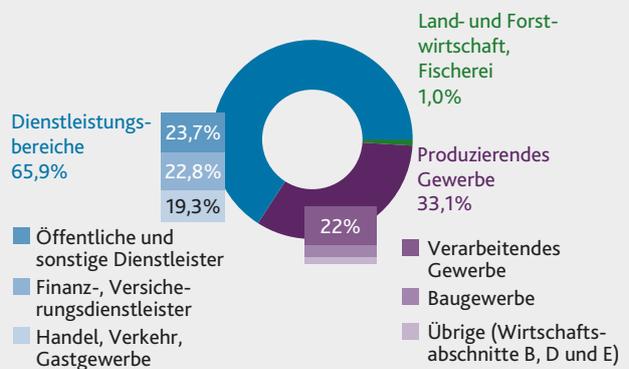


¹ Kalender- und saisonbereinigt.

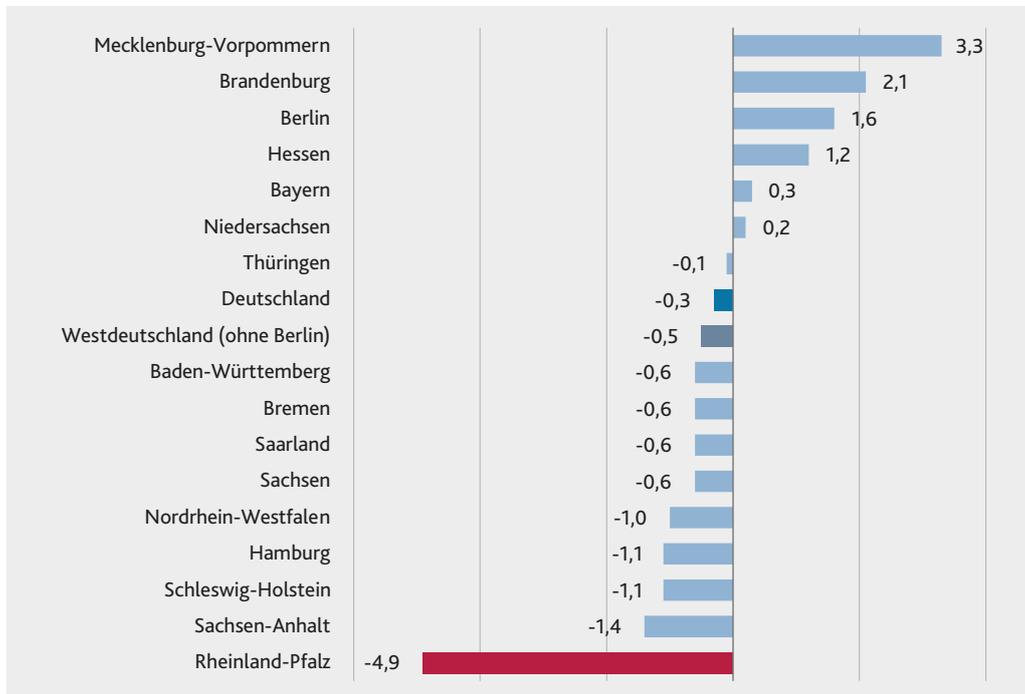
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt
Veränderung zum Vorjahr in %



Bruttowertschöpfung 2023 nach Wirtschaftsbereichen
Anteil in %



G2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2023 nach Bundesländern



sonbereinigt um 1,1 Prozent ab. Das größte Minus wurde im zweiten Vierteljahr verzeichnet (-1,6 Prozent). Im dritten Quartal war nur noch ein Rückgang um 0,5 Prozent zum Vorquartal zu beobachten. Im Schlussquartal stieg das Bruttoinlandsprodukt leicht um 0,1 Prozent.

Quartalsergebnisse

Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von Indikatoren, die quartalsweise aus den Unternehmensstatistiken vorliegen (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen), auf die Quartale verteilt werden.

Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal war die Entwicklung in allen vier Quartalen negativ, wurde jedoch sukzessive besser. Im ersten Quartal ergab sich ein kräftiger Rückgang um 6,5 Prozent. Im zweiten Quartal betrug das Minus 5,9 Prozent und im dritten und vierten Quartal lag das bereinigte Bruttoinlandsprodukt um 4,9 bzw. 3,1 Prozent unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums.

Einbruch der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe, das 2021 mit einem Plus von 19 Prozent kräftig zum Rekordwachstum beitrug, hatte 2023 einen erheblichen Anteil am Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung. In einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld, das unter anderem vom andauernden Krieg in der Ukraine, hohen Energiepreisen und nach-

Hoher Anteil der energieintensiven Branchen



lassender Dynamik im Welthandel geprägt wurde, brach die Wirtschaftsleistung der in Rheinland-Pfalz stark exportorientierten Industrie ein. Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes nahm preisbereinigt um elf Prozent ab, nachdem sie bereits 2022 um 1,7 Prozent gesunken war. Damit trug die Industrie 2,6 Prozentpunkte zum Rückgang der Wirtschaftsleistung bei. In Deutschland sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2023 nur um 0,3 Prozent.

**Starker Umsatz-
einbruch in
der Pharma-
industrie
hat großen
Einfluss**

Eine wichtige Grundlage für die vorläufige Berechnung der Bruttowertschöpfung sind die nominalen Umsätze, die allerdings auch die starken und in den Branchen teils sehr unterschiedlichen Preisanstiege beinhalten. Dennoch konnte nur gut die Hälfte der Branchen ihre Erlöse 2023 steigern. Von den zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten sechs zum Teil erhebliche nominale Umsatzeinbußen. Den mit Abstand größten Rückgang wies die Pharmazeutische Industrie auf (-44 Prozent). Dies dürfte in Zusammenhang mit der deutlich rückläufigen Nachfrage nach Impfstoffen stehen; in den Jahren 2021 und 2022 waren die Umsätze der Pharmaindustrie äußerst stark gestiegen. Auch die größte rheinland-pfälzische Industriebranche, die Chemische Industrie, musste einen kräftigen Rückgang der Erlöse hinnehmen (-23 Prozent). Die Chemische Industrie ist – wie unter anderem auch die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Herstellung von Glas und Keramik – ein energieintensiver Industriezweig, der stark unter den hohen Energiepreisen leidet. Die zweit- und die drittgrößte Branche, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der Maschinenbau, konnten hingegen ihre Umsätze steigern (+9,6 bzw. +7,7 Prozent).

Der Wertschöpfungsanteil der Industrie verringerte sich 2023 um 1,2 Prozentpunkte auf gut 22 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert in der Wirtschaftsgeschichte des Landes. Im Vergleich der Länder hat Rheinland-Pfalz nur noch den sechsthöchsten Industrieanteil. Mit Abstand an der Spitze liegt Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern. In Deutschland beläuft sich der Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes auf 21 Prozent.

Wertschöpfungsanteil der Industrie sinkt auf tiefsten Stand

Die unterjährige Perspektive zeigt, dass das Verarbeitende Gewerbe schlecht in das Jahr 2023 startete. Die Wertschöpfung ging im ersten Quartal gegenüber dem vierten Quartal 2022 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 5,1 Prozent zurück. Auch im zweiten Quartal war eine deutliche Abnahme zu verzeichnen (-3,3 Prozent). Zwar setzte sich der Rückgang im dritten und vierten Quartal fort, allerdings in deutlich geringerem Ausmaß (-1,1 und -0,8 Prozent).

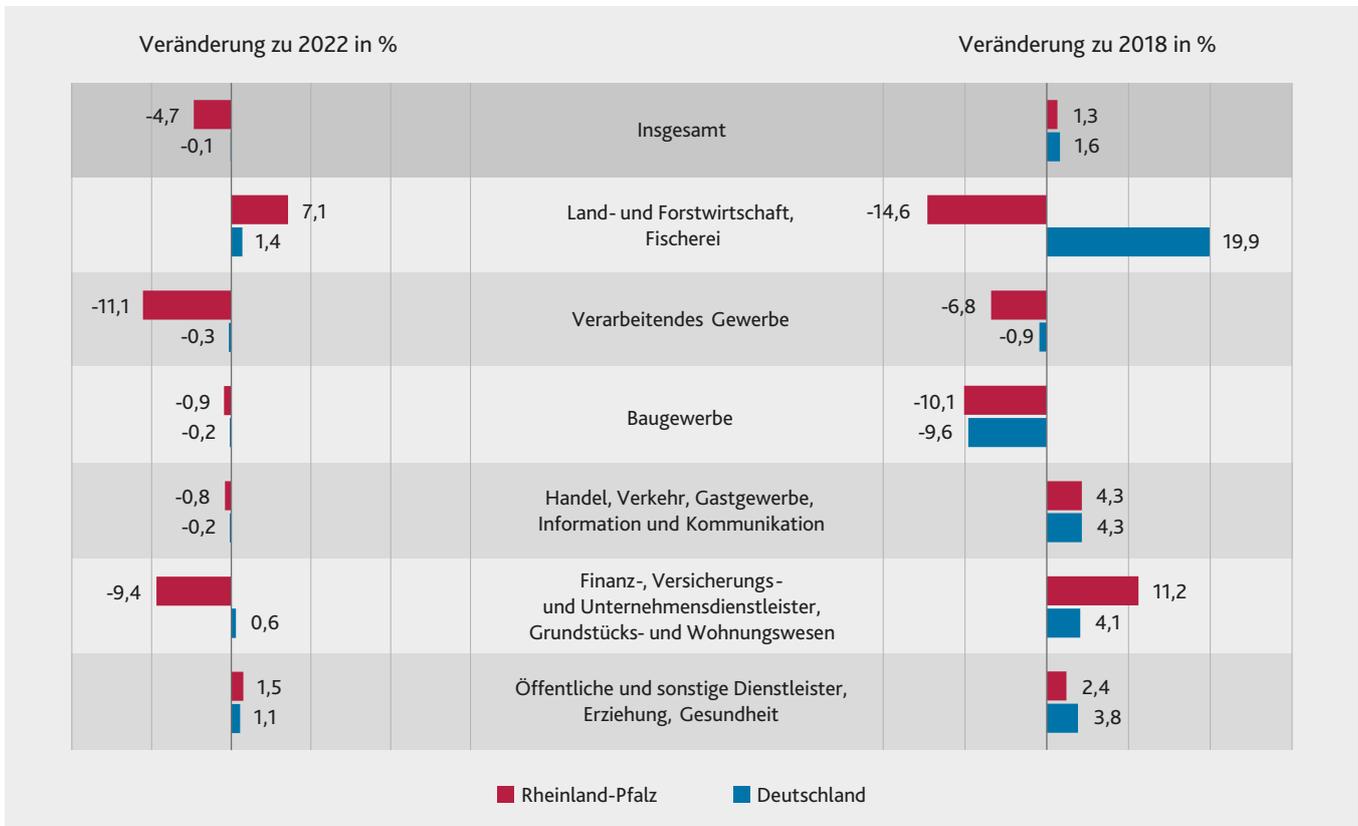
Rückgang in allen vier Quartalen

Wertschöpfungsrückgang auch in den Dienstleistungsbereichen

Im Jahr 2023 sank die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor deutlich, und zwar um 3,2 Prozent, während im Bundesdurchschnitt ein Wachstum von 0,5 Prozent und in Westdeutschland ohne Berlin ein Zuwachs von 0,3 Prozent erzielt wurde. Nahezu alle Dienstleistungsbereiche entwickelten sich schwächer als im Durchschnitt der Länder. Einen besonders großen Einfluss hatte die Branche Forschung und Entwicklung, die ihre Einnahmen 2021, bedingt durch die Entwicklung eines Coronaimpfstoffes, kräftig steigern konnte und einen erheblichen Beitrag zum Rekordwachstum des Dienstleistungssektors geleistet hatte. Trotz des Rückgangs 2023 wird das Wertschöpfungs-niveau des

Fast alle Dienstleistungsbereiche entwickeln sich unterdurchschnittlich

G3 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2023 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



Vorkrisenjahres 2019 im Dienstleistungssektor weiterhin deutlich überschritten (preisbereinigt um 4,2 Prozent), und zwar stärker als in allen anderen Ländern außer Berlin.

Der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beträgt 66 Prozent (Deutschland: 68 Prozent; Westdeutschland ohne Berlin: ebenfalls 68 Prozent). Der Wachstumsbeitrag des tertiären Sektors zur Entwicklung der gesamten Wirtschaftsleistung betrug –2,1 Prozentpunkte.

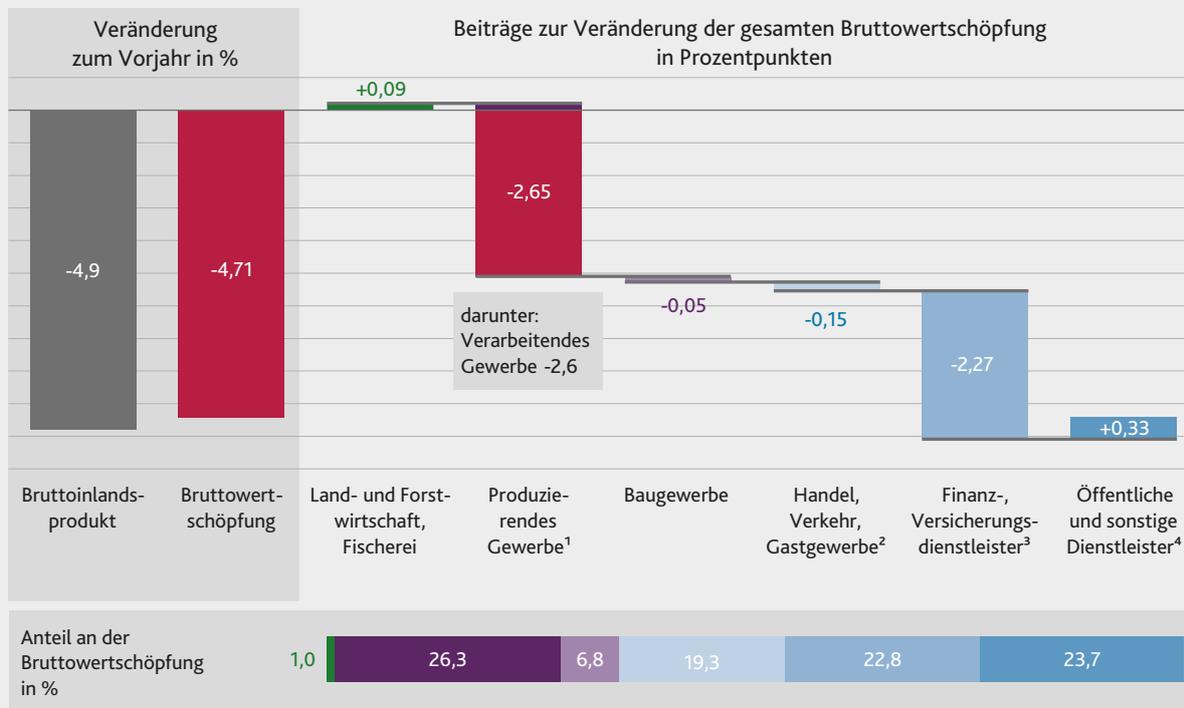
Innerhalb des Dienstleistungssektors entwickelte sich die Wertschöpfung sehr unterschiedlich. Die Wirtschaftsleistung des Teilsektors „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks-

und Wohnungswesen“ sank um 9,4 Prozent (Deutschland: +0,6 Prozent). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf den Teilbereich „Unternehmensdienstleister“ (–20 Prozent) und innerhalb dieses Teilbereichs auf den Bereich Forschung und Entwicklung zurückzuführen. Dadurch bedingt nahm der Anteil des Teilsektors an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 24 auf knapp 23 Prozent ab. Auch im Teilbereich „Finanz- und Versicherungsdienstleister“ ging die Wertschöpfung zurück, allerdings nur um 1,5 Prozent. Der Teilbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ verzeichnete dagegen ein Plus von 1,3 Prozent und war damit einer von drei Dienstleistungsbereichen, in denen die Bundesentwicklung leicht übertroffen wurde.

Forschung und Entwicklung dominiert Entwicklung der Dienstleistungsbereiche

Dienstleistungsbereiche trugen –2,1 Prozentpunkte zur Wertschöpfungsentwicklung bei

G4 Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur Entwicklung der Wertschöpfung 2023



1 Ohne Baugewerbe; Wirtschaftsabschnitte B bis E. – 2 Einschließlich Information und Kommunikation; Wirtschaftsabschnitte G bis J. – 3 Einschließlich Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen; Wirtschaftsabschnitte K bis N. – 4 Einschließlich Erziehung, Gesundheit; Wirtschaftsabschnitte O bis T.

Moderates Wachstum im Bereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“

Die Bruttowertschöpfung des Teilsektors „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ stieg um 1,5 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent). Innerhalb dieses Teilsektors erhöhte sich die Wirtschaftsleistung des Bereichs „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ ebenfalls um 1,5 Prozent. Im kleinen Teilbereich „Sonstige Dienstleister“ stieg die Wertschöpfung um ein Prozent. Zu diesem Bereich gehören unter anderem künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten. Die Wirtschaftsleistung in diesem Teilbereich liegt weiterhin deutlich unter dem Niveau vor Corona.

Der Teilsektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ ist mit einem Wertschöpfungsanteil von 19 Prozent der kleinste der drei Dienstleistungsbereiche.

Mit einem preisbereinigten Minus von 0,8 Prozent war der Rückgang größer als im Bundesdurchschnitt (-0,2 Prozent). Im Teilbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe“ sank die Wertschöpfung 2023 um 1,2 Prozent, wozu insbesondere der Handel beitrug. Dies dürfte unter anderem auf die Konsumzurückhaltung infolge der hohen Inflationsrate zurückzuführen sein. Die Bruttowertschöpfung im Abschnitt „Information und Kommunikation“ stieg um 1,1 Prozent.

Die unterjährige Konjunkturbeobachtung zeigt für den Dienstleistungssektor im ersten Halbjahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Im ersten Quartal betrug das Minus gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt ein Prozent und im zweiten Quartal 0,9 Prozent. Im dritten

Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ entwickelt sich unterdurchschnittlich

Quartal wuchs die Bruttowertschöpfung hingegen leicht (+0,2 Prozent) und stagnierte im Schlussquartal.

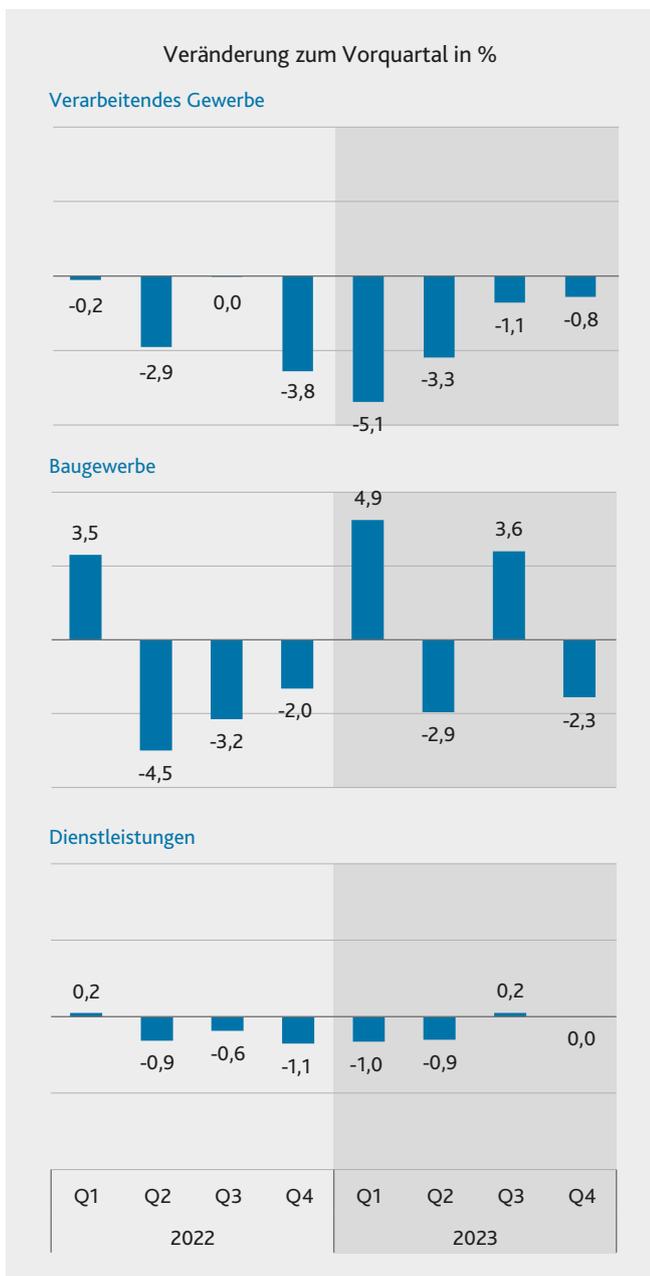
Baugewerbe mit realem Minus

Das Baugewerbe litt wie im Jahr zuvor an hohen Baukosten, Fachkräftemangel und

infolge des Zinsanstiegs schlechteren Finanzierungsbedingungen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung sank um 0,9 Prozent. Damit entwickelte sich der Bereich schwächer als in Deutschland (-0,2 Prozent) und in Westdeutschland ohne Berlin (unverändert). Auffällig ist der enorme Preisanstieg im Baugewerbe: In jeweiligen Preisen nahm die Wertschöpfung um 16 Prozent zu. Zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft steuert das Baugewerbe im Vergleich der Wirtschaftsbereiche nur einen geringen Teil bei (6,8 Prozent).

Starker Preisanstieg im Baugewerbe

G5 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung 2022 und 2023 nach Quartalen



Die unterjährige Betrachtung zeigt, dass das Baugewerbe 2023 im Laufe des Jahres von gegenläufigen Entwicklungen geprägt wurde. Im ersten Vierteljahr legte die Wertschöpfung preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 4,9 Prozent zu. Im zweiten Quartal ging sie dagegen um 2,9 Prozent zurück. Im dritten Quartal wurde wieder ein Wachstum verzeichnet (+3,6 Prozent), bevor im Schlussquartal erneut ein Minus zu Buche stand (-2,3 Prozent).

Starke unterjährige Schwankungen im Baugewerbe

Wachstum in der Landwirtschaft

Die Wertschöpfung des Sektors „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ schwankt sehr stark. Nach kräftiger Schrumpfung 2022 (-25 Prozent) wuchs der Bereich 2023. Die Bruttowertschöpfung des primären Sektors stieg preisbereinigt um 7,1 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Im Gegensatz zum Baugewerbe gingen die Preise in der Land- und Forstwirtschaft nach dem massiven Anstieg 2022 im Jahr 2023 wieder zurück: In jeweiligen Preisen nahm die Wertschöpfung um 19 Prozent ab (Deutschland: -16 Prozent). Der Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung ist mit einem Prozent allerdings sehr gering (Deutschland: 0,8 Prozent). An der Wert-

Preise in der Landwirtschaft sinken kräftig



schöpfung des Sektors „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ in Deutschland ist Rheinland-Pfalz jedoch mit 5,5 Prozent beteiligt.

Arbeitsproduktivität sinkt

Erwerbstätigkeit nimmt um 1,1 Prozent zu

Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich 2023 zwar nur leicht um 0,4 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent), erreichte damit aber einen neuen Höchststand. Die Zahl der Erwerbstätigen lag in Rheinland-Pfalz jahresdurchschnittlich bei 2,06 Millionen.

Rheinland-Pfalz bei Arbeitsproduktivität im Ländervergleich nur noch auf Rang zehn

Da das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt kräftig zurückging, nahm die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität pro Kopf ab. Preisbereinigt sank sie um 5,4 Prozent (Deutschland: -1 Prozent). In jeweiligen Preisen erwirtschaftete jede bzw. jeder Erwerbstätige mit einem Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 2023 durchschnittlich eine Wertschöpfung in

Höhe von 84 634 Euro. Das waren 858 Euro bzw. ein Prozent mehr als 2022. In Deutschland stieg die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen um 4 696 Euro bzw. 5,5 Prozent auf 89 721 Euro. Im Vergleich der Länder nimmt Rheinland-Pfalz bei der nominalen Arbeitsproduktivität nur noch den zehnten Rang ein.

Eine auf die Kopffzahl der Erwerbstätigen bezogene Arbeitsproduktivität vernachlässigt Veränderungen des Arbeitsvolumens. Das Arbeitsvolumen umfasst die von allen Erwerbstätigen tatsächlich in der gesamtwirtschaftlichen Produktion geleistete Arbeitszeit in Stunden. Deshalb hat das Arbeitsvolumen als Bezugsgröße für die Produktivität eine größere Aussagekraft, insbesondere bei regionalen und intertemporalen Vergleichen sowie als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit. In der Entwicklung des gesamtwirtschaft-

Arbeitsvolumen als Bezugsgröße hat größere Aussagekraft

T1 Erwerbstätige, Arbeitsvolumen und Arbeitsproduktivität in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2022 und 2023

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz			Deutschland		
		2022	2023	Veränderung in %	2022	2023	Veränderung in %
Erwerbstätige	1 000	2 050	2 059	0,4	45 596	45 933	0,7
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätige/-n	EUR	83 776	84 634	1,0	85 025	89 721	5,5
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt je Erwerbstätige/-n	Messzahl: 2015=100	106,0	100,3	-5,4	102,4	101,3	-1,0
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Arbeitsvolumen)	Mio.	2 725	2 727	0,1	61 410	61 661	0,4
Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätige/-n	Anzahl	1 329	1 325	-0,3	1 347	1 342	-0,4
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigenstunde	EUR	63,03	63,90	1,4	63,13	66,84	5,9
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt je Erwerbstätigenstunde	Messzahl: 2015=100	109,3	103,8	-5,0	106,5	105,7	-0,7

lichen Arbeitsvolumens spiegeln sich neben dem Konjunkturverlauf auch strukturelle Verschiebungen wider, etwa Arbeitszeitverkürzungen, zunehmende Teilzeitbeschäftigung oder wachsende geringfügige Beschäftigung.

Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahezu unverändert

Das Arbeitsvolumen stagnierte 2023 nahezu. Dazu trug der hohe Krankenstand bei, der erneut ein Rekordniveau erreichte. Zudem sank die Pro-Kopf-Arbeitszeit unter anderem durch die Verschiebung von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung und den Anstieg der marginalen Beschäftigung. Insgesamt wurden 2,73 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Das waren 2,5 Millionen Stunden bzw. 0,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Deutschland: +0,4 Prozent). Jede bzw. jeder Erwerbstätige arbeitete durchschnittlich 1325 Stunden, also vier Stunden bzw. 0,3 Prozent weniger als 2022. Das Vorkrisenniveau von 2019 wurde damit auch 2023 noch deutlich unterschritten.

Leichtes Plus des Arbeitsvolumens in den Dienstleistungsbereichen

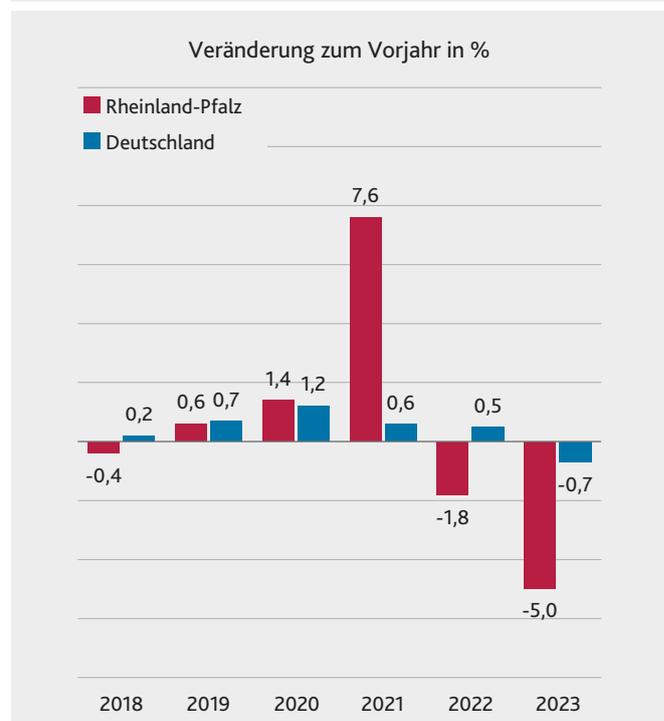
Die geleistete Arbeitszeit entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In den Dienstleistungsbereichen stieg das Arbeitsvolumen um insgesamt 6,3 Millionen Stunden bzw. 0,3 Prozent (Deutschland: +0,6 Prozent). Die Selbstständigen sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ leisteten vier Millionen bzw. 0,6 Prozent mehr Arbeitsstunden. Im Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ nahm die Stundenzahl um 2,9 Millionen Stunden zu (+0,3 Prozent). Im Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden dagegen 0,6 Millionen Stunden weniger gearbeitet (-0,2 Prozent). Auch im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich das

Arbeitsvolumen; es sank um 5,4 Millionen Stunden bzw. 1,1 Prozent. Im Baugewerbe wurden 1,2 Millionen bzw. 0,6 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr.

Aus dem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts und der Stagnation des Arbeitsvolumens ergibt sich 2023 eine Verringerung der preisbereinigten Produktivität je Arbeitsstunde (-5 Prozent; Deutschland: -0,7 Prozent). Die reale Arbeitsproduktivität verringerte sich sowohl in der Industrie (-10 Prozent) als auch im Baugewerbe (-1,5 Prozent) und in den Dienstleistungsbereichen (-3,5 Prozent). Hier war die Entwicklung allerdings heterogen: Während die Stundenproduktivität im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ kräftig und im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ moderat abnahm, stieg sie im Bereich

Starker Rückgang der Arbeitsproduktivität in der Industrie

G6 Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018–2023





„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“.

Stundenproduktivität in Rheinland-Pfalz leicht unterdurchschnittlich

In jeweiligen Preisen wurden 2023 mit jeder Erwerbstätigenstunde 63,90 Euro erwirtschaftet (Deutschland: 66,84 Euro). Mit Blick auf die Wirtschaftsbereiche zeigt sich eine überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität in der rheinland-pfälzischen Industrie. Mit 69,89 Euro je Erwerbstätigenstunde (Deutschland: 74,25 Euro) lag sie um 15 Euro über der Produktivität im Dienstleistungssektor (54,53 Euro; Deutschland: 57,04 Euro). Im Baugewerbe betrug die Stundenproduktivität 55,11 Euro (Deutschland: 57,57 Euro).

Lohnstückkosten steigen kräftig

Werden die Entgelte je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde, also die Lohnkosten, ins Verhältnis gesetzt zur Arbeitsproduktivität, d. h. zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde, so ergeben sich die Lohnstückkosten. Sie sind ein wichtiger Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den Beschäftigten zufließen (einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber). Sie sind einerseits der wichtigste Bestandteil der Einkommen der privaten Haushalte und haben damit Einfluss auf die Höhe des privaten Konsums und der Vermögensbildung (Sparen). Andererseits sind sie für die Unternehmen ein wesentlicher Kostenfaktor.

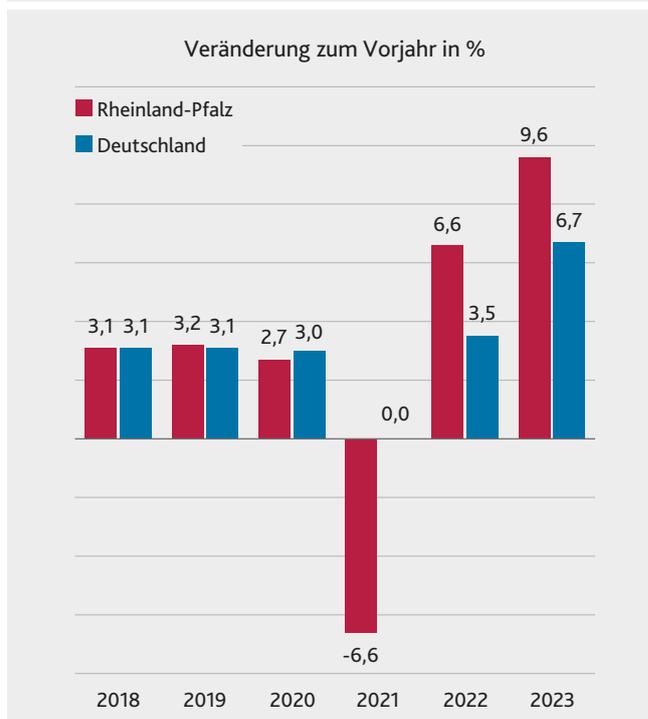
Die Ausgaben der Unternehmen für das Arbeitnehmerentgelt stiegen 2023 deutlich; das Gesamtvolumen legte auch aufgrund der hohen Tarifabschlüsse, Inflationsausgleichszahlungen und der Anhebung des Min-

destlohns um 4,5 Prozent zu (Deutschland: +6,7 Prozent). Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhte sich nur um 0,6 Prozent, und deshalb stieg das Entgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer um 3,9 Prozent (Deutschland: +5,8 Prozent). Da die Zunahme des Arbeitsvolumens geringer ausfiel als der Beschäftigungsanstieg, legte das Entgelt je geleisteter Arbeitsstunde etwas stärker zu (+4,1 Prozent; Deutschland: +5,9 Prozent). Die Stundenentgelte stiegen in fast allen Wirtschaftsbereichen. Lediglich im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ war ein Rückgang zu verzeichnen (-2,6 Prozent). Dieser ist auf einen Basiseffekt zurückzuführen: 2022 waren die Entgelte hier aufgrund von hohen Sonderzahlungen außergewöhnlich stark gestiegen.

Zunahme der Arbeitnehmerentgelte in fast allen Wirtschaftsbereichen

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten nahmen 2023 deutlich zu. Sie erhöhten sich

G7 Lohnstückkosten (Stundenkonzept) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018–2023



Gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten nehmen deutlich zu

nach dem Personen- bzw. dem Stundenkonzept um 9,8 bzw. 9,6 Prozent (Deutschland: +6,9 bzw. +6,7 Prozent). Dazu trugen sowohl der Anstieg des Entgelts je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde als auch der Rückgang der Arbeitsproduktivität bei.

Stärkste Zunahme der Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe

Die Lohnstückkosten legten in allen Wirtschaftsbereichen zu, allerdings unterschiedlich stark. Besonders kräftig stiegen sie in der Industrie (Personen- und Stundenkonzept: jeweils +16 Prozent). In den Dienstleistungsbereichen erhöhten sich die Lohnstückkosten um 7,7 Prozent nach dem Personenkonzept und nach dem Stundenkonzept um 7,5 Prozent. Dabei war der Anstieg in den Teilssektoren „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks-

und Wohnungswesen“ (Personenkonzept: +7,8; Stundenkonzept: +7,3 Prozent) und „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (Personenkonzept: +7,1 Prozent; Stundenkonzept: +6,9 Prozent) höher als im Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ (Personenkonzept: +4,4 Prozent; Stundenkonzept: +4,3 Prozent). Im Baugewerbe legten die Lohnstückkosten ebenfalls kräftig zu (Personenkonzept: +8,5 Prozent; Stundenkonzept: +8,1 Prozent).

Kräftiges Plus auch im Baugewerbe

Dr. Annette Tennstedt leitet das Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt der Landeshauptstadt Stuttgart als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Die hier dargestellten Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung sind auf den Berechnungsstand Februar 2024 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt. Es handelt sich um vorläufige Ergebnisse der 1. Fortschreibung.

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“:

www.vgrdl.de





Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2023 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023“ die am 28. März 2024 erschienen ist. In ausführlichen textlichen Analysen sind die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.



In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.



Titelfoto: © Fokke Baarsen – stock.adobe.com



Regionale Unterschiede und zeitliche Veränderungen der Myokardinfarkt-Sterblichkeit

Stadt-Land-Unterschiede sind der stärkste Einflussfaktor



Von Dr. Daniel Kreft

Auf Grundlage von Daten der Todesursachenstatistik sowie der Bevölkerungsfortschreibung werden in diesem Beitrag für den Zeitraum 2017 bis 2021 für Personen im Alter von 65 und mehr Jahren Divergenzen hinsichtlich ihrer Sterblichkeit an akutem Myokardinfarkt im Zeitverlauf und zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz untersucht. Die Ergebnisse belegen klare Unterschiede zwischen Verwaltungsbezirken mit sehr geringer und sehr hoher Sterblichkeit. Allgemein zeigt sich eine Annäherung der Sterblichkeit zwischen den Regionen über die Zeit. In stark bevölkerten und wohlhabenderen Regionen sowie in Regionen mit einer hohen Krankenhausedichte fällt die Sterblichkeit am Myokardinfarkt geringer aus. In Regionen mit einer hohen Coronasterblichkeit und mit einer geringen Coronainzidenz ist das Sterberisiko höher.

Akuter Myokardinfarkt gehört zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland

Ursache und Auslöser eines Herzinfarkts

Der akute Myokardinfarkt, auch vereinfacht als Herzinfarkt bezeichnet, ist eine der häufigsten und bekanntesten Todesursachen in Deutschland. Ursächlich für diese Erkrankung ist ein schlagartiger Verschluss einer Herzkranzarterie, wodurch das Herz nicht mehr mit Blut und dem darin enthaltenen Sauerstoff versorgt wird. Dies führt zu einem Versagen des Herzrhythmus und stoppt den Blutkreislauf, der zur Versorgung aller anderen Organe und des Gehirns notwendig ist. Auslöser dieser Erkrankung ist eine Atherosklerose der Herzkranzgefäße, eine altersabhängige degenerative Krank-

heit, die vorrangig auf Lebensstilfaktoren wie Rauchen, Alkoholkonsum, Übergewicht, mangelnde sportliche Aktivität, ungesunde Ernährung, aber auch genetische Vorbelastungen oder Stress bzw. Stressbewältigungsfähigkeiten zurückzuführen ist. Im Falle des Eintretens des akuten Myokardinfarkts sind schnelle Maßnahmen erforderlich, um den Herzrhythmus und damit den Blutkreislauf wiederherzustellen. Ebenso entscheidend ist, dass eine adäquate nachträgliche Versorgung der Betroffenen stattfindet, da in der direkten Folgezeit ein relativ hohes Risiko eines weiteren Infarkts besteht.

So kann die Sterblichkeit an akutem Myokardinfarkt also erstens als ein Indikator der gesundheitlichen Lage einer Bevölkerung in

Indikator für Lebensstil- und Versorgungsunterschiede



Bezug auf zentrale genetische Stress- und Lebensstilfaktoren interpretiert werden. Zweitens gibt sie Hinweise auf die Struktur und die Effizienz der medizinischen Akutversorgung in einer Region. Da der akute Myokardinfarkt eine der häufigsten Todesursachen ist, kommt der Identifikation von Einflussfaktoren und regionalen Unterschieden in der Auftrittshäufigkeit große Bedeutung zu, um daraus Maßnahmen ableiten zu können, die dem Eintritt entgegenwirken.

Erklärungsfaktoren für regionale Sterblichkeitsunterschiede

Unterschiede in der Sterblichkeit sind stärker zwischen Personen als zwischen Personengruppen

In der Gesundheitswissenschaft werden seit Langem sozioökonomische, umgebungsphysikalische und versorgungsstrukturelle Ursachen von Unterschieden in der Sterblichkeit von einzelnen Personen, von Personengruppen und von Personen in bestimmten Regionen im Vergleich zu jenen in anderen Regionen untersucht. Die Befunde deuten darauf hin, dass Unterschiede zwischen einzelnen (eher homogenen) Personengruppen (z. B. nach soziodemografischen Merkmalen) deutlich ausgeprägter sind als Unterschiede zwischen den (eher heterogenen) Bevölkerungen verschiedener Regionen. Bei der Interpretation der Ergebnisse sollten Rückschlüsse von der Ebene der Personengruppen auf die Ebene von Einzelpersonen jedoch nur mit Vorsicht erfolgen, um einen sogenannten ökologischen Fehlschluss zu vermeiden. Gleiches gilt für umgekehrte Schlüsse, um keinen individualistischen Fehlschluss zu begehen.¹

¹ Der ökologische Fehlschluss beschreibt in den Sozialwissenschaften die unzulässige Übertragung eines festgestellten Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs bei der Auswertung von Merkmalen von Personengruppen auf Merkmale von Einzelpersonen. Der individualistische Fehlschluss ist die unzulässige Übertragung von der Ebene der Einzelpersonen auf ganze Personengruppen.

Regionen mit einem hohen ökonomischen Wohlstand zeigen zumeist einen niedrigeren Anteil von Personen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und eine geringere Sterblichkeit an diesen Erkrankungen. Das kann einerseits erklärt werden durch besser gestellte kommunale Haushalte, die es erlauben, eine bessere öffentliche medizinische und infrastrukturelle Versorgung zu gewährleisten sowie privatwirtschaftliche Gesundheitsdienstleister zu fördern und anzuwerben („kontextueller Effekt“). Andererseits erklärt sich dies aber auch durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerungen zwischen Regionen mit mehr oder weniger hoher Wirtschaftskraft („kompositioneller Effekt“). Strukturstarke Regionen weisen zumeist einen höheren Anteil gut (aus-)gebildeter Menschen auf, die wiederum höhere Löhne, Gehälter, Renten bzw. Pensionen beziehen und deshalb über bessere ökonomische Möglichkeiten für einen gesünderen Lebensstil und kostenintensivere Therapie- und Behandlungsoptionen verfügen.

Auch Aspekte der physikalischen Wohnumgebung spielen eine Rolle in der Erklärung regionaler Sterblichkeitsunterschiede. Ein zentraler Indikator dafür ist die Siedlungsstruktur und die Stärke der Konzentration der Bevölkerung auf die verfügbare Siedlungsfläche in der Region. Die Erklärungsansätze und Erkenntnisse aus diesem Bereich sind jedoch ambivalent. Bevölkerungen in Regionen mit einer hohen Bevölkerungsdichte, also stark urbanisierte Gebiete, zeigten für einige Gesundheitsindikatoren eine bessere Lage als Bevölkerungen in ländlichen Gebieten. Als kontextuelle Effekte können hier wieder die zumeist höhere Wirtschaftskraft sowie bessere medizinische Versorgungsstruktur und infrastrukturelle Anbindung genannt werden, ebenso wie Aspekte der

Ökonomischer Wohlstand als mehrdimensionaler Ungleichheitsfaktor

Stadt-Land-Unterschiede von anhaltend großem Interesse in der Gesundheitswissenschaft



vielfältigeren kulturellen und intellektuellen Unterhaltung und gesellschaftlichen Teilhabe. Als kompositionellen Effekt kann ebenso die zumeist vorteilhafter sozioökonomisch und altersstrukturell zusammengesetzte Bevölkerung in den Städten genannt werden. Auf der anderen Seite existieren Erklärungsansätze, die eine schlechtere Gesundheit in urbanen Regionen erwarten lassen. Hierbei werden höherer Stress und höhere Umweltbelastungen durch Lärm, Feinstaub, Toxine oder Hitze in den Städten unterstellt (Kontexteffekt). Darüber hinaus werden höhere Anteile von Menschen mit psychischen Erkrankungen, Drogenproblemen und anderen Arten von ungesunden Lebensstilen (z. B. mehr Junk- und Fast-Food, mehr rauchende Personen) als Erklärungsansätze genannt (Kompositionseffekt).

Versorgungsunterschiede sind nicht direkt mit einem einzigen Indikator messbar

Die medizinische Versorgungsstruktur spielt in diesen Erklärungsansätzen eine zentrale Rolle. Unzweifelhaft ist jedoch, dass dieses Merkmal sehr schwer messbar ist, da es sehr viele Dimensionen gibt, die für die medizinische Versorgung bedeutsam sind. Ein etablierter Indikator dafür ist die Betrachtung der Zahl der Krankenhäuser und der Betten in diesen Krankenhäusern. Hierbei wird unterstellt, dass ein größeres Versorgungsangebot auch eine bessere Versorgungslage garantiert (Kontexteffekt). Dies kann jedoch ein kausaler Fehlschluss sein, da eine hohe Anzahl an Versorgungseinrichtungen auch die Folge eines hohen Anteils versorgungsbedürftiger Menschen sein kann (Kompositionseffekt).

Als letzte interessierende Erklärung ist die Sondersituation der Coronaubreitung zu nennen. Sie erfolgte unterschiedlich schnell und stark in den Verwaltungseinheiten von Rheinland-Pfalz und erforderte bzw. verur-

sachte unterschiedliche Maßnahmen und Verhaltensänderungen. Da die Forschung zu diesen Zusammenhängen noch läuft, können konträre Annahmen getroffen werden. Eine mögliche Hypothese ist, dass eine hohe Neuinfektionsrate zu schnellen Reglementierungen im Bereich der ambulanten und der stationären Versorgung geführt haben (Kontexteffekt), welche wiederum eine geringere Inanspruchnahme medizinischer Prophylaxe-, Kontroll- oder Behandlungsmaßnahmen bei Patientinnen und Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen nach sich zog, die im späteren Verlauf der Pandemie die Sterblichkeit erhöhten. Umgekehrt ist anzunehmen, dass eine höhere Sterblichkeit in Verbindung mit einer Coronainfektion zu einer (kurzfristig) niedrigeren Sterblichkeit durch akute Myokardinfarkte führt, da Personen verstorben sind, die ohne die Infektion mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung verstorben wären (Kompositionseffekt). Dieser Hypothese liegt nicht die Erwartung zugrunde, dass alle Verstorbenen mit Corona ohne die Pandemie an einem Herzinfarkt verstorben wären, sondern nur die Annahme, dass Personen mit Herz-Kreislauf-Problemen in besonders von Corona betroffenen Regionen eine besonders erhöhte Sterblichkeit aufweisen, bevor diese überhaupt einen Myokardinfarkt erleiden konnten.

Datengrundlage

Die wichtigste Datengrundlage der Auswertungen zu den regionalen Unterschieden und zeitlichen Veränderungen der Myokardinfarkt-Sterblichkeit ist die Todesursachenstatistik der Jahre 2017 bis 2021 für die kreisfreien Städte und Landkreise. Die Todesursachenstatistik basiert auf Daten der gemeldeten Todesursachen aller in Rhein-

Mögliche Effekte der Coronapandemie

Hauptdatenquelle ist die Todesursachenstatistik



land-Pfalz verstorbenen Personen und liegt für die häufigsten Todesursachen getrennt nach Altersgruppen vor. Als Todesursache steht der akute Myokardinfarkt im Fokus, welcher über die sogenannte „Internationale Klassifikation der Erkrankungen“ (International Classification of Diseases, German Modification Version 10 [ICD-10-GM]) mit dem Code I21 kodiert wird.

Daten der Bevölkerungsfortschreibung dienen zur Ermittlung der Sterberaten der Altersgruppe

Untersucht werden Altersgruppen, die jeweils fünf Altersjahre zusammenfassen, beginnend mit den 65- bis unter 70-Jährigen. Ab dem neunzigsten Lebensjahr werden die Personen zur Gruppe der 90-Jährigen und Älteren zusammengefasst. Eine Trennung nach Geschlecht wurde nicht vorgenommen, um zu geringe Fallzahlen zu vermeiden. Aus dem gleichen Grund – und um kurzfristige Schwankungen über den Beobachtungszeitraum zu verringern – erfolgt eine Zusammenfassung der Jahre 2017 bis 2019 (Jahre vor der Coronapandemie) und der Jahre 2020 und 2021. Diese Daten werden kombiniert mit den Bevölkerungsdaten der kreisfreien Städte und Landkreise aus der Bevölkerungsfortschreibung, wobei die Jahresdurchschnittsbevölkerung getrennt nach den gleichen Altersgruppen und Beobachtungsjahren ausgewählt wurden.

Weitere Datenquellen

Aus der amtlichen Statistik werden zudem die Grunddaten der Krankenhausstatistik (Zahl der Krankenhäuser) sowie Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Bruttoinlandsprodukt) und der Flächenerhebung ausgewertet. Die Daten zu den Coronaneuinfektionen und -todesfällen stammen vom Robert Koch-Institut. Als Berichtsjahr wird 2020 festgelegt, da dies den Beginn der Coronapandemie markiert. Das Bruttoinlandsprodukt geht standardisiert in die Berechnungen ein, d. h. je Einwohnerin und

Einwohner (Durchschnittsbevölkerung). Die Siedlungsdichte bemisst sich an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner (Durchschnittsbevölkerung) je Quadratkilometer Siedlungsfläche und die Krankenhausdichte an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner (Durchschnittsbevölkerung) je Krankenhaus in den Verwaltungsbezirken. Die Inzidenzrate entspricht der gemeldeten Zahl von Coronaneuinfektionen eines Jahres je 100 000 Personen. Als Indikator für die Coronasterberate wird die direktstandardisierte Sterberate vom Rheinland-Palatinate Mortality Monitoring der Universitätsmedizin Mainz genutzt.²

Zur Auswertung und Darstellung wird die Methode der direkten Altersstandardisierung genutzt. Diese ermöglicht einen unverzerrten Vergleich der Beobachtungsjahre und der kreisfreien Städte und Landkreise, da der Einfluss der Unterschiede in den Altersstrukturen eliminiert wird.

Direkte Altersstandardisierung ermöglicht Zeit- und Regionalvergleich

Dazu werden im ersten Schritt die Sterberaten für die Altersgruppen der 65-Jährigen und Älteren für die Jahre 2017 bis 2021 berechnet. Im nächsten Schritt werden die altersgruppenspezifischen Raten für die Zeiträume 2017 bis 2019 sowie 2020 und 2021 gemittelt. Diese Raten werden dann mit den Anteilen der Standardbevölkerung der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren gewichtet. Als Standardbevölkerung wird die Durchschnittsbevölkerung der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 definiert. Diese gewichteten Raten werden aufsummiert und je 100 000 Personen der jeweiligen Bezugsbevölkerung ausgewiesen.

² Rheinland-Palatinate Mortality Monitoring. http://shiny.imbei.uni-mainz.de:3838/rlp_mm/ [abgerufen am 27.03.2024]



Lineare Regression als Standardmethode der Zusammenhangsanalyse

Zur Auswertung der Zusammenhänge zwischen der Myokard-Sterblichkeit und den ausgewählten Merkmalen der Regionen wird die lineare Regression herangezogen. Sie stellt eine einfache und etablierte Standardmethode der Korrelationsstatistik dar. Hierfür werden die Untersuchungseinheiten, also die kreisfreien Städte und Landkreise, gemäß der festgelegten Kombination an Merkmalen in einer Punktwolke verortet und eine Regressionsgerade ermittelt, die möglichst zentral durch die Punktwolke führt. Der Anstieg dieser Gerade im kartesischen Koordinatensystem kann interpretiert werden als Zusammenhangsmaß. Zudem steht mit dem Bestimmtheitsmaß R^2 auch ein Gütemaß zur Verfügung, um die Qualität der Zusammenhangsschätzung zu beurteilen. Seine Ausprägungen reichen von null Prozent (keine Varianzaufklärung des statistischen Zusammenhangs) bis 100 Prozent (perfekte Varianzaufklärung des statistischen Zusammenhangs). Da die lineare Regression nicht zur Auswertung von Zeitreihendaten entwickelt wurde, werden die Auswertungen zur Erklärung der Myokardinfarkt-Sterblichkeit im Zeitraum 2020/21 mit den Werten der gewählten Faktoren für das Jahr 2020 vorgenommen. So wird sichergestellt, dass die zeitliche Reihenfolge der Datenerfassungen korrekt ist.

Niedrigste Sterblichkeit in Neustadt, höchste im Landkreis Birkenfeld

Große Unterschiede zwischen den Verwaltungseinheiten

In Rheinland-Pfalz lag die altersstandardisierte Sterblichkeit an akutem Myokardinfarkt 2020/21 bei 53 Todesfällen je 100 000 Personen. Im Vergleich zum Zeitraum 2017 bis 2019 ist sie damit leicht gesunken (-1,8 Prozent).

Werden die kreisfreien Städte und die Landkreise sowie die beiden Beobachtungszeiträume einander gegenübergestellt, so zei-

gen sich ausgeprägte regionale Unterschiede und zeitliche Entwicklungstrends.

Die niedrigste altersstandardisierte Sterblichkeit 2020/21 findet sich in der kreisfreien Stadt Neustadt mit 33 Todesfällen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (30 Prozent gegenüber dem Zeitraum 2017 bis 2019), im Rhein-Pfalz-Kreis (35 Todesfälle bzw. 20 Prozent) sowie in den kreisfreien Städten Trier (35 Todesfälle bzw. 20 Prozent), Landau (39 Todesfälle bzw. +2 Prozent) und Frankenthal (39 Todesfälle bzw. 45 Prozent). Mit deutlichen Abstand haben der Donnersbergkreis (65 Todesfälle bzw. 18 Prozent), die kreisfreie Stadt Worms (67 Todesfälle bzw. +46 Prozent), der Landkreis Kusel (76 Todesfälle bzw. 1,2 Prozent), der Rhein-Lahn-Kreis (83 Todesfälle bzw. +12 Prozent) und der Landkreis Birkenfeld (88 Todesfälle bzw. +16 Prozent) die höchste Sterblichkeit im landesweiten Vergleich.

Wird das Gesamtniveau der Sterblichkeit berücksichtigt, wobei alle Todesursachen einbezogen werden, und werden die Anteile der Myokardsterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit 2020/21 verglichen, verschiebt sich die Rangfolge nur leicht. Während Neustadt (3,5 Prozent der altersstandardisierten Gesamtsterblichkeit), der Rhein-Pfalz-Kreis (3,6 Prozent) und die kreisfreie Stadt Trier (3,8 Prozent) weiterhin die drei Verwaltungsbezirke mit der geringsten Sterblichkeit sind, zeigen sich für die kreisfreie Stadt Worms (7,1 Prozent), den Rhein-Lahn-Kreis (7,8 Prozent) und den Landkreis Birkenfeld (acht Prozent) Werte, die deutlich über dem Landesdurchschnitt von 5,3 Prozent liegen.

Die Verteilung der Verwaltungseinheiten hinsichtlich der Sterberaten zeigt eine Konzentration der hohen Sterblichkeit im Landesinneren, während die südlichen, westlichen und

Neustadt hat die niedrigste altersstandardisierte Sterblichkeit an Myokardinfarkten

Höchster Sterblichkeitsanteil von Myokardinfarkten im Landkreis Birkenfeld

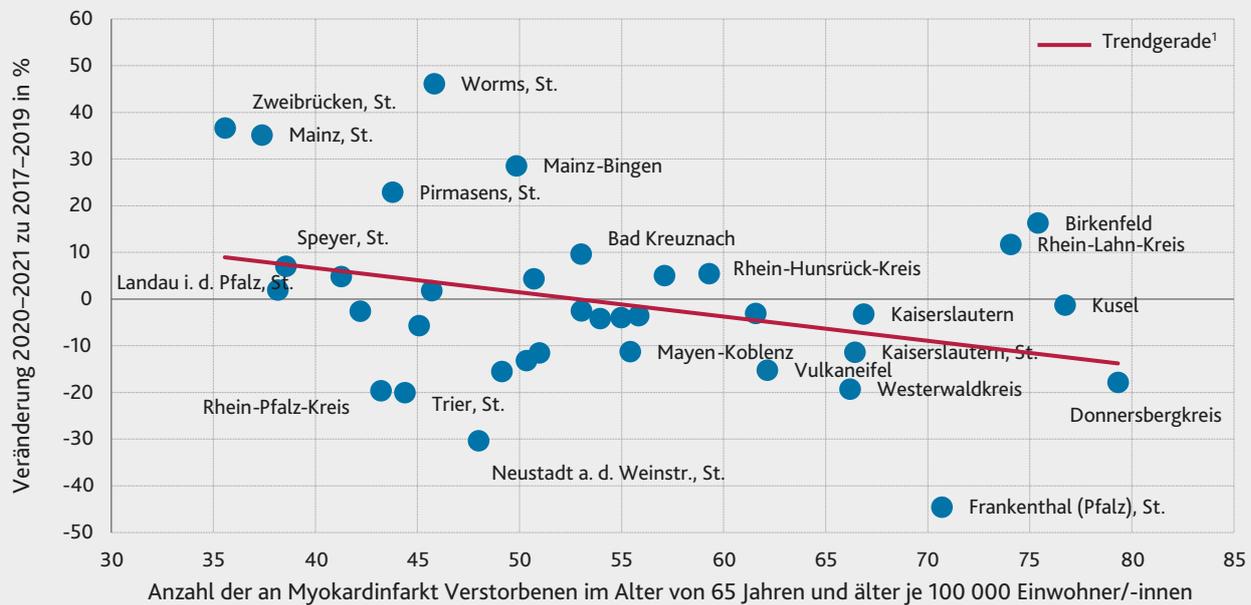
Hohe Sterblichkeit an Myokardinfarkten im Landesinneren



T1 Altersstandardisierte Sterberate allgemein und an akutem Myokardinfarkt im Alter von 65 Jahren und älter 2017–2019 und 2020–2021

Verwaltungsbezirk	2017–2019			2020–2021			Veränderung		
	Sterberate insgesamt	Sterberate akuter Myokardinfarkt		Sterberate insgesamt	Sterberate akuter Myokardinfarkt		Sterberate insgesamt	Sterberate akuter Myokardinfarkt	Anteil
		je 100 000 Einwohner/-innen	Anteil in %		je 100 000 Einwohner/-innen	Anteil in %			
Frankenthal (Pfalz), St.	995	71	7,1	919	39	4,3	-44,5	-39,9	-2,8
Kaiserslautern, St.	1 149	66	5,8	1 060	59	5,6	-11,3	-3,9	0,3
Koblenz, St.	1 005	53	5,3	961	52	5,4	-2,5	1,9	-0,8
Landau i. d. Pfalz, St.	1 024	38	3,7	991	39	3,9	2,0	5,4	2,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 080	41	3,8	981	43	4,4	4,9	15,4	3,2
Mainz, St.	940	37	4,0	863	51	5,9	35,2	47,2	1,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	976	48	4,9	967	33	3,5	-30,3	-29,6	1,0
Pirmasens, St.	1 189	44	3,7	1 166	54	4,6	22,9	25,4	1,1
Speyer, St.	1 061	39	3,6	984	41	4,2	7,0	15,4	2,2
Trier, St.	1 042	44	4,3	929	35	3,8	-20,0	-10,4	0,5
Worms, St.	1 061	46	4,3	946	67	7,1	46,2	64,0	1,4
Zweibrücken, St.	1 084	36	3,3	984	49	4,9	36,7	50,5	1,4
Ahrweiler	995	42	4,2	1 000	41	4,1	-2,5	-3,0	1,2
Altenkirchen (Ww.)	1 094	56	5,1	1 058	54	5,1	-3,5	-0,2	0,0
Alzey-Worms	1 102	62	5,6	1 005	60	5,9	-3,0	6,3	-2,1
Bad Dürkheim	1 071	50	4,7	1 011	44	4,3	-13,2	-8,0	0,6
Bad Kreuznach	1 031	53	5,1	1 011	58	5,8	9,7	11,9	1,2
Bernkastel-Wittlich	1 034	57	5,5	1 000	60	6,0	5,1	8,7	1,7
Birkenfeld	1 156	75	6,5	1 095	88	8,0	16,3	22,7	1,4
Cochem-Zell	1 128	51	4,5	1 002	53	5,3	4,4	17,4	4,0
Donnersbergkreis	1 101	79	7,2	1 049	65	6,2	-17,8	-13,7	0,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 065	51	4,8	1 010	45	4,5	-11,5	-6,7	0,6
Germersheim	1 057	55	5,2	1 031	53	5,1	-3,9	-1,5	0,4
Kaiserslautern	1 050	67	6,4	995	65	6,5	-3,2	2,2	-0,7
Kusel	1 112	77	6,9	1 079	76	7,0	-1,2	1,8	-1,4
Mainz-Bingen	985	50	5,1	932	64	6,9	28,6	35,8	1,3
Mayen-Koblenz	1 034	55	5,4	999	49	4,9	-11,2	-8,1	0,7
Neuwied	1 072	49	4,6	1 004	42	4,1	-15,5	-9,7	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 081	59	5,5	1 045	63	6,0	5,4	9,0	1,7
Rhein-Lahn-Kreis	1 077	74	6,9	1 064	83	7,8	11,7	13,1	1,1
Rhein-Pfalz-Kreis	994	43	4,3	966	35	3,6	-19,6	-17,2	0,9
Südliche Weinstraße	1 014	45	4,4	953	43	4,5	-5,6	0,5	-0,1
Südwestpfalz	1 065	46	4,3	975	47	4,8	1,8	11,2	6,1
Trier-Saarburg	1 013	54	5,3	976	52	5,3	-4,1	-0,5	0,1
Vulkaneifel	1 090	62	5,7	1 053	53	5,0	-15,2	-12,1	0,8
Westerwaldkreis	1 094	66	6,1	1 022	53	5,2	-19,2	-13,6	0,7
Rheinland-Pfalz	1 051	54	5,1	997	53	5,3	-1,8	3,6	-1,9

G1 Altersstandardisierte Sterberate an akutem Myokardinfarkt im Alter von 65 Jahren und älter 2017–2019



1 Berechnung der Trendgeraden: $y = -0,005x + 67,207$, $R^2 = 0,212$.

Unterscheidung zwischen ländlichen und urbanen Regionen nicht eindeutig erkennbar

nördlichen Regionen eine geringere Sterblichkeit aufweisen. Eine Unterscheidung zwischen ländlichen und urbanen Regionen ist hingegen nicht eindeutig erkennbar. Im Vergleich der Beobachtungszeiträume ist zu sehen, dass die regionalen Unterschiede zugenommen haben, und es gibt sowohl Regionen, in denen die Sterblichkeit zwischen den beiden Zeiträumen gestiegen ist, als auch Regionen, in denen sie gesunken ist. Die kreisfreie Stadt Frankenthal verzeichnet mit –45 Prozent den stärksten Rückgang. Es folgen Neustadt (–30 Prozent), Trier (–20 Prozent), der Rhein-Pfalz-Kreis (–20 Prozent) und der Westerwaldkreis (–19 Prozent). Am ungünstigsten entwickelte sich die Sterblichkeit in Pirmasens (+23 Prozent), im Landkreis Mainz-Bingen (+29 Prozent), in der Landeshauptstadt Mainz (+35 Prozent), in Zweibrücken (+37 Prozent) und in Worms (+46 Prozent).

Eine Betrachtung der Sterberaten der beiden Beobachtungszeiträume zeigt nur einen

schwachen statistischen Zusammenhang. Das Bestimmtheitsmaß R^2 liegt bei nur 47 Prozent. Einige Regionen weisen dementsprechend sehr untypische Kombinationen der Sterberaten beider Zeiträume auf. Neustadt und Frankenthal hatten 2020/21 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 nur geringe Sterberaten, während die Sterblichkeit in Worms und Birkenfeld 2020/21 gegenüber dem Zeitraum 2017 bis 2019 überdurchschnittlich ausfiel.

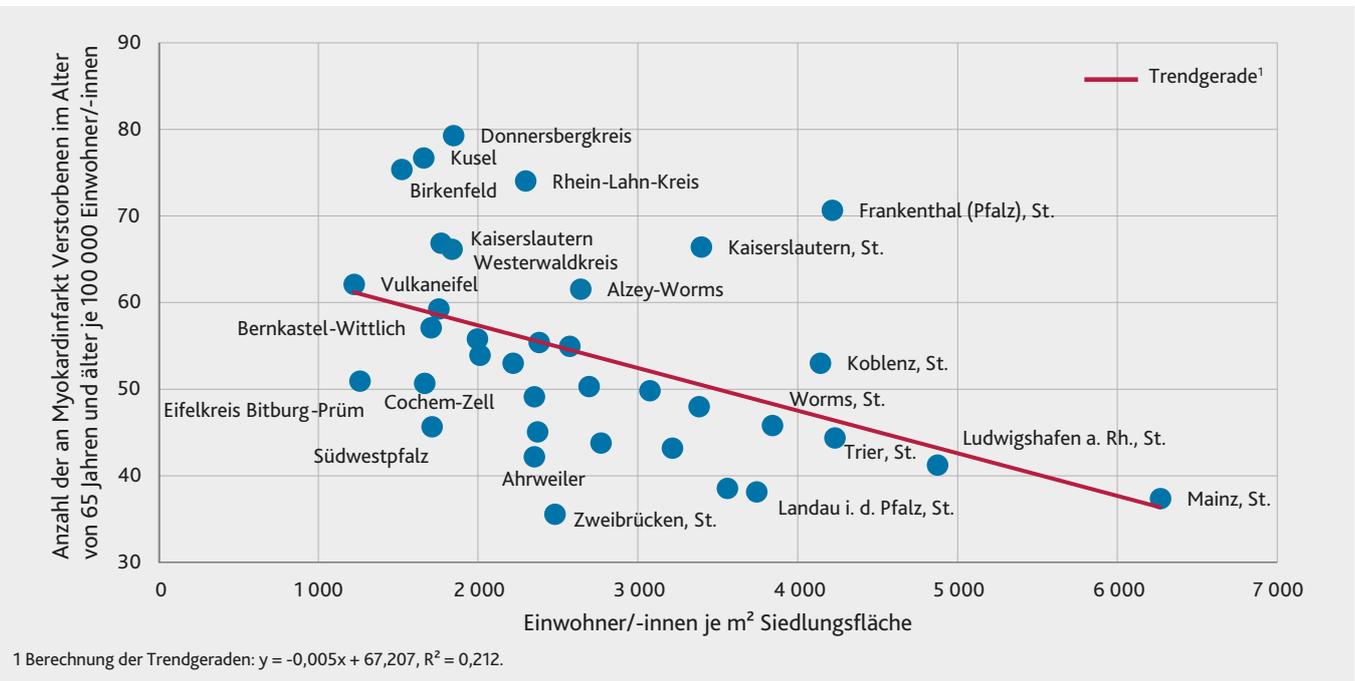
Wird eine Regressionsgerade zwischen den Sterberaten im Zeitraum 2017 bis 2019 und der prozentualen Änderung von 2020/21 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 errechnet, ergibt sich ein negativer statistischer Zusammenhang. Die Schätzgerade besagt, dass die Änderung der Sterberate zwischen den beiden Beobachtungszeiträumen um 0,5 Prozentpunkte geringer ausfällt, wenn in einem Verwaltungsbezirk die Zahl der Sterbefälle um zehn Personen

Nur schwacher Zusammenhang der Sterberaten vor und nach 2020

Regionen mit hoher Sterberate vor 2020 zeigen danach stärkeres Absinken



G2 Altersstandardisierte Sterberate an akutem Myokardinfarkt im Alter von 65 Jahren und älter 2020–2021 und Siedlungsdichte 2020



je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner steigt. Somit hat zwar der absolute Abstand der Sterberaten zwischen den Regionen mit der niedrigsten und der höchsten Sterblichkeit zugenommen. Über alle Regionen hinweg betrachtet ist jedoch eine gewisse Nivellierung zu erkennen.

Zusammenhang von Myokardinfarkt-Sterblichkeit und Merkmalen der Region

Wirtschaftlicher Wohlstand hat vergleichsweise geringen Einfluss

Für einen der wichtigsten Erklärungsfaktoren für gesundheitliche Unterschiede, den wirtschaftlichen Wohlstand (gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner), zeigt sich ein schwacher, der Hypothese entsprechender Zusammenhang. Regionen mit einem höheren Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner haben eine geringere altersstandardisierte Sterblichkeit: Nimmt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner um 10 000 Euro

zu, reduziert sich die Sterblichkeit um 1,8 Todesfälle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Erklärungsbeitrag innerhalb der Modellschätzung ist mit 3,6 Prozent erklärter Streuung allerdings sehr gering.

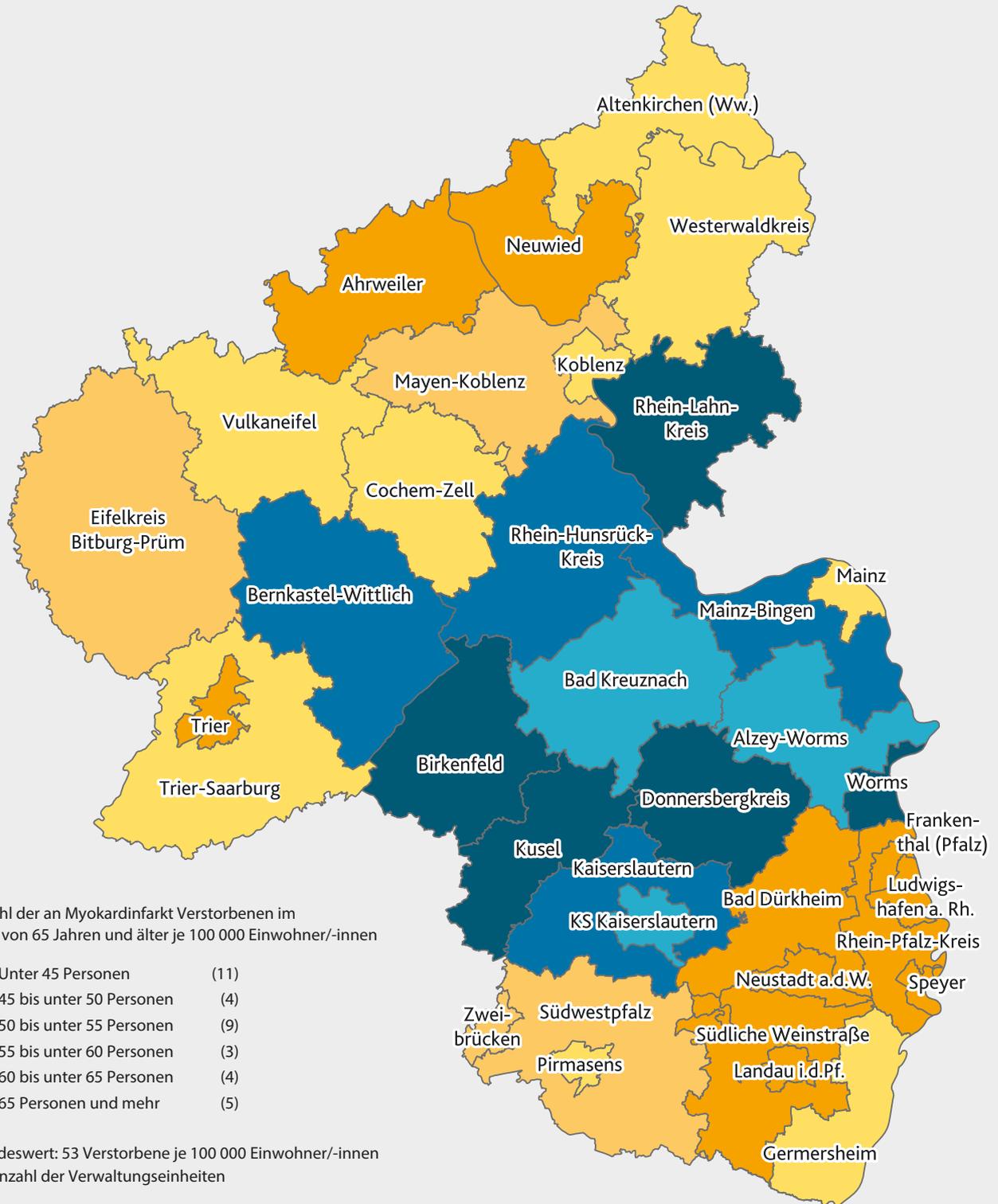
Deutlich ausgeprägter ist der Effekt der Siedlungsdichte. So zeigt sich für Verwaltungseinheiten mit einer höheren Bevölkerungsdichte eine niedrigere Sterblichkeit an Myokardinfarkten. Leben 1000 Personen je Quadratmeter mehr in einer Verwaltungseinheit, liegt die Zahl der Sterbefälle um 4,3 Personen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner niedriger. Dieser Einflussfaktor erklärt 14 Prozent der Streuung der altersstandardisierten Sterbefälle.

Wesentlich schwächer ist der Erklärungsbeitrag der Versorgungsstruktur. In Regionen, in denen eine größere Zahl von Menschen von einem Krankenhaus versorgt werden muss, ist eine leicht erhöhte Personenzahl, die

Siedlungsstruktur ist der stärkste Einflussfaktor

Versorgungsstruktur ist keine bedeutende Ungleichheitsdimension

K1 Altersstandardisierte Sterberate an akutem Myokardinfarkt im Alter von 65 Jahren und älter 2020–2021 nach Verwaltungsbezirken





an einem akuten Myokardinfarkt verstarb, festzustellen. Es zeigt sich: Wenn in einer Region 10 000 Personen mehr von einem Krankenhaus versorgt werden müssen, fällt die Zahl der Todesfälle um 0,6 Personen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner höher aus. Der Erklärungsbeitrag dieses Einflussfaktors ist mit 2,3 Prozent allerdings gering.

Hohe Coronainzidenz ist verbunden mit einer geringen Sterblichkeit an Myokardinfarkten

Unerwartet ist der Befund zum Zusammenhang der Myokardinfarkt-Sterblichkeit mit der Coronainzidenz. Nach den Ergebnissen des Schätzmodells haben Regionen mit einer hohen Coronainzidenz eine niedrigere Sterblichkeit an akuten Myokardinfarkten. Verwaltungsbezirke mit einer um 1000 Neuinfektionen je 100 000 Personen höheren Inzidenzrate weisen im Schnitt 3,6 Todesfälle je 100 000 Personen weniger auf. Der Erklärungsbeitrag des Merkmals liegt bei nur 1,8 Prozent.

Myokardinfarkt-Sterblichkeit ist höher in Regionen mit hoher Coronasterblichkeit

Dieser kontraintuitive Befund ist möglicherweise auf eine erhöhte Sterblichkeit von Personen mit positiver Coronadiagnose zurückzuführen (Erklärungsbeitrag des Merkmals: 2,4 Prozent). Entgegen der Hypothese zeigt sich eine höhere Sterblichkeit an Myokardinfarkten in Regionen, in denen eine höhere Coronasterblichkeit vorliegt. Nimmt die Coronasterberate um zehn Todesfälle je 100 000 Personen zu, fällt die Myokardinfarkt-Sterblichkeit nach dem Schätzmodell um 1,9 Todesfälle je 100 000 Personen höher aus. Dies könnte darauf hinweisen, dass ein gewisser Anteil der Patientinnen und Patienten, die an einem Myokardinfarkt starben, auch oder allein als Coronasterbefälle gemeldet wurden. Da es sich um Sterberaten mit und nicht an Corona handelt, ist eine weitere Differenzierung mit alleine diesen Daten nicht möglich.

Die Coronaneuinfektionsrate und die Coronasterberate weisen einen schwachen negativen Zusammenhang auf. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass Maßnahmen und Verhaltensanpassungen in Regionen mit hohen Inzidenzraten weitreichender waren und dadurch die Sterblichkeit geringer gehalten werden konnte.

Fazit

Die Auswertungen zeigen, dass sich die Verwaltungsgebiete hinsichtlich der Sterblichkeit an Myokardinfarkten stark unterscheiden und sie zwischen 2017 und 2021 diesbezüglich noch heterogener geworden sind. Zwar wiesen die Regionen mit höherer Sterblichkeit während des ersten Beobachtungszeitraums mehrheitlich auch im zweiten Zeitraum höhere Werte auf, doch ist zu erkennen, dass es einige Regionen mit abweichenden Trends gibt. Tendenziell ist eine konvergierende Entwicklung des Niveaus der Sterberaten zu identifizieren, da zuvor höhere Sterberaten gesunken und zuvor niedrigere gestiegen sind.

Die Analyse zu den möglichen Ursachen von Versorgungsunterschieden ergab, dass strukturell bedingte Unterschiede sehr gering sind und nicht systematisch auftreten. Es kann daher nicht auf eine ausgeprägte gesellschaftliche und gesundheitliche Ungleichheit oder sogar auf Ungerechtigkeiten geschlossen werden. Die Entwicklungstendenzen sprechen teils für, teils gegen die aufgestellten Hypothesen. Die Befunde sprechen dafür, dass ein höherer ökonomischer Wohlstand und (stärker noch) ein hoher Urbanitätsgrad innerhalb einer Region das Risiko senken, an akutem Myokardinfarkt zu versterben. Dies kann auf die allgemein besseren Lebensbedingungen des Wohnumfelds (Kontextef-

Anzeichen für eine Angleichung der Myokardinfarkt-Sterblichkeit

Hohe Wirtschaftskraft und hoher Urbanitätsgrad senken Risiko der Myokardinfarkt-Sterblichkeit



fekt) oder die höhere Konzentration von Menschen mit hohem sozioökonomischen Status, einem geringerem Alter, einem gesünderen Lebensstil oder anderen vorteilhaften Merkmalen (Kompositionseffekt) zurückzuführen sein.

Unterschiede in der Krankenhausversorgung haben nur sehr geringen Einfluss

Die Krankenhausversorgungslage hat wenig Erklärungskraft für die Unterschiede bei der Myokardinfarkt-Sterblichkeit. Der schwache statistische Zusammenhang deutet darauf hin, dass Regionen, in denen viele Personen von einem Krankenhaus versorgt werden müssen, eine geringfügig höhere Sterblichkeit aufweisen als Regionen mit weniger potentiellen Patientinnen und Patienten. Um den Einfluss der Versorgungsstrukturen auf die Unterschiede in der Sterblichkeit weiter aufzudecken, müssten weitere Indikatoren untersucht werden, die andere Dimensionen medizinischer Versorgung abdecken. Denkbar wäre beispielsweise, Informationen zur Medikamentenversorgung durch Apotheken oder zu ambulanten medizinischen Praxen einzubeziehen, um ein umfassenderes Bild zu erhalten.

Coronapandemie als ambivalenter Einflussfaktor

Die Ergebnisse zum möglichen Zusammenhang zwischen der Coronapandemie und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen auf die Sterblichkeit an akuten Myokardinfarkten sind zum Teil unerwartet und überraschend. Eine hohe Neuerkrankungsrate ist assoziiert mit einer niedrigen Myokardinfarkt-Sterblichkeit und eine hohe Coronasterblichkeit steht in einem positiven statistischen Zusammenhang mit einer hohen Myokardinfarkt-Sterblichkeit. Möglich ist, dass es Probleme bei der korrekten Erfassung der Todesursache oder eine vermehrte Zuschreibung von Sterbefällen als Coronatote gab. Mög-

lich ist weiter, dass die verstärkten Eindämmungsmaßnahmen in Regionen mit hoher Inzidenz- und Sterberate auch Auswirkungen auf die Sterblichkeit an einem akuten Myokardinfarkt hatten. Ohne weiterführende Daten und Auswertungen lassen sich diese Erklärungsansätze jedoch nicht hinreichend überprüfen.

Die Ergebnisse des Beitrages ermöglichen es, die Versorgungslage über die Zeit und zwischen den Regionen miteinander zu vergleichen. Unterschiede aufgrund der demografischen Zusammensetzung der untersuchten Verwaltungseinheiten werden durch die Berechnung von altersstandardisierten Raten berücksichtigt. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei den Auswertungen nicht um die Feststellung von ursächlichen Faktoren, also Kausalitäten, sondern zunächst allein um statistische Zusammenhänge, die in den Kontext von theoretischen Erklärungsansätzen eingebettet werden müssen. Die Ergebnisse werden auch von der Merkmalsauswahl und der Untersuchungsmethodik beeinflusst. So wurde hier ein Standardansatz für statistische Zusammenhangsmodelle gewählt, der in der verwendeten Form weder Unterschiede in den Bevölkerungsgrößen der Regionen noch deren räumliche Abstände oder mögliche Zusammenhänge der Merkmale untereinander berücksichtigt. Hieran können jedoch weiterführende Auswertungen anknüpfen, um zusätzliche Erkenntnisse im Bereich der Todesursachenforschung zu erlangen.

Weitere Zunahme der regionalen Unterschiede ist zu erwarten

Dr. Daniel Kreft ist Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“.





Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 151	130 933	128 093	127 842
5 752	134 121	128 093	133 450	128 432
26 058	126 824	133 450	157 264	133 323
134 628	134 545	157 264	111 776	110 138
157 811	157 827	111 776	80 756	77 082
113 466	113 035	80 756	63 568	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648	
65 282	64 829	77 648	92 396	
78 320	78 146	92 396	125 873	
95 409	94 429	125 873	103 807	
	125 677	103 807	69	
	87 027	69		



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2021		2022			2023			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 103	4 133	4 158	4 159	4 161	4 170	4 172	4 176	4 177
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	493	534	560	563	566	582	585	590	592
Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴										
* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 544	1 703	2 623	1 443	1 049	2 254	2 326	1 481	966
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 221	3 061	3 366	3 175	2 924	3 052	2 965	2 831	2 753
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,4	8,9	9,9	9,0	8,6	8,6	8,6	8,0	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 214	4 495	4 058	4 989	4 431	3 921	3 842	4 363	4 476
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,3	13,0	11,9	14,1	13,0	11,1	11,2	12,3	13,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	11	9	5	15	11	9	8	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	2,7	1,6	5,1	3,6	3,0	2,8	3,6
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-994	-1 434	-692	-1 814	-1 507	-869	-877	-1 532	-1 723
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,9	-4,2	-2,0	-5,1	-4,4	-2,5	-2,6	-4,3	-5,0
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 297	16 539	16 404	16 206	13 148	15 214	16 215	16 532	13 097
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 369	10 570	9 231	8 921	7 501	8 344	9 546	9 862	7 503
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 612	10 684	12 982	12 917	10 427	12 483	12 335	11 979	10 356
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 918	4 982	5 887	5 398	4 744	5 947	5 573	4 914	4 817
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 685	5 855	3 422	3 289	2 721	2 731	3 880	4 553	2 741
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 300	14 277	15 562	15 699	14 235	16 481	16 000	16 228	15 314
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2020		2021		2022			2023	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 429	1 454	1 471	1 474	1 480	1 500	1 485	1 483	1 487
* Frauen	1 000	667	677	689	689	691	700	696	694	694

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

	Einheit	2020	2021		2022			2023		
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	174	190	193	200	208	214	208	214	220
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	423	434	442	444	448	450	449	450	453
* darunter Frauen	1 000	343	350	356	357	360	361	361	361	362
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	15	12	14	16	17	12	14	16
* produzierendes Gewerbe	1 000	436	436	439	440	440	446	441	441	440
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	316	319	325	323	326	330	328	327	326
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	223	233	236	238	239	242	240	240	243
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	440	450	460	459	458	463	464	462	461

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	102 515	110 716	109 973	110 611	109 666	113 114	121 242	121 818	119 397
* Frauen	Anzahl	47 178	50 748	50 104	50 047	49 828	51 310	54 379	54 319	53 299
* Männer	Anzahl	55 337	59 968	59 869	60 564	59 838	61 804	66 863	67 499	66 098
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	40 333	43 146	44 649	44 731	43 420	44 087	49 367	49 910	47 881
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	62 182	67 570	65 324	65 880	66 246	69 027	71 875	71 908	71 516
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,6	4,9	4,9	4,9	4,9	5,0	5,4	5,4	5,3
* Frauen	%	4,5	4,8	4,7	4,7	4,7	4,8	5,1	5,1	5,0
* Männer	%	4,6	5,0	5,0	5,1	5,0	5,2	5,6	5,6	5,5
* jüngere von 15–25 Jahren	%	3,8	4,3	4,0	4,2	4,2	4,3	4,5	4,8	4,7
* jüngere von 15–20 Jahren	%	3,3	3,8	3,4	3,5	3,5	3,8	3,7	3,9	3,8
* Ältere von 50–65 Jahren	%	4,5	4,7	4,8	4,8	4,7	4,9	5,2	5,2	5,0
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,1	5,3	5,3	5,3	5,3	5,4	5,8	5,7	5,6
* Ausländer/-innen ⁹	%	11,9	13,3	13,5	13,5	13,5	13,6	14,7	14,7	14,4
* Deutsche	%	3,5	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,9	4,0	3,9
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	14 748	...	19 793	17 079	17 123
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	45 781	41 871	42 804	43 736	43 621	38 514	37 668	37 737	37 887

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

	Einheit	2021	2022		2023			2024		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	221 882	220 686	229 522	229 199	232 396	233 045	232 904	233 136	...
* darunter Frauen	Anzahl	110 346	112 509	118 604	118 335	119 620	118 461	118 244	118 097	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	149 423	146 892	152 136	152 048	154 674	156 574	156 647	157 130	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	59 122	61 133	64 953	64 760	64 985	64 320	64 066	63 658	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	57 242	59 377	63 229	63 029	63 243	62 604	62 363	61 962	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für Wohngebäude**

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	628	536	437	385	454	274	258	219	247
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	551	459	370	334	390	233	230	183	189
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	2	2	2	2	2	3	1	1
Unternehmen	Anzahl	66	75	96	87	119	35	103	21	49
private Haushalte	Anzahl	558	459	339	296	333	237	152	197	197
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 319	1 237	967	984	1 111	830	661	448	740
* Umbauter Raum	1 000 m ³	822	728	577	550	652	495	316	286	399
* Wohnfläche	1 000 m ²	154	137	111	111	124	78	64	54	74
Wohnräume	Anzahl	5 968	5 346	4 306	4 121	4 628	3 115	2 496	2 025	2 953
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. EUR	305	305	244	240	283	219	134	130	186

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	121	130	134	104	117	131	120	120	125
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	14	16	12	12	21	13	14	18
Unternehmen	Anzahl	76	69	65	53	67	63	64	59	69
private Haushalte	Anzahl	32	47	53	39	38	47	43	47	38
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	31	6	10	5	5	27	19	134
* Umbauter Raum	1 000 m ³	846	862	667	851	539	514	436	1 247	1 004
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	181	88	104	80	78	60	126	114
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. EUR	127	152	133	575	116	138	71	183	200

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 575	1 498	1 213	1 148	1 421	1 033	908	467	1 065
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	7 038	6 389	5 209	4 887	5 873	3 889	3 312	2 092	3 709



Landwirtschaft

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 053	10 436	11 272	10 581	10 348	10 441	11 252	9 831	11 072
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 376	1 239	1 657	1 234	1 188	1 228	1 414	1 038	1 121
darunter										
* Kälber	t	7	6	10	11	3	6	5	9	5
* Jungrinder	t	9	8	13	16	4	5	6	7	4
* Schweine	t	9 640	9 164	9 581	9 305	9 134	9 176	9 802	8 750	9 922
* Eierzeugung ²	1 000	21 737	22 974	23 580	23 603	22 648	21 103	23 259	22 359	24 687

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 021	1 022	1 020	1 020	1 002	1 022	1 021	1 020	1 001
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 993	258 732	260 882	259 998	260 218	262 279	261 320	260 471	262 869
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 790	31 939	33 358	29 396	34 096	31 624	33 139	27 913	33 400
* Entgelte	Mio. EUR	1 157	1 248	1 572	1 283	1 207	1 202	1 649	1 238	1 270
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	8 263	9 646	9 891	8 884	8 566	8 811	8 776	8 228	7 977
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mio. EUR	4 549	5 531	5 371	4 501	5 126	4 393	4 465	3 689	4 541
Investitionsgüterproduzenten	Mio. EUR	2 276	2 398	2 508	2 868	2 080	2 849	2 801	2 890	2 114
Gebrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	86	101	101	90	90	111	104	76	80
Verbrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	1 352	1 615	1 912	1 425	1 271	1 458	1 407	1 574	1 242
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mio. EUR	2 543	3 041	2 789	2 444	2 754	2 152	2 181	1 951	2 349
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mio. EUR	1 106	1 076	1 171	1 265	781	1 361	1 304	1 258	912
darunter										
* Auslandsumsatz	Mio. EUR	4 658	5 297	5 226	5 073	4 926	4 796	4 783	4 441	4 618
Exportquote ⁶	%	56,4	54,9	52,8	57,1	57,5	54,4	54,5	54,0	57,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	125,4	110,3	104,1	87,9	88,6	91,9	88,6	76,2	93,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	115,8	101,9	85,3	80,9	101,9	83,7	82,1	70,8	102,7
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	132,2	107,4	99,2	89,8	73,3	97,2	93,9	66,7	82,0

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

**noch: Produzierendes Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹**

Einheit	2021	2022		2023			2024			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	200,3	232,9	245,0	214,2	212,0	222,3	222,4	158,6	180,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	133,0	145,3	187,3	99,5	83,6	95,1	84,6	126,8	89,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	113,4	95,2	70,5	68,3	81,1	72,7	70,6	64,3	86,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	140,3	105,5	77,0	60,5	42,4	92,9	79,6	39,0	66,1

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	170	171	171	171	171	168	168	168	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 083	10 229	10 411	10 403	10 263	10 596	10 620	10 618	10 656
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 246	1 245	1 351	1 144	1 278	1 258	1 258	1 014	1 416
* Entgelte ³	Mio. EUR	49	51	76	48	46	62	80	55	51
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mio. kWh	311	302	228	324	317	327	342	410	422
* Nettostromerzeugung	Mio. kWh	296	286	216	309	300	312	328	393	405

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	23 927	24 296	24 346	24 073	23 949	24 840	24 741	24 518	24 459
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 384	2 394	2 664	1 794	1 698	2 521	2 499	1 800	1 572
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	432	452	485	342	344	411	405	302	283
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	831	815	907	665	689	904	906	705	663
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 121	1 127	1 272	786	665	1 206	1 188	792	626
darunter Straßenbau	1 000 h	596	611	715	423	328	667	647	418	301
* Entgelte	Mio. EUR	85	91	119	87	80	96	122	90	81

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

	Einheit	2021	2022				2023				2024
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	363	397	519	489	234	489	491	490	209	
davon											
* Wohnungsbau	Mio. EUR	68	82	98	98	49	68	73	66	37	
* gewerblicher Bau ²	Mio. EUR	135	140	186	162	96	185	182	177	89	
* öffentlicher und Straßenbau	Mio. EUR	160	176	234	229	89	236	236	247	83	
darunter Straßenbau	Mio. EUR	83	93	136	115	43	131	120	125	40	

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	485	497	499	496	495	525	524	523	519
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	18 926	19 764	19 555	20 000	19 751	20 247	20 689	21 191	20 836
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 610	5 687	5 611	5 754	5 637	6 080	6 019	6 174	5 913
* Entgelte	Mio. EUR	170	184	181	184	198	187	198	201	218
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	588	662	637	653	853	595	734	829	1 047

Handel⁵

Großhandel^{6, 6}

	Einheit	2021	2022				2023				2024
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Beschäftigte	2015=100	103,2	108,0	109,4	108,8	108,6	109,6	109,3	108,7	108,7	
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	117,7	135,4	135,8	131,7	123,7	140,8	132,7	131,8	121,6	
* Umsatz real ⁷	2015=100	107,8	109,7	107,4	106,6	99,1	113,3	106,6	107,9	98,4	

Einzelhandel^{6, 8}

* Beschäftigte	2015=100	106,2	107,9	109,6	109,7	109,2	108,8	109,4	109,9	108,1
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	117,2	129,9	136,2	145,4	118,6	133,9	136,4	142,8	119,6
* Umsatz real ⁷	2015=100	108,8	110,4	111,7	118,9	97,4	106,5	108,9	114,0	95,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtszeitraums. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1,2}**

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2015=100	106,1	107,9	109,0	108,5	107,8	111,2	111,3	110,8	110,2
* Umsatz nominal ³	2015=100	120,6	128,9	150,6	140,8	122,7	150,5	162,6	141,5	124,2
* Umsatz real ³	2015=100	109,8	108,3	122,6	113,8	97,9	115,0	123,9	106,6	94,1

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	80,4	92,0	95,3	94,0	89,2	102,8	99,3	98,0	93,0
* Umsatz nominal ³	2015=100	75,7	113,0	106,6	109,8	87,0	133,4	108,4	113,9	87,9
* Umsatz real ³	2015=100	65,2	91,1	83,5	85,7	67,1	99,1	80,3	84,5	65,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	408	659	503	408	324	849	516	456	347
* darunter von Auslandsgästen	1 000	57	123	76	70	53	136	77	81	55
* Gästeübernachtungen	1 000	1 184	1 755	1 236	1 030	857	2 226	1 261	1 156	919
* darunter von Auslandsgästen	1 000	177	366	216	188	149	376	222	222	153

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 517	1 663	1 836	1 650	1 599	1 978	1 881	1 762	1 549
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 017	1 139	1 207	1 107	907	1 471	1 247	1 019	893
* Getötete Personen	Anzahl	10	12	14	11	7	18	8	12	8
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	4	5	8	4	4	7	4	5	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	4	2	-	5	3	-	1
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	3	-	3	-	2	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	1	3	3	1	4	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 278	1 438	1 526	1 400	1 197	1 823	1 576	1 342	1 188

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	227	234	268	185	136	320	212	146	136
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	93	119	97	81	92	97	92	77
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	57	55	61	28	14	110	54	11	11
Radfahrer	Anzahl	46	52	43	32	13	68	37	13	11
Fußgänger	Anzahl	20	19	23	19	24	23	14	22	31

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 070	11 417	12 823	15 084	8 635	11 170	11 557	11 207	9 931
darunter										
Krafträder	Anzahl	882	1 057	567	430	452	962	366	260	338
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	8 680	8 992	10 693	13 344	6 862	8 726	9 645	9 602	8 065
* Lastkraftwagen	Anzahl	975	869	1 061	962	894	1 000	1 061	941	1 005
Zugmaschinen	Anzahl	413	395	300	253	342	384	383	296	370

Personenbeförderung

	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 808	63 196	58 585	71 740	60 536	60 859	59 951	59 059	71 427
Personenkilometer ³	Mio.	546	626	644	615	620	657	658	733	745

Binnenschifffahrt

	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gütereingang	1 000 t	1 001	960	1 002	950	795	697	634	903	818
* Güterversand	1 000 t	823	695	665	697	569	571	506	665	508

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mio. EUR	4 558	5 128	5 116	5 156	4 453	4 764	4 957	5 003	4 072
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	341	380	405	406	349	403	404	446	378
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	4 183	4 670	4 598	4 638	3 994	4 207	4 378	4 364	3 506

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Einheit	2021	2022			2023					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Rohstoffe	Mio. EUR	32	38	41	39	34	32	25	32	23
* Halbwaren	Mio. EUR	172	212	212	200	170	176	167	166	133
* Fertigwaren	Mio. EUR	3 979	4 420	4 345	4 399	3 790	3 999	4 186	4 167	3 350
* Vorerzeugnisse	Mio. EUR	1 126	1 328	1 230	1 210	958	1 000	997	1 078	763
* Enderzeugnisse	Mio. EUR	2 853	3 093	3 115	3 188	2 832	2 999	3 188	3 089	2 587
davon nach										
* Europa	Mio. EUR	3 159	3 514	3 512	3 534	2 996	3 261	3 466	3 614	2 735
darunter in/nach										
EU-Länder (27)	Mio. EUR	2 559	2 955	2 955	2 993	2 543	2 732	2 916	3 054	2 289
Belgien	Mio. EUR	241	280	242	261	228	213	240	238	207
Luxemburg	Mio. EUR	55	59	57	64	47	57	60	59	50
Dänemark	Mio. EUR	50	57	64	65	60	53	68	66	49
Finnland	Mio. EUR	32	38	42	38	35	32	31	31	27
Frankreich	Mio. EUR	437	509	506	482	471	455	558	523	447
Griechenland	Mio. EUR	79	97	110	97	85	91	30	162	27
Irland	Mio. EUR	27	31	27	36	34	25	26	24	28
Italien	Mio. EUR	271	317	314	297	247	290	292	310	220
Niederlande	Mio. EUR	275	346	384	374	316	338	373	363	277
Österreich	Mio. EUR	193	208	205	224	160	197	197	194	135
Schweden	Mio. EUR	71	80	83	91	66	86	80	78	74
Spanien	Mio. EUR	195	223	214	228	173	231	246	270	181
Portugal	Mio. EUR	39	34	39	42	31	27	29	28	26
Großbritannien	Mio. EUR	194	218	221	217	166	220	236	225	165
* Afrika	Mio. EUR	105	138	124	151	162	114	124	109	150
* Amerika	Mio. EUR	608	761	786	700	645	636	661	570	589
darunter nach USA	Mio. EUR	407	518	535	483	442	421	458	387	407
* Asien	Mio. EUR	631	655	647	715	603	702	654	653	523
darunter nach China	Mio. EUR	198	180	149	173	164	147	142	186	148
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	54	60	47	55	47	50	51	56	73

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mio. EUR	3 517	4 075	4 244	4 271	3 472	3 740	3 901	3 934	3 183
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	333	402	397	454	413	421	395	436	346
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	3 021	3 502	3 619	3 611	2 865	3 012	3 199	3 158	2 507
davon										
* Rohstoffe	Mio. EUR	41	52	54	43	38	31	34	38	39
* Halbwaren	Mio. EUR	243	357	404	327	230	294	318	348	318
* Fertigwaren	Mio. EUR	2 737	3 093	3 161	3 241	2 598	2 687	2 847	2 772	2 151

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2021	2022			2023					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. EUR	641	798	772	747	595	535	543	579	481
* Enderzeugnisse	Mio. EUR	2 096	2 295	2 389	2 494	2 002	2 152	2 304	2 193	1 670
davon aus										
* Europa	Mio. EUR	2 492	2 823	2 976	2 972	2 409	2 661	2 885	2 859	2 308
darunter aus										
EU-Ländern (27)	Mio. EUR	2 148	2 474	2 622	2 600	2 124	2 360	2 571	2 456	2 053
Belgien	Mio. EUR	251	337	371	376	277	236	267	309	237
Luxemburg	Mio. EUR	44	55	64	60	48	55	56	59	41
Dänemark	Mio. EUR	47	40	44	42	35	50	38	46	28
Finnland	Mio. EUR	13	17	23	20	15	17	20	26	20
Frankreich	Mio. EUR	310	354	371	354	290	323	357	329	296
Griechenland	Mio. EUR	20	25	40	23	24	10	29	15	8
Irland	Mio. EUR	62	50	20	45	41	19	27	24	45
Italien	Mio. EUR	248	258	263	239	226	238	261	259	216
Niederlande	Mio. EUR	262	335	381	349	323	302	365	306	343
Österreich	Mio. EUR	157	160	170	181	111	124	126	154	102
Schweden	Mio. EUR	34	31	29	33	25	33	33	36	28
Spanien	Mio. EUR	166	173	178	173	146	294	307	200	157
Portugal	Mio. EUR	28	36	42	33	42	41	46	46	40
Großbritannien	Mio. EUR	74	74	73	77	63	57	59	124	71
* Afrika	Mio. EUR	58	94	70	64	55	69	86	76	62
* Amerika	Mio. EUR	291	355	362	405	349	312	259	296	243
darunter aus USA	Mio. EUR	220	269	298	331	285	245	193	223	191
* Asien	Mio. EUR	667	793	825	817	649	684	657	688	553
darunter aus China	Mio. EUR	344	422	419	441	354	348	358	361	301
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	7	9	9	10	7	10	10	9	11

Gewerbeanzeigen³

Einheit	2021	2022		2023				2024		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 800	2 624	2 436	2 485	4 114	2 364	2 226	3 098	3 498
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	463	415	326	334	535	321	317	506	564
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 827	1 739	1 714	1 596	2 813	1 661	1 551	2 024	2 307
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 305	2 282	2 163	3 519	4 119	1 960	2 095	4 160	3 713
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	341	323	249	454	487	271	315	583	556
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 448	1 510	1 529	2 554	2 858	1 314	1 428	3 020	2 474

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Insgesamt	Anzahl	452	397	403	345	382	412	447	372	396
davon										
* Unternehmen	Anzahl	42	50	52	57	39	83	70	65	62
* Verbraucher	Anzahl	294	244	240	195	255	202	239	202	213
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	97	86	92	72	66	104	118	87	106
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	17	19	21	22	23	20	18	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mio. EUR	81	89	51	114	296	66	223	83	102

Handwerk²

	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	98,6	...	97,4	98,9	97,3	96,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	101,2	...	107,8	114,4	125,2	101,6

Preise

	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	109,8	116,2	114,0	114,7	115,6	116,8	117,1	117,8	118,5
* Nettokalmieten (Teilindex)	2020=100	102,8	104,3	103,6	103,6	104,0	104,8	105,1	105,6	107,2

Verdienste⁷**Monatlicher
Nominallohnindex⁸**

	Einheit	2022			2023			2024		
		Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Monatlicher Nominallohnindex ⁸	2022=100	93,9	130,5	102,4	97,7	96,2	139,3	105,8	102,9	102,6

**Vierteljährlicher
Nominallohnindex^{8,9}**

	Einheit	2022	2023	2022			2023			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex ^{8,9}	2022=100	100,0	103	99,9	93,1	114,5	95,9	105,3	98,2	112,9
* Frauen	2022=100	(100)	104	(97,5)	(93,7)	(116,1)	96,8	103,8	99,1	116,0
* Männer	2022=100	(100)	103	(101,2)	(92,8)	(113,6)	95,5	106,1	97,8	111,2
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	(100)	105	(96,5)	(97,3)	(109,5)	100,9	101,6	102,3	113,2
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	(100)	105	(106,3)	(92,6)	(108,8)	96,2	110,4	97,7	114,1
* Dienstleistungsbereich	2022=100	(100)	102	(96,6)	(93,3)	(117,4)	95,7	102,7	98,4	112,1

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.



Geld und Kredit¹

	Einheit	2021	2022			2023				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mio. EUR	125 993	141 882	133 534	148 827	154 395	155 394	156 498	156 795	156 305
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mio. EUR	7 646	9 816	8 960	11 093	10 931	11 226	10 851	11 240	10 395
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mio. EUR	7 500	9 138	7 289	10 187	11 795	12 038	12 229	12 491	12 081
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mio. EUR	110 847	122 928	117 285	127 547	131 669	132 130	133 418	133 064	133 829
Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. EUR	123 160	136 799	130 486	142 886	146 110	146 973	147 670	148 594	148 394
Unternehmen und Privatpersonen	Mio. EUR	115 551	128 985	122 766	134 918	138 126	138 763	139 653	140 254	140 132
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	7 608	7 815	7 720	7 968	7 984	8 210	8 017	8 340	8 262
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mio. EUR	2 833	5 083	3 048	5 941	8 285	8 421	8 828	8 201	7 911
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mio. EUR	136 413	141 337	140 220	141 975	143 161	140 024	138 526	138 135	141 980
Sichteinlagen	Mio. EUR	94 508	98 466	97 619	99 498	99 480	94 385	90 351	87 260	86 613
Termineinlagen	Mio. EUR	15 117	16 593	16 211	16 332	17 768	20 061	22 340	24 645	27 993
Sparbriefe	Mio. EUR	1 503	1 599	1 438	1 582	1 952	3 110	4 647	6 148	8 089
Spareinlagen	Mio. EUR	25 285	24 679	24 952	24 563	23 961	22 468	21 188	20 082	19 285
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mio. EUR	134 492	139 084	137 907	139 614	141 025	137 953	136 530	136 112	139 932
Unternehmen und Privat- personen	Mio. EUR	130 373	134 500	133 312	135 023	136 426	133 505	132 392	131 840	134 551
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	4 120	4 585	4 595	4 591	4 599	4 448	4 138	4 272	5 381
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mio. EUR	1 920	2 253	2 313	2 361	2 136	2 071	1 996	2 023	2 048

Steuern

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mio. EUR	5 354	6 516	9 040	6 310	2 268	5 917	7 398	5 423	5 664
Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	1 820	1 730	3 612	1 744	1 394	1 638	2 817	1 156	1 747
Lohnsteuer	Mio. EUR	1 023	1 067	1 319	1 518	1 425	1 498	1 211	953	1 532
Lohnsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	200	209	-	-	687	653	-	-	717
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	268	271	903	105	33	-1	873	56	30
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	220	146	394	55	52	45	304	58	27

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Steuern**

Einheit	2021	2022		2023				2024	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	32	27	5	18	45	81	10	43	113
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	23	21	-	-	40	72	-	-	99
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	277	219	992	49	-161	16	419	46	45
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	-18	-72	-	-	-176	38	-	-	-16
Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	3 534	4 785	5 428	4 566	875	4 279	4 581	4 267	3 917
Umsatzsteuer	Mio. EUR	579	493	551	100	608	725	816	671	794
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	2 955	4 292	4 876	4 466	266	3 554	3 764	3 596	3 123
Zölle	Mio. EUR	254	327	369	251	284	245	239	187	216
Bundessteuern	Mio. EUR	49	47	137	65	18	27	96	32	21
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mio. EUR	2	3	7	8	3	11	9	8	2
Solidaritätszuschlag	Mio. EUR	46	43	130	56	14	17	87	24	19
Landessteuern	Mio. EUR	110	123	95	90	90	92	102	107	115
Erbschaftsteuer	Mio. EUR	25	40	28	25	27	23	27	32	48
Grunderwerbsteuer	Mio. EUR	64	56	38	43	43	52	47	53	46
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mio. EUR	16	22	25	18	16	14	23	19	17
Feuerschutzsteuer	Mio. EUR	2	3	2	1	2	2	3	2	2
Biersteuer	Mio. EUR	2	2	2	2	2	2	2	2	2

Einheit	2021	2022			2023			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mio. EUR	955	1 183	1 047	1 072	1 067	1 087	754	872	945
Grundsteuer A	Mio. EUR	5	5	5	6	4	5	5	7	4
Grundsteuer B	Mio. EUR	151	162	162	181	152	159	185	206	166
Gewerbesteuer (brutto)	Mio. EUR	785	994	859	861	888	897	537	632	752
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mio. EUR	14	22	21	25	23	26	26	27	23

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.



noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2021	2022				2023			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	

Mio. EUR	1 475	1 677	1 545	1 606	2 013	1 123	1 368	1 394	2 078	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mio. EUR	730	877	718	775	721	892	451	585	636
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mio. EUR	484	527	554	540	940	42	637	480	1 057
Anteil an der Umsatzsteuer	Mio. EUR	91	85	84	80	173	-	63	89	192

Einheit	2021	2022		2023				2024	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

Mio. EUR	1 386	1 343	2 547	1 102	1 119	1 306	1 907	1 336	1 594	
Landessteuern	Mio. EUR	110	123	95	90	90	92	102	107	115
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	725	674	1 470	742	502	617	1 062	497	671
Lohnsteuer	Mio. EUR	348	366	394	645	515	547	326	405	561
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	114	115	384	45	14	-1	371	24	13
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	110	72	195	21	33	27	151	27	25
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	14	12	2	8	20	35	4	19	50
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	139	110	496	24	-81	8	210	23	23
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	541	524	932	270	525	597	709	734	802
Umsatzsteuer	Mio. EUR	374	287	519	56	343	408	326	526	623
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	167	237	414	214	182	188	383	208	179
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mio. EUR	8	16	35	-1	2	0	24	-2	4
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mio. EUR	3	7	14	-0	1	0	10	-1	2
Steuereinnahmen des Bundes	Mio. EUR	2 631	3 262	4 576	3 213	998	2 908	3 699	2 560	2 579
Bundessteuern	Mio. EUR	49	47	137	65	18	27	96	32	21
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	811	762	1 638	748	584	701	1 251	499	749
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	1 764	2 437	2 766	2 400	394	2 179	2 329	2 031	1 805
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mio. EUR	8	16	35	-1	2	0	24	-2	4

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



Neuerscheinungen im März 2024

Statistische Berichte

Gesamtwirtschaft, Umwelt

Außenhandel

Aus- und Einfuhr 2023 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 202300

Gesellschaft / Staat

Bevölkerung

Bevölkerungsvorgänge 2021
Kennziffer: A1023 202100

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2023
Kennziffer: A1033 202321

Finanzen

Gemeindefinanzen – Vierteljährliche Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 202344

Soziales

Wohngeld 2022
Kennziffer: F2043 202200

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2022 – Empfängerinnen und Empfänger, Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1163 202200

Steuer

Gewerbsteuer 2019
Kennziffer: L4133 201900

Wirtschaftsbereiche

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe 2023 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 202300

Bauhauptgewerbe im Januar 2024 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202401

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2023 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)
Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 202344

Ausbaugewerbe 2023 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3013 202300

Energie

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2023
Kennziffer: E4013 202300

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im Dezember 2023
Kennziffer: E4023 202312

Gewerbeanzeigen

Gewerbeanzeigen im Januar 2024
Kennziffer: D1013 202401

Handel und Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich im November 2023
Kennziffer: G1073 202311

Industrie

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Januar 2024
Kennziffer: E1033 202401

**noch: Industrie**

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr noch Beschäftigten 2023
Kennziffer: E1043 202300

Insolvenzen

Insolvenzen 2023
Kennziffer: D3013 202300

Landwirtschaft

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung 2023
Kennziffer: C3053 202343

Tourismus

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2023
Kennziffer: G4013 202300

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Dezember 2023
Kennziffer: G4023 202312

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe März 2024
Kennziffer: Z2201 202403

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023 (Statistische Analyse N° 63)
Kennziffer: Z2048 202300

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2023 – Tabellenanhang
Kennziffer: Z2048 202300

Verzeichnisse und Adressarien

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: April 2024
Kennziffer: A5034E202400

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © Dirk – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte